

Aus der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe
der Medizinischen Fakultät
der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

**Analyse des Einflusses familienpolitischer Maßnahmen auf die
Geburtenentwicklung am Beispiel des Elterngeldes in Magdeburg und
internationaler Vergleich mit Lyon/ Frankreich**

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

Dr. med.
(doctor medicinae)

an der Medizinischen Fakultät
der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

vorgelegt von Christine Kempa
aus Lüdenscheid
Magdeburg 2015

In Dankbarkeit
meiner Familie gewidmet

Dokumentationsblatt

Bibliographische Beschreibung:

Kempa, Christine:

Analyse des Einflusses familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenentwicklung am Beispiel des Elterngeldes in Magdeburg und internationaler Vergleich mit Lyon/ Frankreich.

- 2015. - 72 Blatt, 12 Abbildungen, 10 Tabellen, 3 Anlagen

Kurzreferat

Deutschland hatte im Jahr 2006 mit 1,33 Kindern pro Frau eine der weltweit niedrigsten totalen Fertilitätsraten (*TFR*). Die Entwicklung der *TFR* einer Bevölkerung ist ein komplexes Phänomen, dessen Ursachen vielfältig sind. Zum 01.01.2007 führte die Bundesregierung das Elterngeld ein, dessen Kerninhalt die Zahlung einer einkommensabhängigen Lohnersatzleistung im ersten Lebensjahr des Kindes ist. Zielstellung dieser Arbeit ist die Untersuchung eines Einflusses des Elterngeldes auf die Geburtsplanung von Frauen in Magdeburg und die Erforschung von Ursachen der höheren Fertilität in Frankreich. Datengrundlage sind Ergebnisse einer Befragung von Wöchnerinnen an der Universitätsfrauenklinik Magdeburg aus dem Zeitraum 03/2009-07/2010 sowie am Centre Hospitalier de Sainte-Foy-lès-Lyon in Frankreich aus den Monaten 02-03/2011. Die Datenanalyse erfolgte mit „SPSS 19.0 für Windows“. Unter den Magdeburger Befragten gaben 22,4% an, dass das Elterngeld relevant („wichtig“ bzw. „sehr wichtig“) bei der Geburtsplanung war. Wir konnten mittels Chi²-Test zeigen, dass Frauen, die zuvor berufstätig waren ($p = 0,036$), Frauen in einem Alter von 31-35 Jahren ($p = 0,025$) sowie Frauen, die präpartal ein eigenes Nettomonatseinkommen $> 2000€$ erzielten ($p = 0,011$), dem Elterngeld mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit eine Relevanz zusprachen. Eine Determinierung des Elterngeld-Einflusses ergab sich aus einer hohen Quote ungeplanter Schwangerschaften (43,3%) in der Magdeburger Stichprobe. Der Vergleich der Datensätze aus Magdeburg und Lyon (Chi²-Test) zeigte in der französischen Stichprobe eine höhere präpartale Vollzeitbeschäftigtenrate der befragten Frauen ($p = 0,002$) sowie eine kürzere geplante Berufsunterbrechung der Mütter ($p < 0,001$). Hinsichtlich der Relevanz familienpolitischer Maßnahmen bei der Geburtsplanung konnte kein signifikanter Unterschied zwischen den beiden Stichproben nachgewiesen werden (Chi²-Test, $p = 0,260$). Dieses Ergebnis impliziert, dass es weniger staatliche Leistungen sind, die Einfluss auf die Fertilität einer Bevölkerung haben, als vielmehr gesellschaftliche Strukturen und Wertvorstellungen. Eine Limitierung unserer Analysen ergab sich aus dem Größenunterschied der beiden Stichprobenumfänge (Magdeburg: $N = 700$; Lyon: $N = 84$) und signifikanten Unterschieden in soziodemographischen Daten der befragten Mütterkollektive.

Schlüsselwörter

Elterngeld, Familienpolitik, Fertilität, Schwangerschaftsplanung, Müttererwerbstätigkeit, Vergleich Deutschland und Frankreich

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	- 2 -
1. Einleitung	- 5 -
1.1 Der Weg zum Elterngeld	- 5 -
1.2 Entwicklung der Fertilität in Deutschland	- 8 -
1.3 Ursachen der niedrigen Fertilität in Deutschland	- 10 -
1.4 Wirkung von Familienpolitik auf Fertilität	- 15 -
1.5 Fertilität und Familienpolitik in Frankreich	- 17 -
2. Ziele der Arbeit und Fragestellungen	- 20 -
3. Material und Methoden	- 21 -
3.1 Prinzip und Ablauf der Datenerhebung	- 21 -
3.2 Statistische Auswertung und graphische Darstellung der Daten	- 22 -
4. Ergebnisse	- 24 -
4.1 Umfang der Stichproben in Magdeburg und in Lyon	- 24 -
4.2 Soziodemographische Daten der Eltern	- 24 -
4.3 Planung der Schwangerschaft	- 30 -
4.4 Berufstätigkeit der Eltern und postpartale Veränderung der finanziellen Situation	- 31 -
4.5 Bezug staatlicher Familienleistungen	- 34 -
4.6 Beurteilung des Elterngeldes und Einfluss auf die Geburtsplanung	- 38 -
4.7 Soziale Unterstützung und Kinderbetreuung	- 42 -
4.8 Urteile der Mütter zu Elterngeld, staatlichen Leistungen und Fragebogen	- 43 -
5. Diskussion	- 45 -
5.1 Erreichung der Ziele des Elterngeldes und Einfluss auf die Geburtsplanung	- 45 -
5.2 Berufstätigkeit von Müttern und Kinderbetreuung	- 53 -
5.3 Limitierungen der Analysen	- 55 -
6. Zusammenfassung	- 59 -
Abbildungsverzeichnis	- 61 -
Tabellenverzeichnis	- 62 -
Literaturverzeichnis	- 63 -
Anhang	
Anlage 1: Datentabellen	
Anlage 2: Fragebogen Magdeburg	
Anlage 3: Fragebogen Lyon	
Ehrenerklärung	
Danksagung	
Corriculum vitae	

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Af	Allocations familiales (frz.), Familienleistungen in Frankreich
ASFR	Age-specific fertility rate (engl.), altersspezifische Fruchtbarkeitsrate
Bac général	Baccalauréat général (frz.), Allgemeine Hochschulreife in Frankreich
Bac pro	Baccalauréat professionnel (frz.), Fachhochschulabschluss in Frankreich
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BEP-CAP	Brevet d'enseignement professionnel – Certificat d'aptitude professionnel (frz.), Berufsbildungszeugnis – Beruflicher Befähigungsnachweis in Frankreich
BEPC	Brevet des collèges (frz.), allgemeinbildendes Diplom am Ende des Sekundarbereichs in Frankreich
BErzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
BGBI	Bundesgesetzblatt
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BTS	Brevet de technicien supérieur (frz.), Fachhochschulabschluss in Frankreich
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bvmd	Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Caf	Caisse d'allocations familiales (frz.), lokale Familienkasse in Frankreich
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
Cf	Complément familial (frz.), staatlicher Zuschuss für Familien mit mindestens drei Kindern in Frankreich
CFR	Completed fertility rate (engl.), abgeschlossene Fruchtbarkeit
CFR 34+	Schätzmodell, das die endgültige Kinderzahl 34-jähriger Frauen auf Basis alterspezifischer Fertilitätsraten hochrechnet
CH	Centre Hospitalier (frz.), Klinikum
Chi ² -Test	Chi-Quadrat-Test
Clca	Complément de libre choix d'activité (frz.), staatlicher Zuschuss für Eltern, die ihre Berufstätigkeit reduzieren, in Frankreich
Cmg	Complément de libre choix du mode de garde (frz.), staatlicher Zuschuss zur Kinderbetreuung in Frankreich
Cnaf	Caisse nationale des allocations familiales (frz.), nationale Familienkasse in Frankreich

Colca	Complément optionnel de libre choix d'activité (frz.), erhöhter Betreuungszuschuss für Eltern mit mindestens drei Kindern in Frankreich
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Destatis	Statistisches Bundesamt
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
d.h.	das heißt
DICE	Database for Institutional Comparisons in Europe (engl.), Datenbank des ifo-Instituts mit ländervergleichenden Informationen zu institutionellen Regelungen in der EU
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DJI	Deutsches Jugendinstitut
engl.	englisch
etc.	et cetera (lat.), und so weiter
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions (engl.), Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen
frz.	französisch
HBeglG	Haushaltsbegleitgesetz
IfD	Institut für Demoskopie Allensbach
ifo	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
INSEE	Institut national de la statistique et des études économiques (frz.), nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien in Frankreich
IRES	Institut de recherches économiques et sociales (frz.), Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung in Frankreich
J.	Jahr bzw. Jahre
KiföG	Kinderförderungsgesetz
lat.	lateinisch
MD	Landeshauptstadt Magdeburg
Mo.	Monat bzw. Monate
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (engl.), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PACS	Pacte civil de solidarité (frz.), eingetragene Partnerschaft in Frankreich
Paje	Prestation d'accueil du jeune enfant (frz.), Kleinkindbeihilfen in Frankreich
PJ	Praktisches Jahr
S.	Seite
s.	siehe
SGB	Sozialgesetzbuch

SNiP	Survey of Neonates in Pomerania, representative Studie zu Gesundheit und sozialem Umfeld von Neugeborenen in Greifswald und Ostvorpommern (03/2003 – 11/2008)
SOEP	sozio-oekonomisches Panel, jährliche repräsentative Befragung von Haushalten durch das DIW
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPSS	Statistical package for the social sciences (engl.), Statistik-Analyse-Software der Firma IBM (International Business Machines Corporation)
TAG	Tagesbetreuungsausbaugesetz
TFR	Total fertility rate (engl.), totale Fertilitätsrate
UFK	Universitätsfrauenklinik
UMP	Union pour un Mouvement Populaire (frz.), konservative Partei in Frankreich
vsl.	voraussichtlich
z.B.	zum Beispiel

1. Einleitung

1.1 Der Weg zum Elterngeld

Deutschland hat seit den 1970er Jahren abnehmende Geburtenzahlen zu verzeichnen (1) und gehörte im Jahr 2006 mit einer Gesamfruchtbarkeitsrate (*TFR*) von 1,33 Kindern pro Frau zu den 20 Ländern mit der weltweit niedrigsten Fertilität (2,3). Der Begriff „Fertilität“ beschreibt im Deutschen sowohl die grundsätzliche Fähigkeit zur Reproduktion (engl.: *fecundity*), als auch die tatsächliche Realisierung von Nachkommen (engl.: *fertility*) (4). In dieser Arbeit wird der Begriff Fertilität im Sinne der letzteren Definition benutzt. Die Gesamfruchtbarkeitsrate, zusammengefasste Geburtenziffer oder totale Fertilitätsrate (engl.: *total fertility rate, TFR*) ist ein zentrales Maß zur Beschreibung von Geburtenhäufigkeiten in der demographischen Forschung (5). Er beinhaltet die Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern von Frauen im gebärfähigen Alter (15-49 Jahre) für ein gegebenes Kalenderjahr (6) und wird umgangssprachlich auch als „Geburtenrate“ bezeichnet (7). Die altersspezifische Geburtenziffer (engl.: *age specific fertility rate, ASFR*) als solche beschreibt die Geburtenzahl der Frauen eines bestimmten Jahrgangs pro Jahr und 1000 Frauen dieser Altersklasse (5). Eine *TFR* von 2,1 wird in höher entwickelten Ländern als bestandserhaltend angesehen (8). Dieser Wert wurde in Deutschland mit einer *TFR* von 2,21 letztmals im Jahr 1969 erreicht (9) (s. Abb. 1).

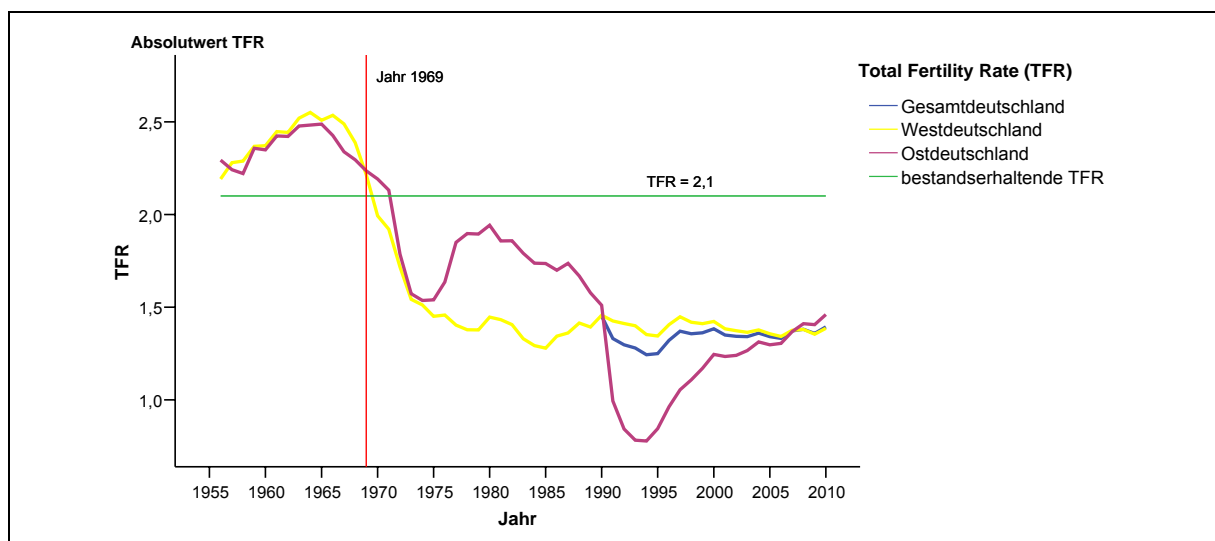


Abb. 1: Entwicklung der Gesamfruchtbarkeitsrate (*TFR*) in Deutschland

Datenquelle: Max-Planck-Institut für demographische Forschung (2011). The Human Fertility Database. Rostock (9) Verfügbar unter: www.humanfertility.org (Daten abgerufen am 10.09.2012), eigene Zusammenfassung und graphische Darstellung

Deutschland hatte mit einem Durchschnittsalter von 42,1 Jahren im Jahr 2005 nach Japan die zweitälteste Bevölkerung der Welt (10). Aus dieser Überalterung der Gesellschaft resultiert eine Gefährdung des Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssystems, die das Wohlergehen der kommenden Generationen beeinträchtigen wird (11). Gutachten, die zum Thema „Nachhaltige Familienpolitik“ von Sachverständigen für die Bundesregierung erstellt wurden, gaben als zentrale Ursachen für die niedrige Fertilität in Deutschland die hohe Kinderlosigkeit junger Erwachsener und die geringe Anzahl an Mehrkindfamilien an. Die Gutachter wiesen darauf hin, dass das bisherige

Konzept der deutschen Familienpolitik mit Begünstigung des traditionellen Familienmodells nicht mehr zeitgemäß war und dringende Veränderungen notwendig waren (12–14).

Rürup & Gruescu (2003) empfahlen die Einführung einer einkommensabhängig bezahlten Elternzeit (Elterngeld) nach dem skandinavischen Modell mit einem Bezugszeitraum von maximal 12 Monaten und der Einführung von Partnermonaten, um die Väter stärker an der Kindererziehung zu beteiligen (12). Ein Grund für diese Empfehlung waren die wesentlich höheren Geburtenzahlen in Ländern, die eine auf die Gleichberechtigung der Geschlechter ausgerichtete Familienpolitik verfolgen (15). Betram et al. (2005) arbeiteten heraus, dass eine erfolgreiche Familienpolitik im Sinne einer „Nachhaltigen Familienpolitik“ den unterschiedlichen Lebensentwürfen von Familien in Deutschland gerecht werden muss. Sie kamen zu dem Schluss, dass durch eine Kombination von „Zeitoptionen, Infrastrukturangeboten und Geldtransfers“ Familien mit unterschiedlichen Präferenzen erreicht werden können (13).

Die Einführung eines Elterngeldes wurde schließlich in der Koalitionsvereinbarung der großen Koalition zwischen CDU, CSU und SPD für die 16. Legislaturperiode im November 2005 verankert (16). Das „Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit“ („Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz“, „BEEG“, BGBl. I S. 2748) wurde am 05.12.2006 unter dem damaligen Bundespräsidenten Dr. H. Köhler, Bundeskanzlerin Dr. A. Merkel und der ehemaligen Bundesfamilienministerin Dr. U. von der Leyen vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates erlassen und trat am 01.01.2007 in Kraft (17). Dadurch wurde das bisherige Erziehungsgeld durch das Elterngeld ersetzt (18). Kerninhalt des Gesetzes ist eine anteilige Substituierung des Gehalts für den Elternteil der seine Berufstätigkeit zugunsten der Elternzeit unterbricht. Diese beträgt mindestens 67% des vorausgegangenen Nettomonatseinkommens und erhöht sich durch die „Geringverdienerkomponente“ bei Einkommen \leq 1000€/Monat auf bis zu 100% (§ 2 BEEG) (19). Die Höhe des Elterngeldes beträgt mindestens 300€/Monat und maximal 1800€/Monat (§ 2 BEEG). Das Elterngeld wird für einen Elternteil für maximal 12 Monate gezahlt und kann auf 14 Monate verlängert werden, wenn sich der zweite Elternteil für mindestens 2 Monate an der Elternzeit beteiligt (§ 4 BEEG). Durch die „Verlängerungsmöglichkeit“ kann das Elterngeld auf Antrag in jeweils zwei halben Monatsbeträgen ausgezahlt werden, so dass sich der Bezugszeitraum verdoppelt (§ 6 BEEG). Während des Elterngeldbezugs ist eine Teilzeitberufstätigkeit von maximal 30 Stunden/Woche möglich (§ 1 BEEG), die Höhe des Elterngeldes wird dementsprechend angepasst (§ 2 BEEG). Für Eltern, die zwei Kinder unter drei Jahren bzw. drei oder mehr Kinder unter sechs Jahren haben, erhöht sich das Elterngeld durch den „Geschwisterbonus“ um 10%, mindestens um 75€/Monat (§ 2a BEEG). Bei Mehrlingsgeburten wird ein „Mehrlingszuschlag“ von 300€/Monat für jedes weitere Kind ausgezahlt (§ 2a BEEG). Die Beantragung des Elterngeldes erfolgt in den zuständigen Elterngeldstellen der Bundesländer, die Kosten des Elterngeldes trägt der Bund (§ 12 BEEG). Die Inhalte des bestehenden Gesetzes zur Elternzeit, wie die maximal 36-monatige Anspruchszeit und der in dieser Zeit bestehende Kündigungsschutz, wurden im Wesentlichen übernommen (§ 15 BEEG) (17).

Folgende Ziele des Elterngeldgesetzes wurden im Gesetzesentwurf formuliert: Das erste Ziel ist die Eröffnung eines „Schonraums“ für Eltern in der Frühphase der Elternschaft, „damit Familien ohne finanzielle Nöte in ihr Familienleben hineinfließen und sich vorrangig der Betreuung ihrer Kinder widmen können“. Zweites Ziel ist die mittel- und langfristige Sicherung der Existenz beider Elternteile, insbesondere durch einen schnelleren beruflichen Wiedereinstieg der Mutter. Drittes Ziel ist die stärkere Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung (19,20). Demographische Ziele bzw. eine Erhöhung der Fertilität in Deutschland hat der Gesetzgeber nicht konkret formuliert (20), in der medialen und politischen Diskussion steht die Frage nach einer geburtensteigernden Wirkung des Elterngeldes jedoch teilweise im Vordergrund (21,22).

Bislang wurden folgende wesentliche Änderungen am Elterngeldgesetz vorgenommen:

Die erste Gesetzesänderung trat am 24.01.2009 in Kraft. Sie beinhaltet die Einführung einer Mindestbezugszeit von zwei Monaten, für jeden Elternteil, der das Elterngeld in Anspruch nimmt (23). Zum 01.01.2011 wurden Änderungen wirksam, die in Artikel 14 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 (HBeglG 2011) verankert wurden und die Einsparungen beim Elterngeld bedeuteten. Eine wichtige Änderung betraf dabei die Empfänger von Arbeitslosengeld II. Bei ihnen wird das Elterngeld seit 2011 vollständig als Einkommen angerechnet und somit nicht mehr zusätzlich zum Arbeitslosengeld II ausbezahlt. Eltern mit einem Nettomonatseinkommen von 1240€ oder mehr erhalten während der Elternzeit statt zuvor 67% nur noch 65% Einkommensersatzleistung. Des Weiteren wurde zum 01.01.2011 festgelegt, dass Großverdiener mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 500.000€ pro Elternpaar, bzw. 250.000€ pro alleinerziehendem Elternteil, keinen Anspruch mehr auf Elterngeld haben (24).

Im Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 10. September 2012 sind weitere Änderungen am Elterngeldgesetz festgelegt worden (25). Diese Änderungen traten für Geburten ab dem 01.01.2013 in Kraft und beinhalten eine vereinfachte Berechnung des Nettomonatseinkommens mithilfe von Abzügen fester Pauschalsätze für die gesetzliche Sozialversicherung. Es werden seitdem, anstatt individueller Beträge, pauschal insgesamt 21% des Bruttoeinkommens für Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung abgezogen. Die Abzüge für Steuern werden sowohl bei Beschäftigten als auch bei Selbständigen auf Grundlage des „Programmablaufplans für die Steuerberechnung im Lohnsteuerverfahren“ vom Bundesfinanzministerium berechnet (26).

Darüber hinaus wurde als Änderung am Bundeselterngeldgesetz das „Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes“ (Betreuungsgeldgesetz) vom 15. Februar 2013 verabschiedet. Dieses Gesetz beinhaltet, dass Eltern im Anschluss an das Elterngeld vom 15. Lebensmonat des Kindes an für maximal 22 Monate ein so genanntes „Betreuungsgeld“ beziehen können, falls sie die Betreuung ihres Kindes selbst übernehmen und keine Leistungen in Tageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege

nach §§ 22-24 SGB VIII in Anspruch nehmen (§ 4a Abschnitt 2 BEEG). Das Betreuungsgeld wurde für ab dem 01.08.2012 geborene Kinder ausgezahlt. Die Höhe betrug bis zum 31.07.2014 100€/Monat (§ 27 BEEG), danach waren es 150€ monatlich (§ 4b Abschnitt 2 BEEG) (27). Mit dem Urteil vom 21. Juli 2015 (1 BvF 2/13) erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das Betreuungsgeld für verfassungswidrig und die entsprechenden Paragraphen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) für nichtig (28,29). Das BVerfG urteilte, dass der Bund keine Gesetzgebungskompetenz für das Betreuungsgeld hat, da die Regelungen „nicht zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet erforderlich“ seien (30).

Eine weitere Änderung am Bundeselterngeldgesetz erfolgte durch das so genannte „Elterngeld Plus“. Das Bundeskabinett brachte am 04.06.2014 den dazugehörigen Gesetzentwurf auf dem Weg. Am 07.11.2014 wurde der Gesetzentwurf zum „Elterngeld Plus“ vom Bundestag beschlossen. Kerninhalt der Änderung ist eine flexiblere Gestaltung des Elterngeldbezugs durch Kombination von Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit ohne Verluste beim Elterngeldanspruch. Das „Elterngeld Plus“ wird bei Teilzeitarbeit doppelt so lange gezahlt, wie das herkömmliche Elterngeld. Hinzu kommt ein „Partnerschaftsbonus“, der jedem Elternteil weitere 4 Monate Elterngeldbezug zuspricht, wenn beide Eltern parallel 25-30 Stunden/Woche arbeiten. Damit soll Müttern und Vätern eine bessere Kombinierbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht und eine partnerschaftliche Arbeitsteilung in den Familien gefördert werden. Hinzu kommt eine weitere Flexibilisierung der Elternzeit, die es erlaubt, zwei Jahre Elternzeit in das 3. bis 8. Lebensjahr des Kindes zu übertragen und die Elternzeit in drei Abschnitte aufzuteilen. Das Gesetz trat zum 01.01.2015 in Kraft und gilt für Geburten ab dem 01.07.2015 (31).

1.2 Entwicklung der Fertilität in Deutschland

Wie die meisten Industrienationen, erlebte Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts zwei so genannte demographische Übergänge. Der erste demographische Übergang ereignete sich zwischen 1870 und 1930. Aufgrund eines raschen wissenschaftlichen, technischen und hygienischen Fortschritts stieg die Lebenserwartung stark an und die zusammengefasste Geburtenziffer (*TFR*) sank von fast 5 im Jahr 1870 auf ca. 2 im Jahr 1930. Es entwickelte sich die rationale Entscheidung über die Anzahl der Kinder, die Kernfamilie etablierte sich und die Mittelpunktstellung des Kindes in der Familie begann (32).

Der von van de Kaa (1987) beschriebene zweite demographische Übergang („*Europe's Second Demographic Transition*“) ereignete sich zwischen 1965 und 1975 (33). In dieser Zeit fiel die Geburtenrate von ca. 2,5 Kindern pro Frau auf bis heute sehr niedrige Werte von ca. 1,4 Kindern pro Frau, die weit unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1 liegen. Als Ursachen für den zweiten Geburtenrückgang werden die Verbreitung von Verhütungsmitteln und die Betonung der individuellen Autonomie angegeben (32,34).

Betrachtet man den Verlauf der Fertilität in Deutschland seit den 1950er Jahren genauer, muss zwischen den neuen und den alten Bundesländern unterschieden werden, da durch die verschiedenen politischen Systeme nach dem Zweiten Weltkrieg die Gesamtfruchtbarkeitsrate in Ost- und Westdeutschland eine unterschiedliche Entwicklung nahm (11). Ab den 1950er Jahren stieg die Fertilität in beiden Teilen Deutschlands an und erreichte in den so genannten „Baby-Boom“ Jahren zwischen 1960 und 1965 ähnlich hohe Werte im Westen (*TFR*: 2,51) und im Osten (*TFR*: 2,48) (s. Abb. 1) (11). Anschließend sank die Fertilitätsrate im Zuge des „zweiten demographischen Übergangs“ gleichermaßen im Westen wie im Osten. Die Gründe dafür waren jedoch unterschiedlich. Im Westen verursachte der zunehmende Trend hin zur Individualisierung die Abnahme der Kinderzahl, im Osten war es die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs im Jahr 1971. Die DDR-Politik begegnete dem Sinken der Geburtenrate mit massiven Fördermaßnahmen für Familien, wie Kindergeld, Elternzeit und Vergünstigungen für Familien auf dem Wohnungsmarkt. Dies führte zu einem Wiederanstieg der *TFR* von 1,54 im Jahr 1975 auf 1,94 im Jahr 1980. Die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt war hoch und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde durch staatlich geförderte Betreuungseinrichtungen angestrebt. Es blieben wenige Frauen in der DDR kinderlos (11).

In Westdeutschland sank die Fertilitätsrate ab Beginn der 1970er Jahre kontinuierlich und fiel 1984 unter den Wert von 1,3 (35). Als Grund dafür wird das Festhalten der Regierung an der Förderung des traditionellen Familienmodells angegeben (11). Steuervergünstigungen für Ehepaare (Ehegattensplitting, von dem insbesondere Paare mit unterschiedlich hohem Einkommen profitieren), die Verlängerung der Elternzeit und der lange Bezugszeitraum des Erziehungsgeldes förderten das „männliche Ernährermodell“ mit dem Mann als alleinigem Geldverdiener und der nicht-berufstätigen Hausfrau (36,37). Da westdeutsche Frauen zunehmend nach Emanzipation und Erwerbstätigkeit strebten, die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie aber schwierig war, wurden sie gezwungen zwischen Beruf und Familie zu entscheiden, was als eine Ursache der hohen Kinderlosigkeit insbesondere bei Akademikerinnen angenommen wird (11).

Nach der Wiedervereinigung fiel die Gesamtfruchtbarkeitsrate (*TFR*) in Ostdeutschland auf 0,77. Dieses Rekordtief wird als Antwort der Bevölkerung auf die wirtschaftlich unsichere Lage interpretiert, die auch als „*demographic shock*“ bezeichnet wird (11,38). Ab 1995 stieg die Fertilität in den neuen Ländern wieder an und überholte 2008 das westdeutsche Niveau. „2010 brachten die ostdeutschen Frauen mit 1,46 Kindern je Frau das dritte Mal in Folge durchschnittlich mehr Kinder zur Welt als die westdeutschen (1,39)“ (39). Die geburtenstärksten Bundesländer waren im Jahr 2010 Sachsen (*TFR* 1,49) und Mecklenburg-Vorpommern (*TFR* 1,48). Sachsen-Anhalt war mit einer *TFR* von 1,41 das Schlusslicht der ostdeutschen Länder, lag damit aber immer noch höher als die meisten westdeutschen Bundesländer (40).

1.3 Ursachen der niedrigen Fertilität in Deutschland

Die Ursachen für die niedrige Fruchtbarkeitsrate in Deutschland sind vielschichtig. Im Folgenden werden einige Aspekte aufgeführt, die in der Literatur als Erklärungsmöglichkeiten für die geringe Fertilität in Deutschland diskutiert werden.

Rürup & Gruescu (2003) kommen in ihrem Gutachten für die Bundesregierung zu dem Schluss, dass die niedrige Fertilitätsrate in Deutschland insbesondere auf den hohen Anteil kinderloser Frauen zurückzuführen ist (12). Westdeutsche Frauen des Geburtsjahrgangs 1955 blieben zu 22% kinderlos. Dies ist im Vergleich der EU-Länder die höchste Kinderlosenquote dieser Kohorte. Besonders hoch war 2003 die Kinderlosigkeit unter Frauen mit Hochschulabschluss oder Promotion in Westdeutschland. Hier lag der Anteil der Kinderlosen unter den 35-39-jährigen Frauen bei 44,3%. In Ostdeutschland war dieser Anteil mit 17% deutlich niedriger, es war aber auch hier seit Ende der 1980er Jahre ein Anstieg der Kinderlosigkeit zu verzeichnen (12,41). Rürup & Gruescu (2003) begründen die hohe Kinderlosigkeit unter gut ausgebildeten westdeutschen Frauen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten durch die zu hohen so genannten „Opportunitätskosten“. Opportunitätskosten sind entgangene Gewinne, die z.B. aufgrund von Einkommensverlusten nach der Geburt eines Kindes entstehen. Die deutsche Familienpolitik war bislang nur auf den Ausgleich von direkten Kosten (z.B. Ausgaben für Kleidung und Nahrung) durch Transferleistungen wie das Kindergeld ausgerichtet. In Ostdeutschland blieben im Jahr 2000 insbesondere Frauen mit niedrigen Bildungsabschlüssen kinderlos (29,5% ohne Schulabschluss, 20,8% Volks- oder Hauptschulabschluss), da sie aufgrund wirtschaftlicher Unsicherheit die direkten Kosten eines Kindes zu hoch einschätzten (12). Rürup & Gruescu (2003) stellten heraus, dass zur Verbesserung der Geburtenrate eine Senkung der Opportunitätskosten notwendig ist. Der Vergleich mit anderen Ländern z.B. Skandinavien zeigt, dass eine Senkung der Opportunitätskosten durch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und einen schnellen Wiedereinstieg ins Berufsleben erreicht werden kann. Das bis Ende 2006 existierende Erziehungsgeld mit einem Bezugszeitraum von bis zu 24 Monaten und den unattraktiven Konditionen für Väter führte zu einer klassischen Rollenverteilung zwischen den beiden Elternpaaren und zu langen Berufunterbrechungen der Mütter (12). Schaible et al. (2006) zeigten in Ihrer Studie „Unternehmen Familie“ anhand von Daten der OECD aus dem Jahr 2004, dass im internationalen Vergleich der Industrieländer ein positiver Zusammenhang zwischen der Kinderbetreuungsquote unter Dreijähriger und der Frauenerwerbsquote sowie der Geburtenrate besteht (42). Sie sehen daher ein Grundproblem in Deutschland im nicht ausreichenden Angebot von Betreuungsplätzen für unter 3-jährige. Für Kinder im Kindergartenalter (3-6 Jahre) fehlten flexible und ganztägige Betreuungsangebote (42). Veil (2003) wies darauf hin, dass es innerhalb von Deutschland zwei verschiedene Betreuungskulturen gibt. Ostdeutsche Eltern nutzen Betreuungseinrichtungen für Kinder im Krippenalter wesentlich häufiger als Westdeutsche (43). Dies hat historische Gründe: In der BRD wurde als Gegensatz zur Politik des Dritten Reiches nach dem Zweiten Weltkrieg die Einflussnahme des Staates auf die Kindererziehung abgelehnt und die

Erziehungsaufgabe vollständig den Eltern überlassen. Daraus entwickelte sich in Westdeutschland ein starkes Verständnis, dass die Mutter allein für die Erziehung des Kindes verantwortlich ist (44). Es etablierte sich ein traditionelles Mutterbild, das einzigartig in Europa ist (45). Die Mehrheit der Westdeutschen ist der Meinung, dass die Berufstätigkeit der Mutter einem Vorschulkind schadet (46) und es hält sich in der westdeutschen Bevölkerung die mehrheitliche Meinung, dass eine berufstätige Mutter eine schlechte, so genannte „Rabenmutter“ sei (47). Salles et al. (2010) weisen darauf hin, dass die gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber der Berufstätigkeit von Eltern einen größeren Einfluss auf die Fertilität haben, als das tatsächliche Angebot von Betreuungsplätzen (48). Ohne eine Änderung von Wertvorstellungen ist demzufolge durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, der 2005 im „Tagesbetreuungsausbaugesetz“ (TAG) (49) festgelegt wurde, kein großer Effekt auf die Fertilität in Westdeutschland zu erwarten.

Im Gegensatz zur Bundesregierung strebte die DDR-Regierung die staatliche Kontrolle der Familien an, um die so genannten „sozialistischen Werte“ frühzeitig an seine zukünftigen Bürger weiterzugeben. Um die sinkende Geburtenrate und den Bevölkerungsverlust durch Abwanderung auszugleichen wurde in der DDR in den 1970er Jahren eine ausgeprägte Familienpolitik eingeführt, die neben einem Mutterschaftsurlaub und günstigen Krediten für junge Eltern ein umfangreiches Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen beinhaltete (44). Es dominierte das „sozialistische Frauenbild“ der erwerbstätigen Mutter. Daraus resultiert die heute noch gut ausgebaute Kinderbetreuungsstruktur und deren hohe Akzeptanz in Ostdeutschland (43).

Bertram et al. (2005) zeigten in ihren Analysen, dass die niedrige Fertilität in Deutschland nicht allein durch die hohe Kinderlosigkeit zustande kommt, sondern auch durch das Zurückgehen von Mehrkindfamilien. Mehrkindfamilien mit drei oder mehr Kindern kompensieren in anderen Ländern die Kinderlosigkeit, so dass zum Beispiel Finnland trotz einer hohen Kinderlosigkeit von 20% der Frauen im Jahr 2002 eine vergleichsweise hohe Gesamtfruchtbarkeitsrate von 1,7 aufwies (8,13). Als weitere Erklärungspunkte für die niedrige Fertilität nannten Bertram et al. (2005) die langen Ausbildungszeiten in Deutschland und die lange wirtschaftliche Abhängigkeit junger Erwachsener von ihren eigenen Eltern, die durch die Zahlung des Kindergeldes bis zum 27. Lebensjahr (heute 25. Lebensjahr) an die Eltern staatlich gefördert wird. Junge Erwachsene haben demzufolge wenig Spielraum, eine stabile Partnerschaft aufzubauen und in eine eigene Familie zu investieren (13). Die Sachverständigenkommission machte im 7. Familienbericht (2006) darauf aufmerksam, dass klassische Lebensläufe in Industriestaaten mit einer starren Dreiteilung in „Kindheit und Jugend als Lernphase“, das „Erwachsenenalter als Arbeits- und Familienphase“ und das „Rentenalter als Ruhestand“ in Deutschland keine Zukunft mehr haben (14). Das starre Abfolgemuster im Lebenslauf setzt eine ökonomische Eigenständigkeit als Grundlage für eine Familiengründung voraus, die die Familiengründungsphase als Zeit nach dem Berufseinstieg vorsieht. Das biographische Zusammenfallen von intensiven beruflichen und familiären Aufgaben wird von

Bittmann & Wajcman (2000) als „*rush hour*“ bezeichnet (50) und im 7. Familienbericht zum Begriff „Rushhour des Lebens“ erweitert (14). Diese führt dazu, dass Familien in Deutschland immer später gegründet werden (14). Folglich steigt das Alter der Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes. In Westdeutschland stieg dieses stetig ab Beginn der 1970er Jahre von 24 Jahre (1970) auf 29,2 Jahre (2010). In Ostdeutschland blieb das Alter bei der Geburt des ersten Kindes bis zum Ende der 1980er Jahre konstant niedrig (22-23 Jahre). Nach der Wiedervereinigung veränderte sich das Alter bei der ersten Geburt schnell von 22,9 (1989) auf 27,4 Jahre (2010) (39). Pöttsch (2012) sieht die Ursachen dieser raschen Entwicklung nach der Wiedervereinigung „vor allem in den veränderten Voraussetzungen für eine junge Mutterschaft. Dazu gehören auch Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt, der Wegfall der Familienförderung der ehemaligen DDR und die Notwendigkeit der Neuorientierung in der Gesellschaft“ (39). Der Aufschub des Kinderkriegens auf spätere Jahre wird in der Literatur als *tempo effect* bezeichnet. Die sehr niedrige Fertilität (*lowest-low fertility*, $TFR < 1,3$) (51), die ab Mitte der 1980er Jahre in Deutschland und auch in vielen anderen Industrienationen zu beobachten war, wird mit dem so genannten *tempo effect* begründet (35). Der *tempo effect* hat einen bergförmigen Verlauf. Während seines Maximums sinkt die Gesamtfruchtbarkeitsrate einer Population ab. Dies ist, was viele Industrienationen in den Jahren von 1984 bis 2003 erlebten. Ab dem Jahr 2003 nahm der *tempo effect* ab, was den Anstieg der Fertilitätsrate zu Folge hatte, der seit 2003 beobachtet wird (35). Ob die Abschwächung des *tempo effects* zukünftig weiterhin zu einem Anstieg der Geburtenrate führt, wird in der Literatur kontrovers diskutiert. Goldstein & Kreyenfeld (2011) rechneten anhand von Daten zur Geburtenfolge in Deutschland den *tempo effect* aus der *TFR* heraus und erhielten für die Jahre 2001-2008 eine so genannte *tempo-korrigierte Geburtenrate* (engl. *tempo-adjusted TFR*) von ca. 1,6 Kindern/Frau für West- und Ostdeutschland (52). Myrskylä et. al. (2009) vermuten anhand steigender Gesamtfruchtbarkeitsraten in Industrienationen mit einem sehr hohen Wohlstandslevel (gemessen am *Human Development Index*), dass in vielen hoch entwickelten Ländern ein Absinken der Geburtenrate beendet und ein Anstieg zu erwarten ist (53). Tuljapurkar (2009) schlussfolgert aus diesem Ergebnis, dass die Geburtenrate in europäischen Ländern wie Italien, Deutschland und Schweden auf ein bestandserhaltendes Niveau ($TFR = 2,1$) zurückkehren könnte (54).

Andere Autoren (z. B. Birg (2010), Bertram et. al. (2011)) sind der Ansicht, dass die alleinige Betrachtung der zusammengefassten Geburtenziffer (*TFR*) für eine verlässliche Ermittlung von Geburtenraten nicht ausreicht. Sie argumentieren, dass dazu die Kohortenfertilität besser geeignet ist (6,55). Die Kohortenfertilität beinhaltet die „durchschnittliche Zahl der Kinder, die ein Frauenjahrgang im Laufe „seines“ Lebens zur Welt bringt“ (39). Da sie nicht wie die Gesamtfruchtbarkeitsrate (*TFR*) von zeitweiligen Faktoren in einem bestimmten Kalenderjahr (z.B. einer unsicheren wirtschaftlichen Lage) oder durch den *tempo effect* verzerrt wird, lässt sie eine sichere Aussage über die tatsächliche Kinderzahl eines Frauenjahrgangs zu. Für die Frauenjahrgänge, die ihr 50. Lebensjahr erreicht haben und damit aus der reproduktiven Kohorte ausgeschieden sind, entspricht sie der endgültigen

Kinderzahl (endgültige Fertilität, engl.: *completed fertility rate, CFR*) (5). Für den Frauenjahrgang 1961 lag die *CFR* bei 1,6 Kindern pro Frau in Westdeutschland und 1,8 in Ostdeutschland (39).

Betrachtet man die Entwicklung der absoluten Geburtenzahlen, so zeigt sich für Gesamtdeutschland ein starkes Absinken der jährlichen Geburtenzahl um durchschnittlich 15.000 Geburten/Jahr von 2000 bis 2006 (56). Seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 hat sich die Geburtenzahl um einen Wert von ca. 670.000 Geburten/Jahr eingependelt (56) (s. Abb.2; Tabelle 1).

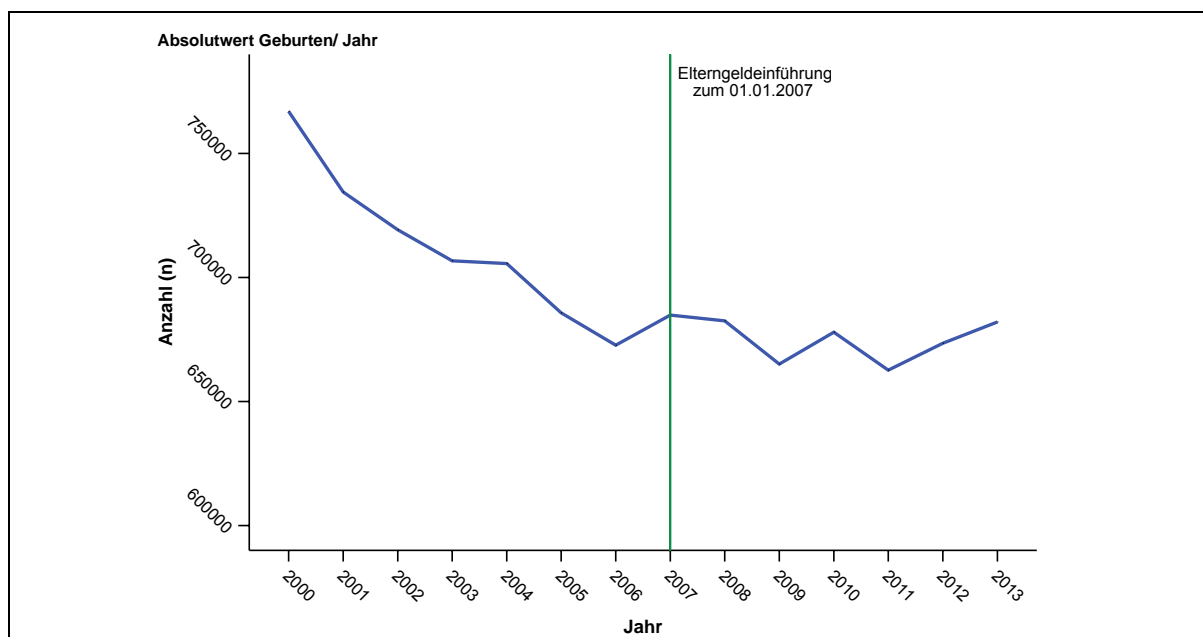


Abb. 2: Entwicklung der Geburtenzahlen in Deutschland 2000-2013

Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2014), Lebendgeborene und Veränderung zum Vorjahr (56), Verfügbar unter: www.destatis.de (Daten abgerufen am 19.11.2014), eigene Zusammenfassung und graphische Darstellung

Die zusammengefasste Geburtenziffer (*TFR*) nahm nach der Einführung des Elterngeldes einen ähnlichen Verlauf. So zeigt sich ein leichter Anstieg der *TFR* von 1,33 Kindern pro Frau im Jahr 2006 auf 1,37 im Jahr 2007 (2). Seitdem schwankt dieser Wert um ca. 1,4 (s. Tabelle 1). Ob der Anstieg der Geburtenzahl sowie der *TFR* im Jahr 2007 mit der Einführung des Elterngeldes in Zusammenhang steht, ist bislang ungeklärt. Eine Ursache könnte das Vorziehen von Geburten nach Einführung einer familienpolitischen Maßnahme sein, wie es auch von Neyer & Andersson (2008) beim schwedischen Elterngeld nach Einführung der so genannten „Beschleunigungsprämie“ (*speed premium*) beobachtet wurde (57,58). Das *speed premium* ist ein Bonus beim schwedischen Elterngeld, der ausgezahlt wird, wenn der Abstand zwischen zwei Geburten weniger als 30 Monate beträgt (59) und ist vergleichbar mit dem „Geschwisterbonus“ beim deutschen Elterngeld (§ 2a BEEG) (17). Birg (2010) geht davon aus, dass der Anstieg der Geburtenrate im Jahr 2007 eher auf „dem allgemeinen Stimmungshoch im Jahr der Fußballweltmeisterschaft (2006)“ beruht, als auf der Einführung des Elterngeldes (6). Das Absinken der Geburtenzahlen im zweiten Jahr nach der Elterngeldeinführung könnte damit zusammenhängen, dass Frauen die Geburt eines (weiteren) Kindes aufschoben, bis sie den maximalen Anspruch auf Elterngeld „verdient“ hatten, da das Elterngeld anhand des vorausgehenden

Nettomonatsgehalts berechnet wird. Dies wurde auch nach der Einführung eines gehaltsabhängigen Elterngeldes in Schweden beobachtet. Die endgültige Kinderzahl pro Frau war dadurch nicht beeinflusst (59).

Tabelle 1: Entwicklung der Zusammengefassten Geburtenziffer (*TFR*) und der Geburtenzahlen 2000-2013

		<i>TFR</i>	Anzahl Geburten			
		Deutschland	Deutschland	Sachsen-Anhalt	Magdeburg	UFK MD
Jahr	2000	1,38	766.999	18.723	1.681	1.084
	2001	1,35	734.475	18.073	1.638	1.098
	2002	1,34	719.250	17.617	1.651	950
	2003	1,34	706.721	16.889	1.582	954
	2004	1,36	705.622	17.337	1.712	1.098
	2005	1,34	685.795	17.166	1.763	1.213
	2006	1,33	672.724	16.927	1.789	1.172
	2007	1,37	684.862	17.387	1.854	1.232
	2008	1,38	682.514	17.697	2.041	1.250
	2009	1,36	665.126	17.144	1.900	1.170
	2010	1,39	677.947	17.300	2.039	1.144
	2011	1,36	662.685	16.837	2.015	1.218
	2012	1,38	673.544	16.888	2.137	1.216
	2013	1,41	682.069	16.797	2.124	1.232

Datenquellen: Statistisches Bundesamt (2,60), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (61), Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (62–64), Universitätsfrauenklinik Magdeburg (65,66), eigene Zusammenfassung und tabellarische Darstellung. Die Zahlen beinhalten für Deutschland, Sachsen-Anhalt und Magdeburg die Anzahl der Lebendgeburten, für UFK Magdeburg die Anzahl aller Geburten (inklusive Totgeburten).

Wichtig für die Betrachtung der Geburtenzahlen ist auch die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15-49 Jahre). Seit 1998 ist diese Zahl in Deutschland rückläufig und wird weiterhin abnehmen. Grund dafür ist, dass die Frauen der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre aus der Gruppe der Frauen im reproduktionsfähigen Alter ausscheiden und durch die wesentlich kleineren Jahrgänge der 1980er Jahre ersetzt werden (39). In Ostdeutschland wird dieser Effekt verstärkt durch die Abwanderung junger Menschen nach der Wiedervereinigung. In Sachsen-Anhalt nahm die Zahl der Frauen im Alter von 15-44 Jahren seit dem Jahr 1990 um 1/3 ab. Bis 2025 erwarten Wissenschaftler des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt einen Rückgang „um mehr als die Hälfte auf 43%“ (67). Dies hat auch ein starkes Abnehmen der Geburtenzahlen zu Folge. Mit ca. 32.000 Geburten war 1990 der letzte Geburtenstarke Jahrgang in Sachsen-Anhalt. Von 1992-1996 halbierten sich die Geburtenzahlen nahezu und sanken auch in den Jahren nach 2000 nahezu kontinuierlich auf 16.797 Geburten im Jahr 2013 (s. Tabelle 1). Von 2015 bis 2025 wird laut aktueller Bevölkerungsvorausberechnung ein weiterer drastischer Geburtenrückgang von 15.200 auf 9.300 Geburten/Jahr erfolgen, da dann die geburtenschwachen Jahrgänge der Nachwendezeit im reproduktionsfähigen Alter sein werden (67). Die Landeshauptstadt Magdeburg war bislang vom allgemeinen Geburtenrückgang in Sachsen-Anhalt nicht betroffen (s. Tabelle 1). Im Magdeburger Demographiebericht 2011 wird hingegen von einer „positiven Korrelation zwischen den Geburtenzahlen und den Jahren“ berichtet (68). Als ursächlich hierfür wird gesehen, dass Magdeburg sich zu einem attraktiven Hochschulstandort entwickelt hat und die Zahl der Zuzüge mittlerweile die Zahl der Fortzüge übersteigt. Dennoch kompensieren die Geburten in Magdeburg nicht die Sterbefälle, so dass ein Absinken der Bevölkerung durch natürliche Bevölkerungsbewegung weiterhin zu erwarten ist (68). Auch die Geburtenzahlen/Jahr an der

Universitätsfrauenklinik Magdeburg (UFK MD) haben sich von 2000 bis 2013 insgesamt positiv entwickelt. In den Jahren 2009 und 2010 lagen sie bei 1.170 bzw. 1.144 Geburten/Jahr (66) (s. Tabelle 1). Im Erhebungszeitraum dieser Arbeit (03/2009-07/2010) waren an der UFK Magdeburg durchschnittlich 94 Entbindungen/Monat zu verzeichnen (65).

1.4 Wirkung von Familienpolitik auf Fertilität

Unter Familienpolitik werden staatliche Maßnahmen verstanden, die das Wohlergehen von Familien positiv beeinflussen sollen. Familienpolitik beinhaltet direkte und indirekte finanzielle Transfers (z.B. Kindergeld, Steuervergünstigungen) sowie gesetzliche Regelungen zu Mutterschutz, Elternzeit und Kinderbetreuung (12). Ob familienpolitische Maßnahmen im Allgemeinen einen Einfluss auf die Fertilität einer Bevölkerung haben, ist umstritten und wird in der Literatur kontrovers diskutiert.

Salles et al. (2010) arbeiteten heraus, dass Familienpolitik zwar Einfluss auf die Fertilität einer Bevölkerung hat, dieser Effekt jedoch mit erheblicher Zeitverzögerung eintritt. Als Grund für diese Zeitverzögerung werden die über Jahrzehnte in einer Bevölkerung verankerten Ideale und Wertvorstellungen angegeben, die die Handlungsweisen der Menschen beeinflussen und lange stabil bleiben. Ein neuer Kurs der Familienpolitik kann sich nur sehr langsam etablieren (48).

Goldstein et al. (2009) zeigten, dass insbesondere wirtschaftliche Faktoren eine wichtige Rolle in Bezug auf die Fertilität spielen. Die klare Trennung der Einflüsse von politischen oder wirtschaftlichen Faktoren auf die Fertilität ist jedoch schwierig, da beide mit anderen Einflüssen, wie dem Aufschub der Geburt des ersten Kindes auf ein höheres Alter, zusammenfallen (35).

Toulemon et al. (2008) erklärten, dass die Messung von Einflüssen der Politik auf die Fertilität sehr komplex ist und die Ergebnisse stark von den benutzten Daten und Auswertungsmethoden abhängen. Kurzfristige Auswirkungen können leichter erfasst werden als langfristige. Die langfristige Entwicklung der Fertilität hängt mehr von einem günstigen Gesamtkontext für Familien ab, als von einzelnen familienpolitischen Maßnahmen (69).

Gauthier (2007) schlussfolgerte in ihrem Review verschiedener Forschungsergebnisse zur Wirkung von Familienpolitik auf Fertilität, dass familienpolitische Maßnahmen zwar häufig Einfluss auf die Fertilität haben, dieser Einfluss jedoch meistens gering ist. Politik hat vor allem einen Effekt auf den Zeitpunkt des Kinderkriegens, weniger auf die endgültige Größe der Familie, so dass die Auswirkung auf die Gesamtfruchtbarkeitsrate von kurzer Dauer ist (70).

Bujard (2011) untersuchte die Wirkung von Familienpolitik auf Fertilität in Industrienationen nach dem zweiten demographischen Übergang anhand einer Längsschnittstudie über vier Jahrzehnte von 1970-2006 im Vergleich von 28 OECD-Ländern (71). Er stellte fest, dass es im internationalen

Vergleich eine „hochsignifikante Wirkung familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenrate“ gibt. Als besonders wirkungsvoll erweist sich die „Kombination von Transferleistungen und Infrastrukturpolitik“. Er wies jedoch auch darauf hin, dass die Effekte familienpolitischer Maßnahmen mit erheblicher Zeitverzögerung eintreten und dass „die Wirkung sich erst über Zeiträume von ein oder zwei Jahrzehnten statistisch manifestiert“ (57).

Bezüglich des Einflusses des Elterngeldes auf die Fertilität der Bevölkerung in Deutschland gibt es bislang nur wenig wissenschaftliche Forschung und ein großer Teil der bisherigen Untersuchungen erfolgte im Rahmen einer von der Bundesregierung finanzierten Evaluation (72). Cygan-Rehm (2014) stellte in einem Review zum Stand der Forschung bezüglich der Wirkungen des Elterngeldes auf die Fertilität unter anderem folgende Publikationen vor (22):

Reimer (2013) verglich Daten des SOEP (sozio-oekonomisches Panel) aus den zwei Jahren vor und nach Einführung des Elterngeldes und stellte heraus, dass Eltern von Geburten nach Einführung des Elterngeldes (2007/2008) ein durchschnittlich höheres Einkommen besaßen, als Eltern von Geburten in den Jahren vorher (2005/2006). Dieses Phänomen war in Ostdeutschland besonders ausgeprägt (22,73).

Thyrian et. al. (2010) kamen zu ähnlichen Ergebnissen anhand von Daten des SNiP (Survey of Neonates in Pomerania). Verglichen wurden Geburtenraten sowie soziodemographische Daten von Entbundenen 23 Monate vor und 23 Monate nach Einführung des Elterngeldes in Nordostdeutschland. Hierbei zeigte sich, dass die reinen Geburtenraten im Untersuchungsgebiet sich 23 Monate vor und nach dem 01.01.2007 nicht signifikant unterschieden. Jedoch konnten signifikante Unterschiede in den sozioökonomischen Merkmalen der Mütter vor und nach der Elterngeldeinführung nachgewiesen werden. Es zeigte sich dass im Jahr 2007 der Anteil an Müttern, die vor der Schwangerschaft in Vollzeit beschäftigt waren, die ein höheres Einkommen hatten und die einen höheren sozialen Status hatten, signifikant höher war als 2006. Besonders ausgeprägt waren diese Effekte bei Frauen, die bereits mindestens ein Kind hatten. Thyrian et. al. schlussfolgern daraus, dass das Elterngeld eher Frauen mit einem höheren sozialen Status für die Entscheidung zu einem weiteren Kind ermutigt, als dass es generell Paare zur Entscheidung für ein Kind bewegt (22,74).

Raute (2013) zeigte anhand einer Analyse der Geburtenstatistik aus den Jahren 2000-2011 in Kombination mit Mikrodaten der Rentenversicherung aus den Jahren 2004-2010, dass das Elterngeld drei Jahre nach seiner Einführung insgesamt positive Effekte auf die Fertilität von deutschen Frauen im Alter von 25-44 hatte. Signifikante Effekte zeigten sich bei hochqualifizierten Frauen, die nach Einführung des Elterngeldes mit einer höheren Wahrscheinlichkeit im Alter von 30-34 Jahren ihr erstes Kind und im Alter von 40-45 ihr zweites Kind bekamen. Raute schlussfolgert hieraus, dass das Elterngeld die endgültige Kinderzahl (*CTFR*) von Frauen in Deutschland erhöht (22,75).

Bujard & Passet (2013) erhielten vergleichbare Resultate bei der Analyse, ob das Elterngeld einen Anreiz für ein zweites Kind bietet. Sie zeigten mittels Daten des SOEP (2003-2009) in Kombination

mit Daten des Mikrozensus (2003-2011), dass die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt nach der Elterngeldreform bei 36-45jährigen Akademikerinnen signifikant erhöht war (22,76).

Die beiden letztgenannten Studien weisen darauf hin, dass bei Akademikerinnen seit der Einführung des Elterngeldes verstärkt ein Recuperationeffekt, d.h. das Nachholen von Geburten in einem höheren Alter, zu beobachten ist (76). Es konnte jedoch nicht geklärt werden, ob die Beobachtungen tatsächlich auf das Elterngeld zurückzuführen sind oder ob sich lediglich ein allgemeiner Trend zu einem höheren Gebäralter und einem Anstieg des Bildungsniveaus fortgesetzt hat (22).

Cygan-Rehm (2014) konstatierte, dass der Rückschluss auf einen kausalen Zusammenhang zwischen der Elterngeldreform und den beobachteten Veränderungen in der Sozialstruktur von Müttern prinzipiell umstritten ist und die „Identifikation kausaler Effekte einer flächendeckenden Politikmaßnahme eine Herausforderung“ darstellt. Die meisten Studien unterstreichen die „positive Anreizwirkung des Elterngeldes unter älteren, einkommensstarken und gebildeten Paaren“. Ob das Elterngeld die Geburtenhäufigkeit in Deutschland generell erhöht, konnte jedoch anhand der bisherigen Studienlage nicht geklärt werden (22).

1.5 Fertilität und Familienpolitik in Frankreich

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass es Industrienationen gibt, die in den letzten Jahren weniger von sinkenden Gesamtfruchtbarkeitsraten betroffen waren und derzeit eine vergleichsweise hohe Fertilität zu verzeichnen haben. Zu diesen Ländern zählt Frankreich (69). Auch in Frankreich fiel nach den Jahren des „Baby-Booms“ in den 1960er Jahren die Fertilität ab und erreichte im Jahr 1993 mit 1,66 Kindern/Frau seinen nationalen Tiefwert. Seit Mitte der 90er Jahre ist jedoch ein kontinuierlicher Anstieg der Gesamtfruchtbarkeitsrate zu verzeichnen. Im Jahr 2010 ist sie auf ein nationales Rekordniveau von 2,01 Kindern/Frau gestiegen. Dieses wurde zuletzt vor 35 Jahren erreicht (77,78).

Auch im europäischen Vergleich der Gesamtfruchtbarkeitsraten liegt Frankreich weit vorn. Unter den zu diesem Zeitpunkt 27 EU-Ländern hatte Frankreich im Jahr 2010 nach Irland die zweithöchste Fruchtbarkeitsrate zu verzeichnen und war eines der wenigen EU-Länder, das sich der bestandserhaltenden Gesamtfruchtbarkeitsrate von 2,1 Kinder/Frau annäherte (79) (s. Abb. 3). Was die Gründe für die steigende Fruchtbarkeitsrate in Frankreich sind, ist jedoch nicht eindeutig geklärt und interessiert Wissenschaftler in der ganzen Welt (77).

Als Erklärungsmöglichkeit wird die gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen herausgestellt, die durch ein gut ausgebautes Ganztagsbetreuungssystem für unter 3-jährige und die kostenlose Vorschule (*école maternelle*) für Kinder ab 3 Jahren gewährleistet wird (42,77). In Hinsicht auf die Ausgaben für Familienpolitik gemessen am Bruttonationalprodukt ist Frankreich mit Deutschland vergleichbar (48,80). Die einzelnen Leistungen unterscheiden sich jedoch teilweise grundsätzlich. Die Familienleistungen werden in Frankreich durch eine Familienkasse ausgezahlt, die

ein Teil des Sozialversicherungssystems (*sécurité sociale*) ist und aus Arbeitgeberbeiträgen sowie steuerlichen Mitteln finanziert wird. Die französische Familienkasse besteht aus der *Cnaf* (*caisse nationale des allocations familiales*) auf nationaler Ebene und der *Caf* (*caisse d'allocations familiales*) auf lokaler Ebene (43).

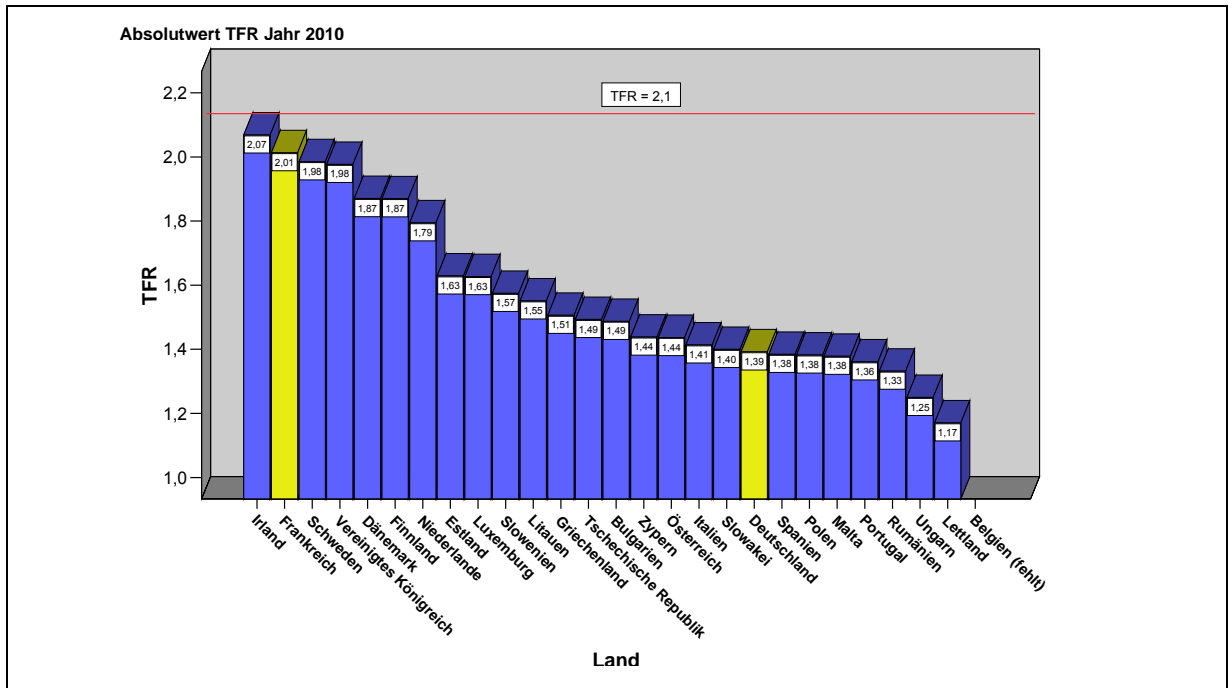


Abb. 3: Gesamfruchtbarkeitsrate (TFR) der EU-Staaten im Jahr 2010

Datenquelle: Eurostat Data Explorer (2012) (79), <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demofrate&lang=de>, (Daten abgerufen am 14.09.2012), eigene Zusammenfassung und graphische Darstellung

Um die Kosten eines Kindes nach seiner Geburt abzufedern erhalten Familien in Frankreich während der ersten Lebensjahre des Kindes Kleinkindbeihilfen (*Paje = prestation d'accueil du jeune enfant*), die vier Leistungen umfassen (81): Erstens die *prime à la naissance*, eine Prämie im siebten Monat der Schwangerschaft für die Erstausrüstung des Kindes (923,08€, Stand 21.11.2014) (82), zweitens die *allocations de base*, ein Fördergeld zur Sicherung der Grundbedürfnisse des Kindes während der ersten drei Lebensjahre in Höhe von 184,62€/Monat (Stand 21.11.2014) (83), drittens einen Zuschuss zur Kinderbetreuung während der ersten sechs Lebensjahre des Kindes (*Cmg = Complément de libre choix du mode de garde*) (84) sowie viertens eine elterngeldähnliche Leistung für Eltern, die ihre Berufstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung aussetzen oder reduzieren (*Clca = Complément de libre choix d'activité*) (85). Der *Clca* wird bei einem Kind für maximal 6 Monate ausgezahlt, ab zwei Kindern bis zum dritten Geburtstag des jüngsten Kindes (36 Monate) und beträgt 390,52€/Monat bei komplettem Aussetzen der Erwerbstätigkeit (Stand 21.11.2014). Anspruch auf den *Clca* besteht nur für Eltern, die in den Jahren vor der Geburt des Kindes mindestens 8 Trimester (24 Monate) sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben (85). Eltern mit mindestens drei Kindern können für ein Jahr lang bis zum ersten Geburtstag des jüngsten Kindes einen höheren Zuschuss beziehen (*Colca = Complément optionnel de libre choix d'activité*) (85). Ab dem 2. Kind erhalten Familien in Frankreich bis zum 20. Lebensjahr kindergeldähnliche Familienleistungen (*Af = allocations familiales*). Die Höhe

der *Af* beträgt 129,35€ monatlich (Stand 21.11.2014) und steigert sich überproportional für jedes weitere Kind (86). Familien mit mindestens drei Kindern bekommen ab dem 3. Lebensjahr des jüngsten Kindes bis zum 21. Lebensjahr des ältesten Kindes einen Familienzuschuss (*Cf = Complément familial*) (87). Für Familien mit mindestens fünf Kindern unter 18 Jahren gibt es die *Carte familles nombreuses*, welche Vergünstigungen für Bahnfahrkarten, Versicherungen, Eintrittspreise und für Anschaffungen wie Waschmaschine oder Auto beinhaltet (88).

Des Weiteren wird in Frankreich die Wahlfreiheit bei der Betreuung des Kindes gefördert. In Form des *Cmg* gibt es staatliche Fördermaßnahmen für Kinderkrippen und Tagesmütter, aber auch für Mütter, die ihr Kind zu Hause betreuen (*Clca*) (89). In Frankreich arbeiten wesentlich mehr Mütter in Vollzeit als in Deutschland. Beruf und Familie werden als gut vereinbar eingeschätzt. Kinderbetreuung für unter Dreijährige hat in der Gesellschaft eine hohe Akzeptanz (48). Während im Französischen das Wort „Rabenmutter“ unbekannt ist, gibt es das Wort „*mère poule*“ (Mutterglucke), für Mütter die ihre Kinder nicht loslassen können (90,91). Der Konflikt auf der normativen Ebene „Arbeit oder Familie“ existiert daher für Frauen in Frankreich nicht (90). Die französische Philosophin und Frauenrechtlerin Badinter (2010) konstatiert in ihrem Werk „Der Konflikt – Die Frau und die Mutter“, Französinen seien „mittelmäßige“ Mütter, aber immerhin Mütter“ (92). Die frühe Fremdbetreuung von Kindern wird jedoch auch in Frankreich kontrovers diskutiert. Moulin (2013) schreibt in ihrem Artikel „Frankreich: Liebe auf Distanz“, dass der geringe tägliche Kontakt es französischen Müttern mitunter schwierig mache, eine stabile Beziehung zu ihren Kindern aufzubauen (93).

Abgesehen vom Kindergeld (*Af*) und vom elterngeldähnlichen *Clca* werden die französischen Familienleistungen nur an Eltern ausgezahlt, die eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreiten (94). Diese Tatsache, sowie die Zahlung von Familienleistungen erst ab dem 2. Kind, zeigen, dass in Frankreich insbesondere Mehrkindfamilien und Familien mit geringem Einkommen unterstützt werden. Auch Steuervergünstigungen für Ehepaare sind abhängig von der Anzahl der Kinder und steigen erheblich ab dem 3. Kind (Familiensplitting, *quotient familial*). Schaible et al. (2006) beschrieben, dass französische Familien mit drei Kindern und mittlerem Einkommen unter den damaligen Gegebenheiten praktisch keine Steuern zahlten. Frankreich verfolgt damit eine so genannte „Politik des dritten Kindes“ (42). Aufgrund der hohen Staatsverschuldung kürzte jedoch die sozialdemokratische Regierung in Frankreich bereits seit dem Jahr 2012 für besserverdienende Eltern die Steuervergünstigungen (Familiensplitting) (95) und plant weitere Einsparungen an den Familienleistungen. So sollen die Elternzeit (*Clca*) für Mütter gekürzt und das Kindergeld (*Af*) für Besserverdienende gesenkt werden. Diese Pläne stoßen auf massive Kritik bei der konservativen Oppositionspartei (*UMP*) sowie in der Bevölkerung, da Frankreichs hohe Fertilität insbesondere auch auf die ausgereifte Familienpolitik zurückgeführt wird (95,96).

2. Ziele der Arbeit und Fragestellungen

Die Entwicklung der Geburtenzahlen ist für Ärzte, insbesondere für Gynäkologen und Geburtshelfer, von großem Interesse. Mediziner beobachten das Geburtenverhalten ihrer Patientinnen und können Frauen durch medizinische Maßnahmen unterstützen, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen. Sie erfahren jedoch meistens wenig über die Beweggründe der jeweiligen Patientin für die Entscheidung zu einem (weiteren) Kind oder den Wunsch, kinderlos zu bleiben. Es ist daher interessant zu erfahren, welche politischen und gesellschaftlichen Faktoren die Planung einer Schwangerschaft beeinflussen und welche staatlichen Leistungen diese begünstigen können.

Um der Frage nachzugehen, ob das Elterngeld als sinnvolle familienpolitische Maßnahme gewertet werden kann, um dem Absinken der Geburtenzahlen in Deutschland entgegen zu wirken, entschlossen wir uns zu einer Befragung von Müttern mit einem Fragebogen. Zur Ermittlung von Ursachen höherer Fertilität in anderen europäischen Ländern führten wir eine kleinere Vergleichsbefragung von Entbundenen in Lyon/ Frankreich durch. Als für uns gut erreichbare Kohorten wählten wir Frauen, die an der Universitätsfrauenklinik Magdeburg sowie am Centre Hospitalier de Sainte-Foy-lès-Lyon entbunden wurden.

Das erste Ziel der Arbeit ist die wissenschaftliche Untersuchung eines potentiellen Einflusses familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität der Bevölkerung in Deutschland am Beispiel des Elterngeldes in der Region Magdeburg in den Jahren 2009/2010.

Das zweite Ziel ist die Erforschung von Ursachen der höheren Fertilität in Frankreich am Beispiel eines Vergleichs von Befragungsergebnissen aus den Regionen Magdeburg und Lyon.

Es ergaben sich folgende Fragestellungen:

1. Welche soziodemographischen Daten haben Frauen, die in der Universitätsfrauenklinik Magdeburg entbunden werden?
2. Wie hoch ist die Inanspruchnahme des Elterngeldes in der Region Magdeburg und wie beurteilen Entbundene das Elterngeld? Deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass die von der Bundesregierung formulierten Ziele des Elterngeldes im Raum Magdeburg erreicht werden?
3. Welche Wichtigkeit hat das Elterngeld für Mütter in der Region Magdeburg bei der Entscheidung zur Schwangerschaft?
4. Welche Unterschiede zeigen sich im Vergleich der Daten aus Magdeburg mit den Daten aus Lyon?

3. Material und Methoden

3.1 Prinzip und Ablauf der Datenerhebung

Die Datenerhebung in Magdeburg erfolgte mithilfe eines Fragebogens, der von März 2009 bis Juli 2010 in der Abteilung für Geburtshilfe der Universitätsfrauenklinik Magdeburg an die dort entbindenden Frauen ausgegeben wurde. Analog zur Erhebung in Magdeburg wurde im Februar und März 2011 am Pôle Naissance et Pathologies de la Femme des Centre Hospitalier de Sainte-Foy-lès-Lyon, einem Lehrkrankenhaus der Universität Lyon, ein Fragebogen an französische Entbundene ausgeteilt.

Erstellung der Fragebögen

Im ersten Schritt wurde eine Sammlung von Fragen erstellt, die es ermöglichen sollte, die benötigten Daten zu erheben, und diese in einem Fragebogen zusammengestellt. Zur Beurteilung der statistischen Auswertbarkeit legten wir den Fragebogen Herrn Prof. Dr. rer. nat. S. Kropf, Institut für Biometrie und Medizinische Informatik, Magdeburg, vor. Herr Prof. Dr. med., M.P.H. B.P. Robra, Direktor des Instituts für Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie, Magdeburg, und Frau Dipl.-Psych. K. Plaga, Braunschweig, beurteilten die Fragen aus sozialmedizinischer und psychologischer Sicht. Der Inhalt und die Fragestellungen wurden daraufhin optimiert. Der endgültige Fragebogen umfasste 56 Fragen zu 5 Themengebieten. Der erste Teil des Fragebogens beinhaltete Fragen zur beruflichen Tätigkeit der Eltern und zur Inanspruchnahme des Elterngeldes (26 Fragen). Im zweiten Teil stellten wir 4 Fragen zum Thema Schwangerschaft. Im dritten Abschnitt fragten wir nach den Lebensverhältnissen der Befragten (7 Fragen). Im vierten Teil ermittelten wir soziodemographische Daten der Eltern (16 Fragen). Im fünften Abschnitt hatten die Befragten die Möglichkeit Kritik und Anregungen zum Elterngeld, zu staatlichen Familienleistungen und zum Fragebogen in Form von offenen Antworten zu äußern. Die übrigen Fragen enthielten vorgegebene Antwortmöglichkeiten im Multiple-Choice-Format. Bis auf entsprechend gekennzeichnete Ausnahmen, sollten sich die Befragten bei der Beantwortung auf eine Antwort festlegen. Es wurden jeweils getrennte Fragen für die Mütter und die Väter gestellt. Beantwortet wurden alle Fragen durch die Mütter, da sich der Fragebogen an die Entbundenen richtete. Die Fragen zum Kindsvater beinhalteten daher zusätzlich die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“.

Die erste Seite des Fragebogens umfasste ein Anschreiben an die Frauen, in dem Thema und Ziel der Befragung kurz erläutert und auf die Anonymität der Datenauswertung hingewiesen wurde. Vor Beantwortung der Fragen baten wir die Mütter durch Unterschrift ihr Einverständnis zur anonymen Auswertung der Antworten zu geben. Die letzte Seite des Fragebogens beinhaltete Informationen zu den Kontaktdaten der Elterngeldstellen in Magdeburg und in Halle (Saale) sowie des Bundesfamilienministeriums.

Zur Erhebung der Vergleichsdaten in Frankreich wurde der oben beschriebene Fragebogen ins Französische übersetzt. Die Fragen der Kategorien „Schwangerschaft“ und „Persönliche Angaben“ wurden nahezu wörtlich übersetzt. In den Kategorien „Elterngeld und Berufstätigkeit“ sowie „Kritik und Anregungen“ wurde „Elterngeld“ durch „*allocations familiales*“ ersetzt. Die Kategorie „Lebensverhältnisse“ wurde mit Fragen zu den in Frankreich verfügbaren Kinderbetreuungsmöglichkeiten ergänzt. Die französische Muttersprachlerin Frau A. Sineux, Écouen/ Frankreich korrigierte den Fragebogen auf sprachliche Richtigkeit.

Ablauf der Befragung

Nach Rücksprache mit der Ethikkommission und deren Einverständnis wurde der Fragebogen vervielfältigt.

Im März 2009 führten wir einen ersten Testlauf der Befragung auf der Wochenstation der Universitätsfrauenklinik Magdeburg durch. Hierbei wurde der Fragebogen von Entbundenen verschiedener Bildungsschichten auf seine Verständlichkeit und auf die Zumutbarkeit des Zeitaufwands für die Beantwortung überprüft. Während des Testlaufs wurden 130 Fragebögen ausgeteilt, wovon 90 rückläufig waren. Die befragten Frauen gaben an, zwischen 10 und 15 Minuten für die Beantwortung des Fragebogens zu benötigen. Dieser Zeitaufwand und der Umfang des Fragebogens wurden von den Befragten als angemessen eingeschätzt. Auf Anregung der Frauen formulierten wir einige Fragen zur besseren Verständlichkeit um und ergänzten fehlende Antwortmöglichkeiten.

Die Austeilung der endgültigen Fragebögen erfolgte von April 2009 bis Juli 2010 in Kombination mit dem „Rooming-in“-Informationsmaterial, das bei Aufnahme zur Geburt durch das Pflegepersonal an die entbindenden Frauen ausgehändigt wurde.

Die Datenerhebung in Frankreich erfolgte im Rahmen eines PJ-Auslandstertials in der Abteilung für Geburtshilfe des CH Ste-Foy-lès-Lyon. Nach Genehmigung der Befragung durch Herrn Chefarzt Prof. Dr. G. Le Maout und der leitenden Hebamme Frau A. Vernioles, wurde der französischsprachige Fragebogen vervielfältigt. Die Austeilung der Fragebögen erfolgte im Februar und März 2011 an die Entbundenen auf der Wochenstation.

3.2 Statistische Auswertung und graphische Darstellung der Daten

Parallel zum Ausgeben der Fragebögen erstellten wir mit dem Tabellenkalkulationsprogramm „Microsoft Excel 2003“ eine Tabelle zur Dokumentation der erhobenen Daten. Die von den Befragten angekreuzten Antworten wurden mit Zahlen codiert und in die Tabelle übertragen. Die Antworten der offenen Fragen und der Antwort „anderes“ wurden wortwörtlich in die Tabelle aufgenommen.

Anschließend erfolgte die Erarbeitung von Korrelationen zwischen den Antwortergebnissen verschiedener Fragen, die zur Beantwortung unserer Fragestellungen hilfreich waren. Mit Unterstützung durch Herrn Prof. Dr. rer. nat. S. Kropf wurden die Korrelationen mit dem Programm „SPSS 19.0 für Windows“ auf ihre statistische Signifikanz getestet. Die Überprüfung erfolgte mit dem Chi-Quadrat-Test unter Verwendung einer Monte-Carlo-Approximation, die auch bei kleinen Teilstichprobenumfängen eine exakte Aussage erlaubt. Korrelationen mit einem p-Wert $\leq 0,05$ wurden als statistisch signifikant gewertet.

Die Codierung und Aufnahme der in Lyon erhobenen Daten erfolgte analog zu den Magdeburger Daten mittels „Microsoft Excel 2003“. Anschließend wurden die Daten mit „SPSS 14.0 für Windows“ aufbereitet und in eine gemeinsame SPSS-Datei mit den Magdeburger Daten zusammengeführt. Hierzu wurden die in Lyon erhobenen Daten analog zu den Magdeburger Daten benannt. Die Daten aus beiden Kliniken wurden mit dem Programm „SPSS 19.0 für Windows“ auf statistisch signifikante Unterschiede getestet. Die Überprüfung erfolgte ebenfalls mit dem Chi-Quadrat-Test unter Verwendung einer Monte-Carlo-Approximation. Für p-Werte $\leq 0,05$ wurde ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den Stichproben in Magdeburg und in Lyon angenommen.

In der Beschreibung der Ergebnisse wurde mit „N“ die Größe der Grundgesamtheit aller Befragten, die gültige Angaben machten, bezeichnet. Die Anzahl der Merkmalsausprägungen wurde mit „n“ angegeben. Die Erstellung der Graphiken erfolgte mit dem Statistikprogramm „SPSS 14.0 für Windows“. In den Diagrammen wurden die Daten relativ in Prozent (%) dargestellt. Die Gesamtzahl (N) wurde in den Datentabellen und den Graphiken als 100% gesetzt. Leerantworten oder mit „keine Angabe“ beantwortete Fragen wurden in den Darstellungen nicht berücksichtigt. Bei Fragen in denen Mehrfachantworten zugelassen waren, überstieg die Anzahl der gültigen Angaben die Anzahl der befragten Frauen. Bei der graphischen Darstellung der Korrelationsanalysen wurden die gültigen Antworten mit Ausnahme der Antwortkategorien „anderes“ und „weiß nicht“ berücksichtigt. Zur Verbesserung der Übersicht wurden teilweise Einzelantworten zu Antwortkategorien zusammengefasst. Die Darstellung erfolgte in Form von Säulen- sowie Kreisdiagrammen.

Die Vergleichsgraphiken (Säulen- und Kreisdiagramme) der Daten aus den beiden Kliniken in Magdeburg und in Lyon wurden ebenfalls mit dem Statistikprogramm „SPSS 14.0 für Windows“ erstellt. Die Datensätze wurden pro Klinik jeweils als 100% dargestellt. Berücksichtigt wurden die gültigen Angaben ohne die Antworten „anderes“ und „weiß nicht“.

4. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung an der Universitätsfrauenklinik (UFK) Magdeburg und deren Analysen dargestellt. Des Weiteren führen wir die Vergleichsergebnisse zwischen den Magdeburger Daten und den am Centre Hospitalier de Sainte-Foy-lès-Lyon (CH Ste-Foy-lès-Lyon) erhobenen Daten auf. Im Anhang befinden sich die Tabellen A1 – A23 sowie eine Darstellung der Fragebögen.

4.1 Umfang der Stichproben in Magdeburg und in Lyon

An der UFK Magdeburg wurden im Befragungszeitraum (03/2009-07/2010) insgesamt 1602 Frauen entbunden (65). Von diesen erreichten wir 1030 mit Fragebögen. Der Gesamtstichprobenumfang aus Magdeburg, d. h. die Anzahl der rückläufigen, auswertbaren Fragebögen, betrug $N = 700$ (s. Tabelle 2). Dies entspricht einer Teilnahmequote von 68,0%.

Am CH Ste-Foy-lès-Lyon wurden im Befragungszeitraum (02-03/2010) insgesamt ca. 208 Frauen entbunden (97). An diese teilten wir 100 Fragebögen aus. Der Gesamtstichprobenumfang aus Lyon betrug $N = 84$ (s. Tabelle 2), was einer Teilnahmequote von 84,0% entspricht.

Tabelle 2: Stichprobenumfang in Magdeburg und in Lyon

			Klinik		gesamt
			UFK Magdeburg	CH Ste-Foy-lès-Lyon	
gültig	rückläufige Fragebögen	Gesamtzahl (N)	700	84	784
		%	43,7%	40,4%	43,3
fehlend	nicht rückläufige Fragebögen	Anzahl (n)	330	16	346
			20,6%	19,0%	19,1%
	nicht befragte Entbundene	Anzahl (n)	572	124	696
		%	35,7%	59,6%	38,5%
gültig + fehlend	Entbundene insgesamt	Anzahl (n)	1602	208	1810
		%	100%	100%	100%

Quelle der Geburtenzahlen: Universitätsfrauenklinik Magdeburg (65), Centre Hospitalier de Sainte-Foy-lès-Lyon (97), eigene Berechnung und tabellarische Darstellung

4.2 Soziodemographische Daten der Eltern

Mit Fragen zum Themengebiet „Persönliche Angaben“ ermittelten wir soziodemographische Daten der befragten Mütter sowie des jeweiligen Kindsvaters.

Alter

In der Magdeburger Befragung äußerten sich 689 Frauen zu ihrem Alter (s. Anhang Tabelle A1). Den größten Anteil nahm mit 32,4% ($n = 223$) die Gruppe der 26-30-jährigen ein, es folgte mit 27,4% ($n = 189$) die Altersgruppe 31-35 (s. Abb. 4). Insgesamt 41,8% ($n = 288$) der Magdeburger Entbundenen waren älter als 30 Jahre.

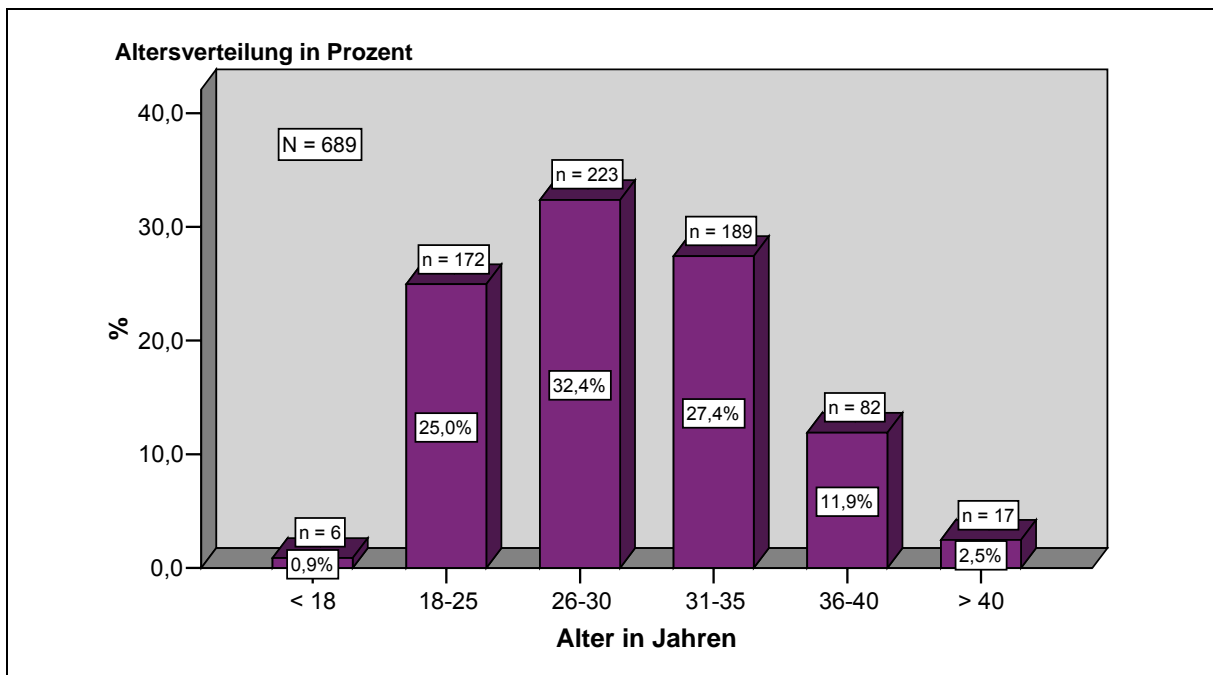


Abb. 4: Altersverteilung der Mütter an der UFK Magdeburg

Die Berechnung eines Altersmedians war uns nicht möglich, da die Erhebung des Alters in Form von Altersgruppen im Multiple-Choice-Format erfolgte (s. Fragebogen im Anhang).

Um die Repräsentativität der von uns erhobenen mütterlichen Altersverteilung zu überprüfen, verglichen wir unsere Ergebnisse mit den offiziellen Angaben des Amtes für Statistik der Landeshauptstadt Magdeburg zum Alter der in den Jahren 2009-2010 entbundenen Magdeburger Frauen. Die Analyse durch den Chi²-Test zeigte mit $p = 0,115$ keine signifikante Abweichung der von uns erhobenen Altersverteilung von den offiziell angegebenen Daten (s. Anhang Tabelle A4).

Anschließend verglichen wir die Altersverteilung der Magdeburger Frauen und die der Lyoner Befragten. Unter den Lyoner Müttern ($N = 84$) waren zum Befragungszeitpunkt lediglich 11,9% ($n = 10$) 25 Jahre oder jünger, in Magdeburg lag dieser Anteil bei 25,8% ($n = 178$). Unsere französischen Befragten waren hingegen vergleichsweise häufiger über 35 Jahre alt ($n = 18$; 21,4%) als die deutschen Befragten ($n = 99$; 14,4%) (s. Abb. 5). Die Altersverteilung der Mütter im Universitätsklinikum Magdeburg und der Mütter in der Klinik in Lyon wies einen signifikanten Unterschied auf (Chi²-Test, $p = 0,026$) (s. Anhang Tabelle A3).

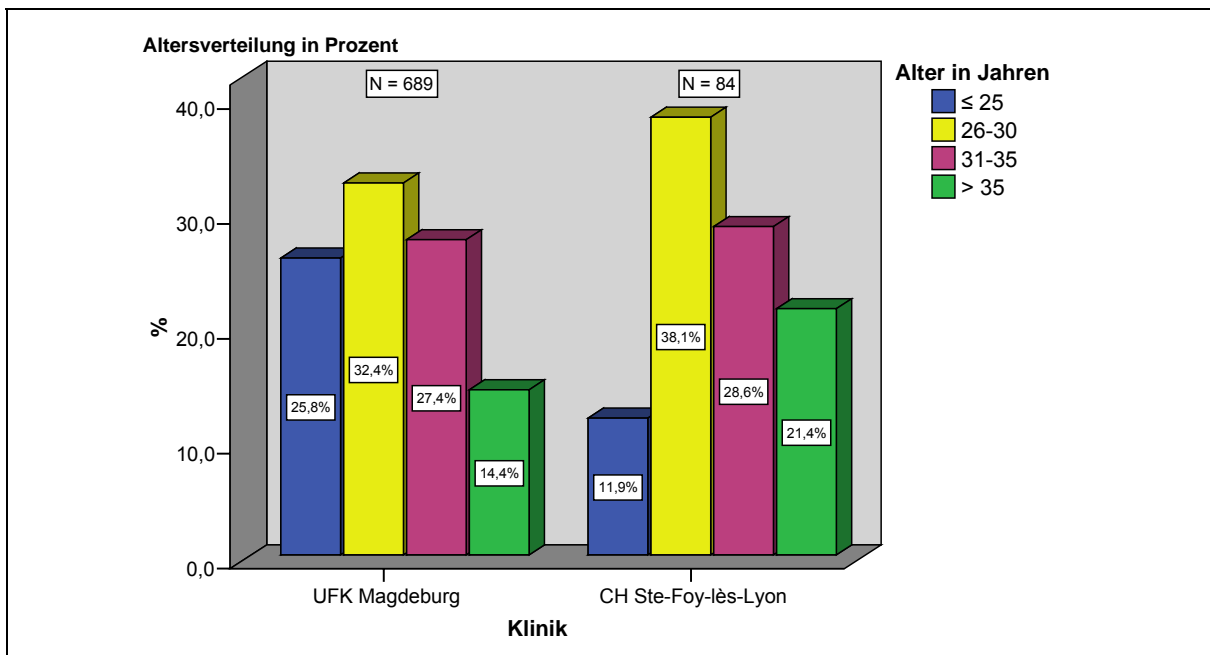


Abb. 5: Altersverteilung der Mütter an der UFK Magdeburg (N = 689) und am CH Ste-Foy-lès-Lyon (N = 84) im Vergleich (Chi²-Test, p = 0,026)

Bei 692 Magdeburger Befragten konnte das Alter des Kindsvaters ermittelt werden. Die Altersverteilung der Magdeburger Väter hatte das Maximum bei 31-35 Jahren (n = 211; 30,5%). Insgesamt 63,9% (n = 442) der Männer waren zum Zeitpunkt der Entbindung älter als 30 Jahre (s. Anhang Tabelle A2).

Von 371 Erstgebärenden an der UFK Magdeburg gaben 368 Frauen ihr Alter an. Die Mehrzahl der Primiparae war 26-30 Jahre alt (n = 134; 36,4%), insgesamt 30,4% (n = 112) waren über 30 Jahre alt (s. Tabelle 3).

Tabelle 3: Altersverteilung der Erstgebärenden an der UFK Magdeburg

	Alter in Jahren	Anzahl (n)	gültige Prozente (%)
gültig	< 25	122	33,2
	26-30	134	36,4
	31-35	81	22,0
	> 35	31	8,4
	gesamt	368	100,0
fehlend	keine Angabe	3	

Die Altersstruktur der Primiparae in der Magdeburger Stichprobe wies keinen signifikanten Unterschied zur Altersverteilung der Erstgebärenden in der Stichprobe aus Lyon auf (Chi²-Test, p = 0,062) (s. Anhang Tabelle A3).

Bildungsstand

Um den Bildungsstand der Eltern zu analysieren, wurden Angaben des höchsten Schulabschlusses erfragt und ausgewertet. Die Einteilung erfolgte in die drei Kategorien „hoher“ (Hoch-

/Fachhochschulabschluss), „mittlerer“ ((Fach-)Abitur, Realschulabschluss) und „niedriger“ (Hauptschulabschluss, (noch) kein Schulabschluss) Bildungsstand.

Tabelle 4: Bildungsstand der Mütter an der UFK Magdeburg

	Höchster Schulabschluss	Bildungsstand	Anzahl (n)	gültige Prozente (%)
gültig	Hochschulabschluss	Hoch N = 204 (29,6%)	104	15,1
	Fachhochschulabschluss		100	14,5
	Abitur	Mittel N = 374 (54,3%)	86	12,5
	Fachabitur		19	2,8
	Realschulabschluss		269	39,0
	Hauptschulabschluss	Niedrig N = 90 (13,1%)	74	10,7
	noch in Schulausbildung		6	0,9
	keinen Schulabschluss		10	1,5
	anderes		21	3,0
		gesamt		689
fehlend	keine Angabe		11	

In der Magdeburger Stichprobe gaben 689 Entbundene ihren eigenen Schulabschluss an. Etwas mehr als die Hälfte (n = 374; 54,3%) hatte einen mittleren Bildungsstand. Die zweitgrößte Gruppe hatte einen hohen Bildungsstand (n = 204; 29,6%), d.h. sie waren Akademikerinnen mit einem Hoch- bzw. Fachhochschulabschluss (s. Tabelle 4). Unter der Kategorie „anderes“ (n = 21; 3,0%) gaben die Befragten z.B. den Abschluss der Polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR oder im Ausland erworbene Abschlüsse an.

Den höchsten Schulabschluss des Kindsvaters gaben 686 Magdeburger Befragte an. Die Mehrzahl der Männer hatte einen mittleren Bildungsstand (n = 356; 51,9%), die zweitgrößte Gruppe hatte einen hohen Bildungsstand (n = 181; 26,4%) (s. Anhang Tabelle A2).

Anschließend verglichen wir die Verteilung der Bildungsstände der befragten Magdeburger Mütter und der befragten Lyonerinnen. Unter den Lyoner Müttern (N = 82) gab mit 57,3% (n = 47) die Mehrzahl einen hohen Bildungsstand (diplôme d'université/ BTS) an, lediglich 8,6% (n = 7) hatten einen niedrigen Bildungsstand (BEP/ (noch) kein Schulabschluss) (s. Tabelle 5). Unter den Magdeburger Müttern hatten 13,1% (n = 90) einen niedrigen Bildungsstand (Hauptschulabschluss/ (noch) keinen Schulabschluss). Die Auswertung durch den Chi²-Test zeigte einen signifikanten Unterschied in der Verteilung der Bildungsabschlüsse der Mütter zwischen den beiden Stichproben in Magdeburg und in Lyon (p < 0,001) (s. Anhang Tabelle A3).

Tabelle 5: Bildungsstand der Mütter am CH Ste-Foy-lès-Lyon

	Höchster Schulabschluss	Bildungsstand	Anzahl (n)	gültige Prozente (%)
gültig	diplôme d'université	Hoch N = 47 (57,3%)	31	37,8
	BTS (Fachhochschulabschluss)		16	19,5
	bac général (Abitur)	Mittel N = 27 (32,9%)	10	12,2
	bac pro (Fachabitur)		10	12,2
	BEP-CAP (mittlere Reife)		7	8,5
	BEPC (Hauptschulabschluss)	Niedrig N = 7 (8,6%)	1	1,2
	noch in Schulausbildung		3	3,7
	keinen Schulabschluss		3	3,7
	anderes		1	1,2
		gesamt		82
fehlend	keine Angabe		2	

Parität

Erhoben wurde die Anzahl der weiteren leiblichen Kinder der Befragten ohne das Neugeborene. Zu ihrer Parität äußerten sich 687 Magdeburger Frauen. Mehr als die Hälfte der Mütter an der UFK Magdeburg (n = 371; 54,0%) war erstgebärend (Primipara), 33,5% (n = 230) hatten ein weiteres Kind (Bipara), insgesamt 12,5% (n = 86) zwei oder mehr weitere Kinder (Multipara) (s. Anhang Tabelle A1).

Im Vergleich der Daten aus Magdeburg (N = 687) mit den Daten aus Lyon (N = 84) zeigte sich, dass der Anteil von Multiparae in Lyon mit 22,6% (n = 19) deutlich höher lag, als in Magdeburg mit 12,5% (n = 86) (s. Anhang Tabelle A3). Die statistische Analyse bestätigte einen signifikanten Unterschied der Parität der Entbundenen zwischen der Stichprobe in Magdeburg und der Stichprobe in Lyon (Chi²-Test, p = 0,020).

Dann überprüften wir den Zusammenhang zwischen der Parität der Mütter und ihrem Bildungsstand. Hierzu lagen uns 662 gültige Datensätze aus Magdeburg vor. Unter den Magdeburger Wöchnerinnen mit niedrigem Bildungsstand (N = 89) waren 21,3% (n = 19) mehrgebärend. Unter den Frauen mit mittlerem Bildungsstand (N = 372) waren dies 11,0% (n = 41) und unter den Müttern mit hohem Bildungsstand (N = 201) lediglich 9,5% (n = 19) (s. Anhang Tabelle A5). Es zeigte sich eine signifikante Korrelation zwischen der Parität und dem Bildungsstand der Mütter an der UFK Magdeburg (Chi²-Test, p = 0,022).

In der Stichprobe aus Lyon (N = 81) konnte keine statistische Signifikanz für diesen Zusammenhang nachgewiesen werden (Chi²-Test, p = 0,297) (s. Anhang Tabelle A5).

Nationalität

In Magdeburg trafen 691 Befragte Aussagen zu ihrer Staatsangehörigkeit. 94,9% der Frauen (n = 658) waren deutsch. Lediglich 5,1% der Befragten (n = 33) hatten eine andere Nationalität (s. Anhang Tabelle A1).

Die meisten Kindsväter in unserer Magdeburger Stichprobe (N = 692) waren ebenfalls Deutsche (n = 650; 93,9%) (s. Anhang Tabelle A2).

Um die Repräsentativität der von uns an der UFK Magdeburg erhobenen mütterlichen Staatsangehörigkeit zu überprüfen, verglichen wir unsere Ergebnisse mit den Daten des Amtes für Statistik der Landeshauptstadt Magdeburg zur Nationalität von Müttern. Unter den Magdeburger Einwohnerinnen, die in den Jahren 2009-2010 entbundenen wurden (N = 3976), lag der Ausländeranteil bei 9,4% (n = 373) (s. Anhang Tabelle A4). Hinsichtlich der Nationalität der Mütter lag eine signifikante Abweichung von unseren Ergebnissen vor (Chi²-Test, p < 0,001).

Wohnort

An der UFK Magdeburg machten 692 Befragte Angaben zu ihrem Wohnort. Die Landeshauptstadt Magdeburg gaben 69,9% (n = 484) der Mütter als Hauptwohnsitz an, 29,0% (n = 201) waren in einem anderen Ort in Sachsen-Anhalt hauptwohnsitzlich gemeldet. Lediglich 1,0% (n = 7) der Frauen waren aus einem anderen Bundesland zur Entbindung nach Magdeburg gekommen (s. Anhang Tabelle A1).

Unter den am CH Ste-Foy-lès-Lyon befragten Müttern (N = 84) gaben 56,0% (n = 47) Lyon als Hauptwohnsitz an, 41,7% (n = 35) wohnten in einem anderen Ort im *Département Rhône-Alpes*. Lediglich 2 Befragte (2,4%) stammten aus einem anderen *Département* (s. Anhang Tabelle A6).

Familienstand

Erfragt wurde der formale Familienstand der Mütter. An der UFK Magdeburg machten 692 Entbundene diesbezüglich Angaben. Die Mehrzahl der Befragten war zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes ledig (n = 366; 52,9%), 42,3% (n = 293) waren verheiratet, 4,6% (n = 32) geschieden (s. Anhang Tabelle A1).

Im Vergleich der Stichproben in Magdeburg und in Lyon zeigte sich kein signifikanter Unterschied bezüglich des Familienstands der Mütter (Chi²-Test, p = 0,149). In Lyon waren 43,4% (n = 36 von N = 83) der Befragten ledig, 48,2% (n = 40) waren verheiratet (s. Anhang Tabelle A3).

Einkommen

Erhoben wurde jeweils getrennt von einander das eigene durchschnittliche Nettomonatseinkommen der Mutter sowie des Kindsvaters. Ein gemeinsames Haushaltseinkommen wurde nicht ermittelt.

An der UFK Magdeburg teilten uns 599 Befragte die Höhe des Gehalts mit, welches sie vor der Entbindung hatten. Die größte Gruppe der Mütter (n = 193; 32,2%) erzielte ein präpartales Einkommen von 500-1000€ monatlich (s. Anhang Tabelle A1).

Daten zum durchschnittlichen Nettomonatseinkommen des Kindsvaters lagen in 559 Magdeburger Fällen vor. Die größte Gruppe der Männer (n = 169; 30,2%) verdiente 1100-1500€ monatlich (s. Anhang Tabelle A2).

Im Anschluss verglichen wir das durchschnittliche Nettomonatseinkommen der Magdeburger Mütter mit dem der Magdeburger Väter. Bei den Frauen lagen uns 584 auswertbare Datensätze vor, bei den Männern waren es 515. Unter den Entbundenen hatten nur 9,7 % (n = 58) ein eigenes Einkommen von > 2000€ im Monat, unter den Kindsvätern lag dieser Anteil bei 21,1% (n = 118) (s. Abb. 6). Die Überprüfung durch den Chi²-Test zeigte einen signifikanten Unterschied im Nettomonatseinkommen zwischen den Geschlechtern (p < 0,001) (s. Anhang Tabelle A7).

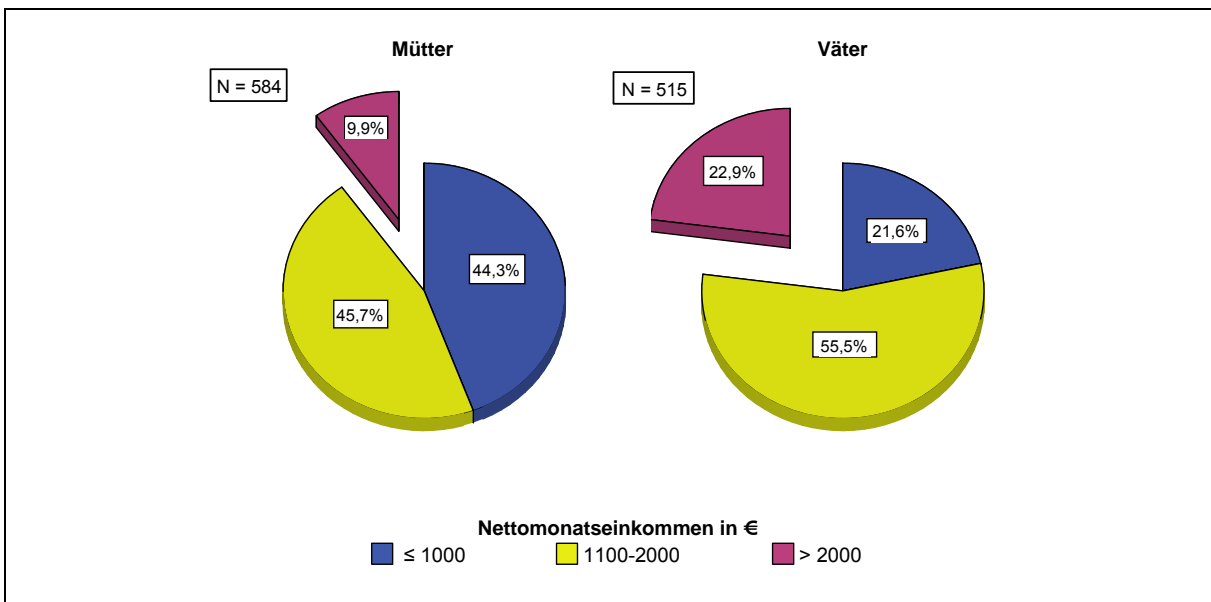


Abb. 6: Einkommen der Mütter und der Väter an der UFK Magdeburg im Vergleich (Chi²-Test, p < 0,001)

In einem weiteren Schritt verglichen wir das präpartale Nettomonatseinkommen der Mütter in der Magdeburger Stichprobe (N = 584) und in der Lyoner Stichprobe (N = 74). Unter den französischen Befragten verdiente die Mehrzahl 59,5% (n = 44) vor der Entbindung 1100-2000€ im Monat. In Magdeburg lag der Anteil dieser Einkommensgruppe nur bei 45,7% (n = 267). Ein besonders deutlicher Unterschied zeigte sich bei Einkommen ≤ 1000€ im Monat. In Magdeburg zählten 44,3% (n = 259) der Frauen zu dieser Gruppe, in Lyon lediglich 24,3% (n = 18) (s. Anhang Tabelle A3). Anhand des Chi²-Tests konnte ein signifikanter Unterschied im Nettomonatseinkommen zwischen den Müttern an der UFK Magdeburg und den Müttern am CH Ste-Foy-lès-Lyon nachgewiesen werden (p = 0,004).

4.3 Planung der Schwangerschaft

Zur Planung ihrer Schwangerschaft machten 682 Entbundene an der UFK Magdeburg Angaben. Die Mehrzahl hatte die Gravidität seit mehreren Monaten (n = 312; 45,7%) bzw. seit mehreren Jahren (n = 72; 10,6%) geplant. Insgesamt 43,4% der Frauen (n = 296) hatten die jetzige Schwangerschaft nicht geplant, darunter hatten 13,0% (n = 89) eine Konzeption „gar nicht“ angestrebt, bei 30,4% (n = 207) Befragten war die Schwangerschaft „nicht direkt geplant“, aber nicht unerwünscht (s. Tabelle 6).

Der Vergleich mit der Lyoner Stichprobe (N = 83) ergab, dass die französischen Entbundenen ihre jetzige Schwangerschaft häufiger geplant hatten (mehrere Monate n = 59; 71,1% bzw. mehrere Jahre n = 9; 10,8%) als die Magdeburger Befragten. Unter den Lyoner Frauen waren nur 18,1% (n = 15) ungeplant schwanger geworden (s. Tabelle 6). Der Unterschied zwischen den Angaben der Magdeburger und der Lyoner Mütter bezüglich der Schwangerschaftsplanung war statistisch signifikant (Chi²-Test, p = 0,002).

Tabelle 6: Planung der Schwangerschaft – Vergleich der beiden Stichproben in Magdeburg und in Lyon (Chi²-Test, p = 0,002)

			Klinik		gesamt
			UFK Magdeburg	CH Ste-Foy-lès-Lyon	
Schwangerschaftsplanung	Ja, mehrere Monate	Anzahl (n)	312	59	371
		%	45,7%	71,1%	48,5%
	Ja, mehrere Jahre	Anzahl (n)	72	9	81
		%	10,6%	10,8%	10,6%
	Nein, nicht direkt geplant	Anzahl (n)	207	12	219
		%	30,4%	14,5%	28,6%
	Nein, gar nicht geplant	Anzahl (n)	89	3	92
		%	13,0%	3,6%	12,0%
	anderes	Anzahl (n)	2	0	2
		%	0,3%	0,0%	0,3%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	682	83	765
		%	100,0%	100,0%	100,0%

Bei 652 Magdeburger Frauen konnten gültige Daten sowohl zur Planung der Schwangerschaft als auch zu ihrem höchsten Schulabschluss erhoben werden. Unter den Befragten mit einem niedrigen Bildungsstand wurden 72,9% (62 von N = 85) ungeplant schwanger. Unter den Müttern mit einem mittleren Bildungsstand waren es 42,6% (156 von N = 366) und unter den Befragten mit hohem Bildungsstand lediglich 30,4% (61 von N = 201) (s. Anhang Tabelle A8). Indem Frauen mit niedrigem Bildungsstand häufiger ungeplant schwanger wurden als solche mit mittlerem bzw. hohem Bildungsstand, konnten wir zeigen, dass es eine signifikante Abhängigkeit zwischen dem Bildungsstand der Mütter und der Planung ihrer Schwangerschaft gab (Chi²-Test, p < 0,001).

Unter den bis zu 25 Jahre alten Magdeburger Müttern (N = 172) war der Anteil, der ungeplanten Schwangerschaften mit 61,0% (n = 105) am höchsten. Unter den 31-35-jährigen (N = 181) lag dieser Anteil mit 35,3% (n = 64) am niedrigsten (s. Anhang Tabelle A8). Der Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und der Planung ihrer Schwangerschaft war statistisch signifikant (Chi²-Test, p < 0,001).

4.4 Berufstätigkeit der Eltern und postpartale Veränderung der finanziellen Situation

Berufstätigkeit der Eltern

Alle Magdeburger Befragten (N = 700) machten Angaben zu ihrer eigenen Berufstätigkeit und deren Umfang. Der größte Teil der Mütter (n = 489; 69,9%) war bis zum Mutterschutz berufstätig, 14,1% (n = 99) waren arbeitslos, 6,3% (n = 44) waren Hausfrauen. 48,4% der Befragten (n = 339) arbeiteten in Vollzeit, 17,9% (n = 125) in Teilzeit (s. Anhang Tabelle A9).

Unter den Magdeburger Vätern (N = 694) war die Mehrzahl (n = 572; 82,4%) berufstätig, 10,5% (n = 73) waren arbeitslos. Die meisten Männer (n = 547; 78,5%) arbeiteten in Vollzeit, lediglich 3,0% (n = 21) in Teilzeit (s. Anhang Tabelle A9).

Im Vergleich der Magdeburger Daten mit den Daten aus Lyon (N = 84), zeigte sich, dass der Anteil der bis zum Mutterschutz berufstätigen Frauen in Lyon mit 73,3% (n = 62) ähnlich hoch war, wie in Magdeburg (n = 489; 69,9%). Hingegen lag die Arbeitslosenquote unter den Französisinnen nur bei 4,8% (n = 4) und in Magdeburg bei 14,4% (n = 99) (s. Anhang Tabelle A10). Die Analyse durch den Chi²-Test ergab einen signifikanten Unterschied zwischen der Berufstätigkeit der Frauen in der Magdeburger Stichprobe und der Lyoner Stichprobe (p = 0,018).

Der Vergleich des Umfangs der Beschäftigung ergab, dass 63,1% (n = 53) der französischen Befragten in Vollzeit tätig waren, während unter den deutschen Befragten es nur 48,4% (n = 339) waren. Unter den Magdeburger Frauen arbeiten 17,9% (n = 125) in Teilzeit, unter den Lyoner Müttern lag dieser Anteil lediglich bei 7,1% (n = 6) (s. Anhang Tabelle A10). Es konnte ein signifikanter Unterschied zwischen den beiden Stichproben in Magdeburg und in Lyon hinsichtlich des Beschäftigungsumfangs der Mütter nachgewiesen werden (Chi²-Test, p = 0,002).

Anschließend überprüften wir den Zusammenhang zwischen dem präpartalen Beschäftigungsumfang der Mütter und ihrer Parität. Unter den Magdeburger Primiparae (N = 371) hatten 57,7% (n = 214) bis zum Mutterschutz in Vollzeit gearbeitet, 11,3% (n = 42) in Teilzeit. Unter den Biparae (N = 230) arbeiteten 44,3% (n = 102) in Vollzeit und 25,7% (n = 59) in Teilzeit. Multiparae (N = 86) waren lediglich zu 24,4% (n = 21) in Vollzeit beschäftigt, 23,3% (n = 20) arbeiteten in Teilzeit und ein Großteil (n = 36; 41,9%) war nicht berufstätig (s. Anhang Tabelle A11). Die statistische Überprüfung durch den Chi²-Test zeigte einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Umfang der Berufstätigkeit der Mütter und ihrer Parität (p < 0,001).

Innerhalb der Lyoner Stichprobe konnte für diese Korrelation keine statistische Signifikanz nachgewiesen werden (Chi²-Test, p = 0,436) (s. Anhang Tabelle A11).

Wiederaufnahme der Berufstätigkeit

Die Mehrzahl (n = 368; 53,5%) der an der UFK Magdeburg befragten Mütter (N = 688) plante nach 9-12 Monaten in den Beruf zurückzukehren. 20,3% der Frauen (n = 140) beabsichtigten ihre Berufstätigkeit nach 13-24 Monaten wieder aufzunehmen, 10,1% (n = 70) beabsichtigten dies erst nach > 24 Monaten oder gar nicht (s. Anhang Tabelle A12). Unter den Magdeburger Müttern planten 52,9% (n = 357) nach der Elternzeit in Teilzeit oder stundenweise zu arbeiten, 42,5% (n = 287) wollten wieder in Vollzeit berufstätig sein (s. Anhang Tabelle A12).

Die französischen Befragten (N = 82) planten ihre Berufstätigkeit vergleichsweise früher wieder aufzunehmen, als die deutschen Befragten (N = 688) (s. Anhang Tabelle A10). Unter den Lyoner Frauen wollte der Großteil (n = 63; 76,8%) bereits nach 2-8 Monaten wieder arbeiten gehen, während dies in Magdeburg lediglich 16,0% der Mütter (n = 110) planten (s. Abb. 7). Zwischen den beiden

Stichproben in Magdeburg und Lyon gab es einen signifikanten Unterschied bezüglich der Berufsunterbrechungsdauer der Mütter (Chi²-Test, $p < 0,001$) (s. Anhang Tabelle A10).

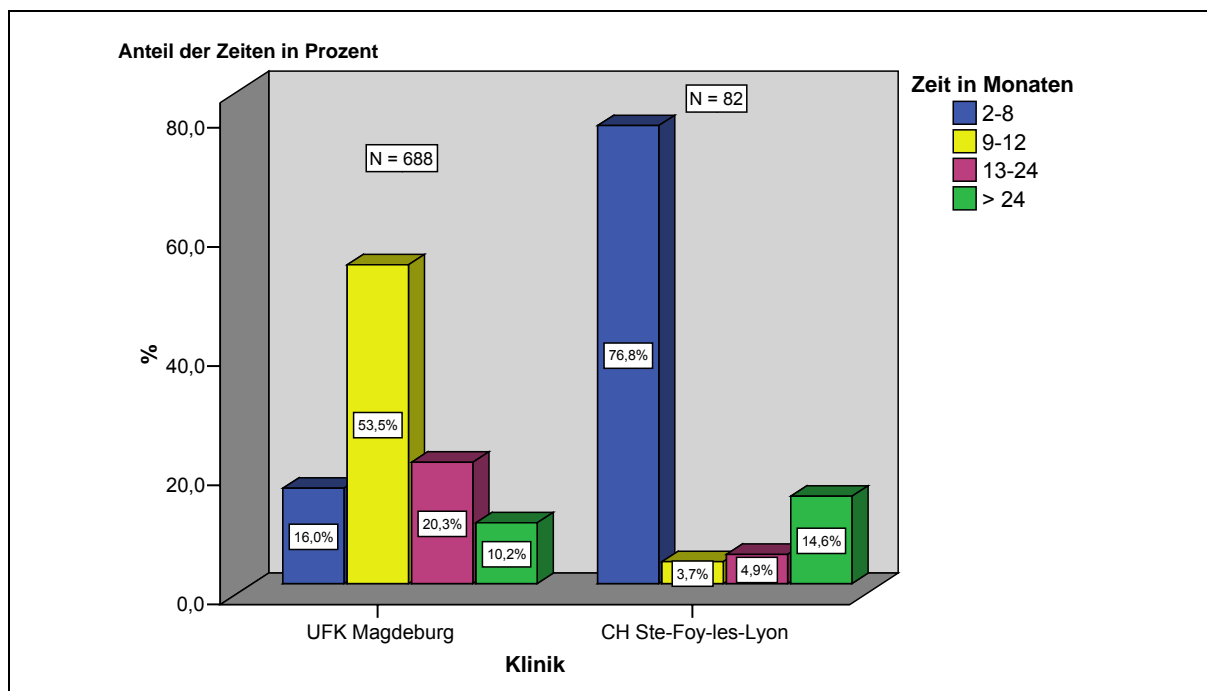


Abb. 7: Geplante Berufsunterbrechungsdauer der Mütter an der UFK Magdeburg (N = 688) und am CH Ste-Foy-les-Lyon (N = 82) im Vergleich (Chi²-Test, $p < 0,001$)

Erwartete postpartale Veränderung der finanziellen Situation

Um zu eruieren, wie sich die finanzielle Situation der Eltern postpartal voraussichtlich entwickeln wird, fragten wir die Mütter zunächst, ob sie durch die Geburt des Kindes mit Einkommenseinbußen für sich selbst oder den Kindsvater rechneten. Anschließend fragten wir, wie viel Geld die Mutter insgesamt nach der Geburt des Kindes zu ihrer Verfügung erwartete (z.B. „mehr Geld“ durch den Bezug von Kindergeld etc.).

Unter den Magdeburger Müttern (N = 689) rechnete ein Großteil damit, dass nur sie selbst von Einkommenseinbußen durch die Geburt des Kindes betroffen sein wird (n = 315; 45,7%). Eine Minderung des Einkommens beider Partner vermuteten 18,0% (n = 124) der Frauen. Lediglich in 1,9% der Fälle (n = 13) wurde ausschließlich für den Kindsvater eine Reduzierung des Einkommens erwartet (s. Anhang Tabelle A12).

Die Mehrzahl der Magdeburger Entbundenen (n = 455; 67,7%) befürchtete, nach der Geburt des Kindes auch insgesamt weniger Geld zur Verfügung zu haben (s. Anhang Tabelle A12).

Im Vergleich mit der Lyoner Stichprobe (N = 81) zeigte sich, dass die französischen Befragten zu 35,8% (n = 29) keine Veränderung ihrer finanziellen Gesamtsituation erwarteten (s. Anhang Tabelle A10). Unter den deutschen Müttern gingen lediglich 17,7% (n = 119) davon aus, dass ihnen insgesamt postpartal gleich viel Geld zur Verfügung stehen wird, wie präpartal (s. Abb. 8). Die Analyse durch den Chi²-Test bestätigte einen signifikanten Unterschied zwischen der Magdeburger

und der Lyoner Stichprobe in Bezug auf die erwartete postpartale Veränderung der finanziellen Situation ($p = 0,001$) (s. Anhang Tabelle A10).

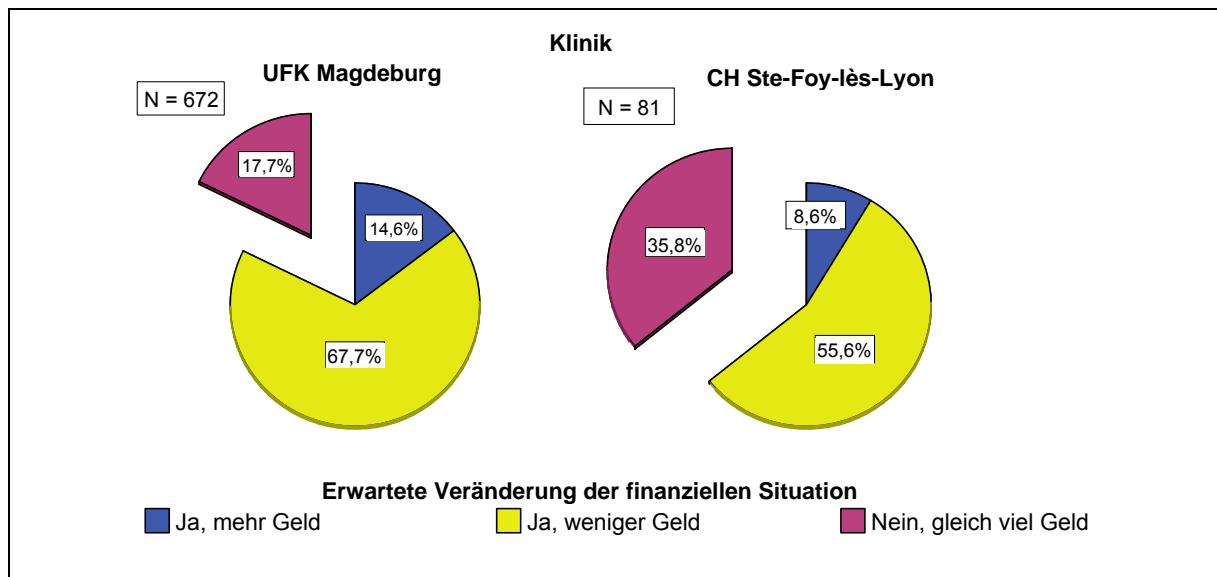


Abb. 8: Erwartete postpartale Veränderung der finanziellen Gesamtsituation der Mütter an der UFK Magdeburg ($N = 672$) und am CH Ste-Foy-lès-Lyon ($N = 81$) im Vergleich (Chi²-Test, $p = 0,001$)

4.5 Bezug staatlicher Familienleistungen

Die Entbundenen an der Universitätsfrauenklinik Magdeburg ($N = 696$) wurden gefragt, ob ihnen das Elterngeld bekannt war und ob sie sich bereits darüber informiert hatten. Fast allen Entbundenen ($n = 692$; 99,4%) war das Elterngeld bekannt. Nahezu die Hälfte ($n = 330$; 47,4%) hatte sich während der Schwangerschaft näher darüber informiert, 44,1% ($n = 307$) verfügten bereits vor der Schwangerschaft über Informationen zum Elterngeld (s. Anhang Tabelle A13).

Anschließend wurde ermittelt, ob und für welchen Zeitraum die Befragten planten das Elterngeld zu beantragen. Bei 687 gültigen Angaben wollten 96,7% ($n = 664$) der Mütter das Elterngeld in Anspruch nehmen, darunter 542 Befragte in Vollzeit (78,9%) und 122 Befragte in Teilzeit (17,8%) (s. Anhang Tabelle A13). Mehr als zwei Drittel aller Befragten ($n = 488$; 70,9%) gaben an, das Elterngeld für 9-12 Monate beziehen zu wollen. Für > 12 Monate planten 17,6% ($n = 121$) der Mütter Elterngeld zu beantragen, nur 8,2% ($n = 56$) beabsichtigten es ≤ 8 Monate zu erhalten (s. Abb. 9; Anhang Tabelle A13).

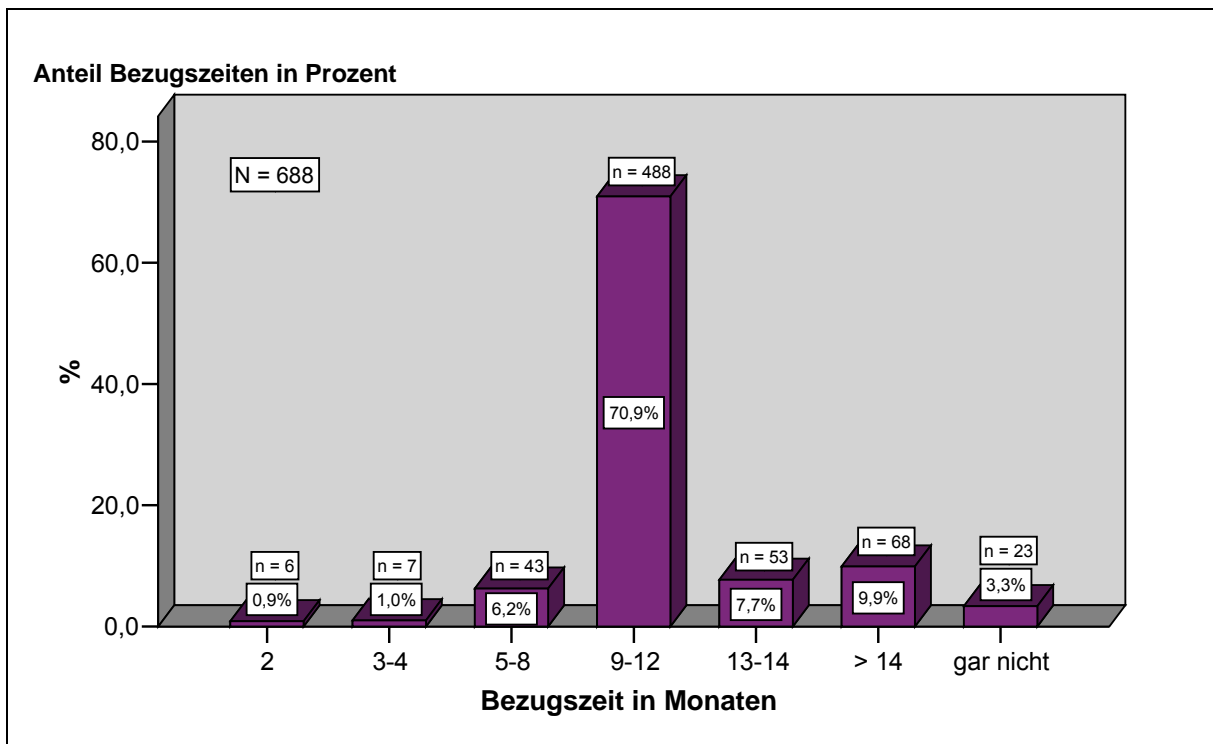


Abb. 9: Geplante Elterngeldbezugszeit der Mütter an der UFK Magdeburg

Anschließend ermittelten wir, wie viele Monate die Entbundenen vermutlich mit ihrer Berufstätigkeit ausgesetzt hätten, wenn das Kind vor der Einführung des Elterngeldgesetzes geboren worden wäre (s. Anhang Tabelle A13). Diese Zeitangabe verglichen wir mit der tatsächlich geplanten Berufsunterbrechungsdauer. Unter 509 Befragten, die sich zu dieser Frage äußerten, gaben 37,5% (n = 191) an, dass sie vor Einführung des Elterngeldes ≤ 8 Monate mit ihrer Berufstätigkeit ausgesetzt hätten, lediglich 12,8% (n = 65) hätten > 12 Monate pausiert. Mit der Möglichkeit, Elterngeld zu beziehen, planten 30,4% (n = 210 von N = 688) der Mütter, erst nach > 12 Monaten ihre Berufstätigkeit wieder aufzunehmen und nur 16,0% (n = 110) planten eine kurze Berufsunterbrechung von ≤ 8 Monaten (s. Tabelle 7). Der Unterschied zwischen einer potentiellen mütterlichen Berufsunterbrechungslänge vor Einführung des Elterngeldes und der tatsächlich geplanten Unterbrechungsdauer mit Existenz des Elterngeldes war statistisch signifikant (Chi²-Test, p < 0,001).

Tabelle 7: Angaben der Mütter an der UFK Magdeburg zur Länge ihrer Berufsunterbrechung – Vergleich der (potentiellen) Dauer vor und nach Einführung des Elterngeldes (Chi²-Test, p < 0,001)

Berufsunterbrechungsdauer			(Potentiell) geplante Berufsunterbrechung		gesamt
			Vor Elterngeldeinführung	Nach Elterngeldeinführung	
≤ 8 Mo.	Anzahl (n)		191	110	301
	%		37,5%	16,0%	25,1%
9-12 Mo.	Anzahl (n)		253	368	621
	%		49,7%	53,5%	51,9%
13-24 Mo.	Anzahl (n)		52	140	192
	%		10,2%	20,3%	16,0%
> 24 Mo.	Anzahl (n)		13	70	83
	%		2,6%	10,2%	6,9%
gesamt	Gesamtzahl (N)		509	688	1197
	%		100,0%	100,0%	100,0%

In Frankreich gibt es verschiedene staatliche Förderleistungen für Familien (*Allocations familiales*), die von der Familienkasse (*Caf*) einkommensabhängig an die Familien ausgezahlt werden. Wir fragten die Entbundenen in Lyon, welche Komponenten der Familienleistungen sie voraussichtlich beziehen werden. Tabelle 8 zeigt die Verteilung der voraussichtlichen Bezüge der einzelnen Familienleistungen. Da hier Mehrfachnennungen möglich waren, überstieg die Anzahl der gültigen Angaben (n = 271) die Anzahl der Probanden (N = 81).

Tabelle 8: Geplante Familienleistungsbezüge der Lyoner Befragten

		Anzahl (n)	% von N = 81
gültig	Prestation d'accueil du jeune enfant (Paje)	73	90,1
	Prime à la naissance	61	75,3
	Allocation de base	41	50,6
	Complément de libre choix du mode de garde (Cmg)	26	32,1
	Complément de libre choix d'activité (Clca)	27	33,3
	Allocations familiales (Af)	39	48,1
	Complément familial	4	4,9
	Allocation de soutien familial	0	0,0
	Recouvrement pensions alimentaires	0	0,0
	anderes	0	0,0
	kein Familienleistungsbezug	0	0,0
	gesamt	271	334,4
	Gesamtzahl (N)	81	100,0
fehlend	keine Angabe	3	

Da die staatlichen Familienleistungen in Frankreich anders strukturiert sind als die Fördergelder in Deutschland, ist ein pauschaler Vergleich des Bezugs dieser Leistungen erschwert. Dem Elterngeld ähnlich ist der Zuschuss bei Aussetzen oder Reduzierung der Berufstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung (*Clca = Complément de libre choix d'activité*). In Magdeburg machten 687 Frauen Angaben zu ihrem Elterngeldbezug, in Lyon äußerten sich 81 Befragte zu ihrem Bezug von Familienleistungen (jeweils gewertet als 100%) (s. Tabelle 8). Unter den Lyoner Befragten planten lediglich 33,3% (n = 27 von N = 81), den *Clca* zu beziehen, während 96,7% (n = 664) der Magdeburger Frauen angaben, das Elterngeld in Anspruch nehmen zu wollen. Die statistische Auswertung ergab einen signifikanten Unterschied in Hinsicht auf den Elterngeldbezug von Müttern in der Magdeburger Stichprobe und den Bezug des *Clca* von Müttern in der Lyoner Stichprobe (Chi²-Test, p < 0,001) (s. Anhang Tabelle A14).

Des Weiteren eruierten wir, ob die Magdeburger Kindsväter planten, ihre Berufstätigkeit zu unterbrechen und Elterngeld zu beziehen. Des Weiteren wurde erfragt, ob die Väter auch ohne das Elterngeld mit der Berufstätigkeit ausgesetzt hätten.

Mit 70,8% gaben die meisten Befragten (n = 479 von N = 677) an, dass der Kindsvater das Elterngeld nicht beanspruchen wollte. Nur 29,2% (n = 198) der Mütter gaben an, dass der Vater plane, Elterngeld zu beziehen, darunter 153 (22,6%) in Vollzeit und 45 (6,6%) in Teilzeit. Unter den Frauen, die angaben, dass der Vater Elterngeld beziehen wird (N = 198), gingen 139 (70,5%) davon aus, dass er nur den Mindestzeitraum von 2 Monate in Anspruch nehmen wird (s. Anhang Tabelle A15).

In 669 Magdeburger Fällen lagen Informationen zum geplanten Elterngeldbezug sowohl des Vaters als auch der Mutter vor. Lediglich 12 Befragte (1,8%) gaben an, dass nur der Vater Elterngeld beziehen wird (s. Anhang Tabelle A16).

Unter den Magdeburger Befragten, die angaben, dass der Kindsvater seine Berufstätigkeit unterbrechen will (N = 210), nahm die Mehrzahl (n = 136; 64,8%) an, dass er dies ohne das Elterngeld nicht getan hätte. Lediglich 18,6% (n = 39) der Befragten vermuteten, dass der Vater auch ohne das Elterngeld eine Berufsunterbrechung eingelegt hätte (s. Anhang Tabelle A15).

Anschließend überprüften wir verschiedene Faktoren hinsichtlich ihres Einflusses darauf, ob die Magdeburger Mütter angaben, dass der Vater zugunsten der Kinderbetreuung mit der Berufstätigkeit aussetzen wollte.

Tabelle 9: Signifikante Korrelationen: Angaben der Mütter an der UFK Magdeburg zum geplanten Elterngeldbezug der Kindsväter

		Elterngeldbezug Vater			
			Ja	Nein	gesamt
Geplanter Elterngeldbezug und Alter des Vaters (Chi²-Test, p = 0,003)					
Alter	18-25 J.	Anzahl (n)	9	59	68
		%	13,2%	86,8%	100,0%
	26-30 J.	Anzahl (n)	43	128	171
		%	25,1%	74,9%	100,0%
	31-35 J.	Anzahl (n)	65	143	208
		%	31,3%	68,8%	100,0%
	36-40 J.	Anzahl (n)	47	96	143
		%	32,9%	67,1%	100,0%
	> 40 J.	Anzahl (n)	31	46	77
		%	40,3%	59,7%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	195	472	667
		%	29,2%	70,8%	100,0%
Geplanter Elterngeldbezug und Bildungsstand des Vaters (Chi²-Test, p < 0,001)					
Bildungsstand	Niedrig	Anzahl (n)	12	82	94
		%	12,8%	87,2%	100,0%
	Mittel	Anzahl (n)	104	243	347
		%	30,0%	70,0%	100,0%
	Hoch	Anzahl (n)	75	101	176
		%	42,6%	57,4%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	191	426	617
		%	31,0%	69,0%	100,0%
Geplanter Elterngeldbezug und Nettomonatseinkommen des Vaters (Chi²-Test, p = 0,010)					
Einkommen	≤ 1000 €	Anzahl (n)	24	80	104
		%	23,1%	76,9%	100,0%
	1100-2000 €	Anzahl (n)	99	183	282
		%	35,1%	64,9%	100,0%
	> 2000 €	Anzahl (n)	49	67	116
		%	42,2%	57,8%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	172	330	502
		%	34,3%	65,7%	100,0%

In den Fällen, in denen der Kindsvater über 40 Jahre alt war (N = 77), wurde zu 40,3% (n = 31) angegeben, dass er Elterngeld beziehen wird. Bei den 18-25-jährigen Vätern (N = 68) lag dieser Anteil

nur bei 13,2% (n = 9). Auch insgesamt zeigte sich, dass mit steigendem Alter der Männer der Anteil derer, die das Elterngeld in Anspruch nehmen wollten, stieg (s. Tabelle 9).

Unter den Vätern mit einem hohen Bildungsstand (N = 176), vermuteten die Partnerinnen zu 42,6% (n = 75), dass er Elterngeld beziehen wird. Unter den Männern mit einem mittleren Bildungsstand (N = 347) lag dieser Anteil bei 30,0% (n = 104) und unter denen mit niedrigem Bildungsstand (N = 94) lediglich bei 12,8% (n = 12) (s. Tabelle 9).

Ähnlich fiel der Zusammenhang zwischen Elterngeldbezug und dem väterlichem Einkommen aus. Wenn der Vater des Kindes > 2000€/Monat verdiente (N = 116), nahmen 42,2% (n = 49) der Befragten an, dass er das Elterngeld in Anspruch nehmen wird. Unter den Vätern mit einem Einkommen von 1100-2000€ (N = 282) wurde ein Elterngeldbezug in 35,1% (n = 99) der Fälle vermutet und unter den Männern, die ≤ 1000€/Monat verdienten (N = 104), nur in 23,1% (n = 24) (s. Tabelle 9).

Die Korrelationen zwischen einer geplanten Inanspruchnahme des Elterngeldes durch die Väter und ihrem Alter (Chi²-Test, p = 0,003), ihrem Bildungsstand (Chi²-Test, p < 0,001) sowie ihrem Einkommen (Chi²-Test, p = 0,010) waren jeweils statistisch signifikant.

In einem weiteren Schritt verglichen wir die Angaben der Magdeburger Mütter zur geplanten Berufsunterbrechung der Väter (N = 644) mit den diesbezüglichen Angaben der Lyoner Befragten (N = 83). Die Deutschen Frauen gingen deutlich häufiger davon aus, dass der Vater des Kindes mit seiner Berufstätigkeit aussetzen wird, als die französischen Befragten (n = 198; 29,2% versus n = 3; 3,6%). (s. Anhang Tabelle A10). Dieser Unterschied war im Chi²-Test signifikant (p < 0,001).

4.6 Beurteilung des Elterngeldes und Einfluss auf die Geburtsplanung

Zunächst wurden die Magdeburger Mütter zu ihrer Beurteilung des Zeitraumes der Elterngeldzahlung, der Höhe des Elterngeldes und des Gesamtkonzeptes befragt.

Zum Bezugszeitraum äußerten sich 678 Frauen. Die Mehrzahl (n = 433; 63,9%) hielt den maximalen Bezugszeitraum von 14 Monaten bei ungeteiltem Elterngeldsatz für ausreichend. 35,4% (n = 240) fanden ihn zu kurz, lediglich 0,7% (n = 5) zu lang. Mehr als die Hälfte der Entbundenen (n = 393; 58,4%) beurteilten die Höhe des Elterngeldes von mindestens 300€ und maximal 1800€ monatlich als ausreichend, 41,5% (n = 279) fanden diesen Betrag zu gering, nur eine Befragte (0,1%) fand ihn zu hoch (s. Anhang Tabelle A17).

Das Konzept des Elterngeldes beurteilten 679 Entbundene (s. Anhang Tabelle A17). Es wurde von den meisten Befragten (n = 277; 40,8%) als „mittelmäßig“ eingestuft. Als „gut“ erachteten das Elterngeldkonzept 38,0% (n = 258) der Befragten, 4,6% (n = 31) beurteilten es mit „sehr gut“. Nur insgesamt 16,7% (n = 113) fanden es „akzeptabel“ oder „schlecht“ (s. Abb. 10).

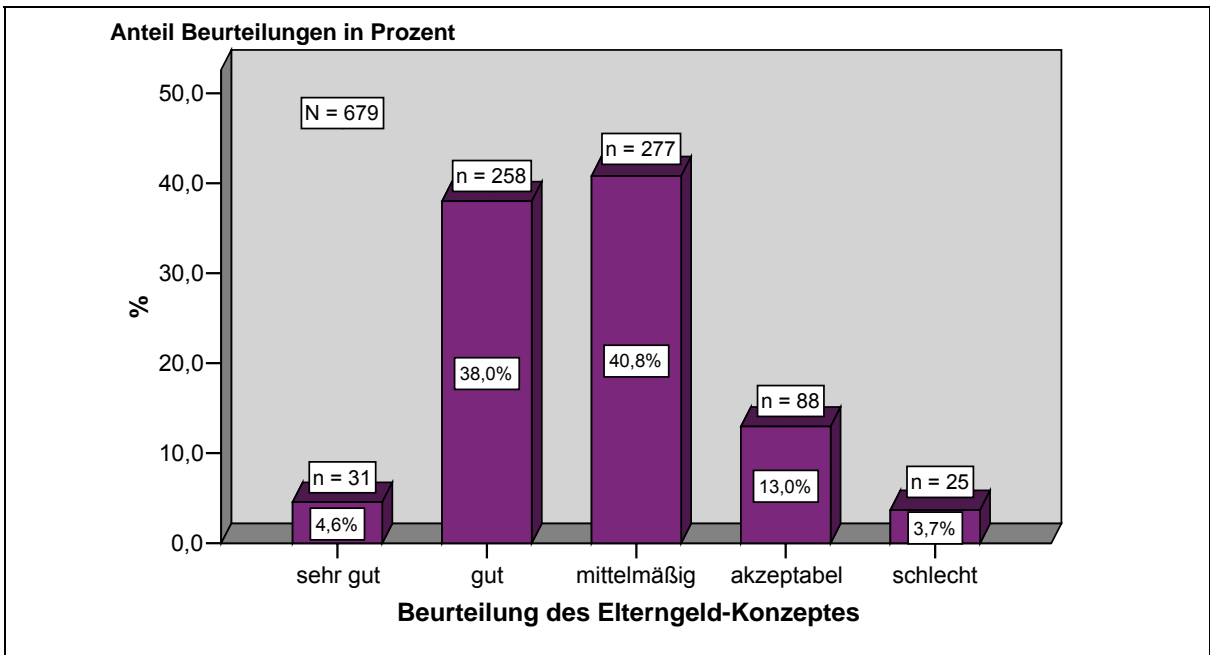


Abb. 10: Beurteilung des Elterngeldkonzeptes durch die Mütter an der UFK Magdeburg

Anschließend überprüften wir verschieden Faktoren auf ihren Einfluss auf die Beurteilung des Elterngeldkonzeptes.

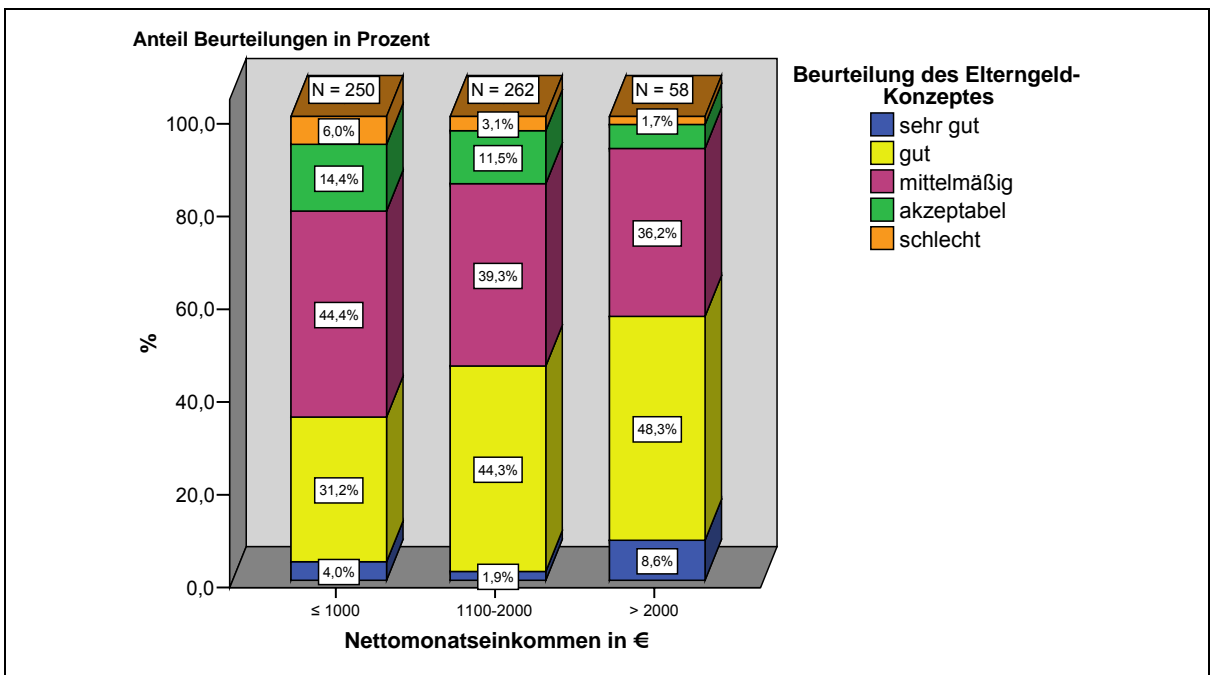


Abb. 11: Beurteilung des Elterngeldkonzeptes und präpartales Nettomonatseinkommen der Mütter an der UFK Magdeburg (Chi²-Test, p = 0,006)

Unter den Magdeburger Frauen mit einem präpartalen Nettomonatseinkommen > 2000€ (N = 58) gaben 56,9% (n = 33) an, dass das Elterngeld „gut“ oder „sehr gut“ sei. Bei den ≤ 1000€ Verdienenden lag dieser Anteil bei lediglich bei 35,2% (n = 88 von N = 250). Befragte der letzteren Einkommensklasse fanden das Elterngeld-Konzept in 20,4% der Fälle (n = 51) „akzeptabel“ oder „schlecht“, während Müttern mit > 2000€/Monat das Konzept lediglich in 6,9% der Fälle (n = 4)

missfiel (s. Abb. 11). Anhand des Chi²-Tests konnten wir einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Beurteilung des Elterngeldkonzeptes und dem präpartalen Nettomonatseinkommen der Mütter nachweisen ($p = 0,006$) (s. Anhang Tabelle A18).

Die Korrelation der Beurteilungen mit dem Bildungsstand der Mütter fiel ähnlich aus. Unter den Müttern mit einem hohen Bildungsstand ($N = 199$) befanden mehr als die Hälfte ($n = 101$; 50,7%) das Konzept für „gut“ oder „sehr gut“. Unter den Befragten mit einem mittleren Bildungsstand ($N = 369$) beurteilten nur 36,8% ($n = 136$) das Elterngeld positiv. Entbundene mit einem niedrigen Bildungsstand ($N = 85$) hielten das Konzept zu 50,6% ($n = 43$) für „gut“ oder „sehr gut“ hingegen auch zu 23,5% ($n = 20$) nur für „akzeptabel“ oder „schlecht“ (s. Anhang Tabelle A18). Der Chi²-Test zeigte mit $p < 0,001$ einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Beurteilung des Elterngeldkonzeptes durch die Mütter und ihrem Bildungsstand.

Anschließend ermittelten wir, wie relevant das Elterngeld für die Magdeburger Befragten bei der Entscheidung zur jetzigen Schwangerschaft war, ob sie sich auch ohne das Elterngeld für die Schwangerschaft entschieden hätten und ob sie sich mit ihrem Partner in Bezug auf diese Fragen einig waren. Des Weiteren wurde erhoben, ob der „Geschwisterbonus“ einen attraktiven Anreiz zur Entscheidung für eine weitere Schwangerschaft bot.

Unter den Magdeburger Entbunden ($N = 692$) gab die Mehrzahl ($n = 537$; 77,6%) an, dass das Elterngeld eine untergeordnete Rolle bei der Entscheidung für ihre Schwangerschaft gespielt hat, darunter beurteilten 22,5% ($n = 156$) es als „wenig wichtig“ und 55,1% ($n = 381$) es als „unwichtig“. Nur insgesamt 22,4% ($n = 155$) der Mütter bezeichneten das Elterngeld als „wichtig“ bzw. „sehr wichtig“ bei der Geburtsplanung (s. Abb. 12; Anhang Tabelle A17).

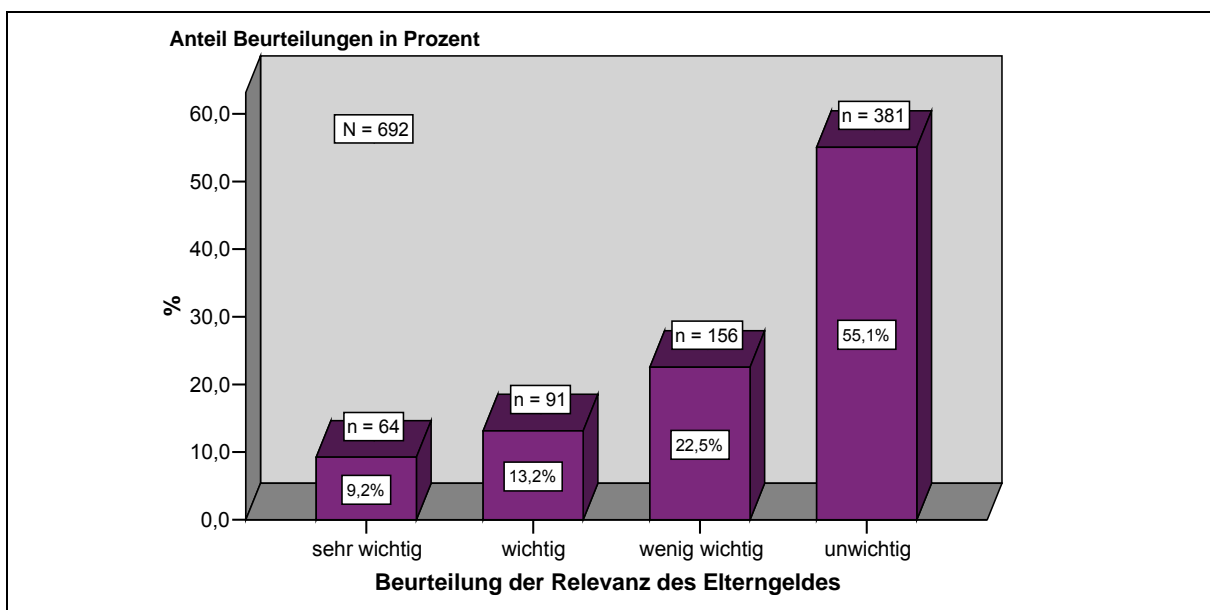


Abb. 12: Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung von Müttern an der UFK Magdeburg

Unter den Magdeburger Befragten, die angaben, ihre Schwangerschaft geplant zu haben (N = 564), gingen 94,1% (n = 531) davon aus, dass sie sich potentiell auch ohne das Elterngeld für diese entschieden hätten (s. Anhang Tabelle A17).

Fast alle Entbundenen (n = 598; 97,6% von N = 613) gaben an, hinsichtlich der Wichtigkeit des Elterngeldes bei der Entscheidung zur Schwangerschaft, mit ihrem Partner einig gewesen zu sein (s. Anhang Tabelle A17).

Die Mehrzahl der Befragten (n = 497; 73,0% von N = 681) hielt den Geschwisterbonus nicht für einen attraktiven Anreiz für die Entscheidung zu einem weiteren Kind (s. Anhang Tabelle A17).

Anschließend verglichen wir die Einschätzungen zur Wichtigkeit des Elterngeldes der Magdeburger Entbundenen mit den Angaben der Lyoner Mütter zur Relevanz der französischen Familienleistungen (*Allocations familiales*) bei ihrer Entscheidung zur Schwangerschaft. Hierbei zeigte sich kein statistisch signifikanter Unterschied (Chi²-Test, p = 0,260). Auch unter den Lyoner Entbundenen (N = 83) schrieb die Mehrzahl der Befragten den staatlichen Familienleistungen eine untergeordnete Rolle bei der Geburtsplanung zu (n = 19; 22,9% „wenig wichtig“, n = 42; 50,6% „unwichtig“) (s. Anhang Tabelle A14).

Mit dem Ziel, die Faktoren, die Einfluss auf die Wichtigkeit des Elterngeldes bei der Geburtsplanung hatten, herauszustellen, überprüften wir verschiedene Korrelationen mittels Chi²-Test.

Unter den Frauen, die bis zum Mutterschutz berufstätig waren (N = 488), schätzten 23,8% (n = 116) das Elterngeld als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ für die Entscheidung zur Schwangerschaft ein. Bei den Nicht-Berufstätigen (N = 150) und bei den Auszubildenden (N = 54) war dieser Anteil mit 19,3% (n = 29) bzw. bei 18,6% (n = 10) niedriger. Unter den Berufstätigen beurteilten 51,0% (n = 249) das Elterngeld als „unwichtig“. Für Nicht-Berufstätige oder Auszubildende war es zu 64,7% (n = 97) bzw. zu 64,8% (n = 35) „unwichtig“ (s. Tabelle 10).

Mütter, die bei der Entbindung 31-35 Jahre alt waren (N = 186), sprachen dem Elterngeld am häufigsten eine Wichtigkeit („wichtig“ oder „sehr wichtig“) bei der Geburtsplanung zu (n = 55; 29,6%). Unter sehr jungen Müttern (≤ 25J.; N = 178) gehörten zu dieser Gruppe lediglich 21,4% (n = 38), ähnlich fiel mit 21,2% (n = 21) auch der Wert unter den älteren Entbundenen (> 35J., N = 99) aus (s. Tabelle 10).

Befragte, die bis zum Mutterschutz > 2000€/Monat verdienten (N = 58), beurteilten das Elterngeld mit 27,6% (n = 16) verhältnismäßig häufiger als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ als Mütter, die präpartal ≤ 1000€/Monat verdienten (n = 45; 17,6% von N = 256). Für Letztere war das Elterngeld häufiger „unwichtig“ (n = 163; 63,7%) als für Mütter mit einem Einkommen > 2000€/Monat (n = 29; 50,0%) (s. Tabelle 10).

Der Chi²-Test zeigte jeweils einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung und einer vorausgehenden Berufstätigkeit der Mütter (p = 0,036), ihrem Alter (p = 0,025) sowie ihrem eigenen präpartalen Nettomonatseinkommen (p = 0,011).

Tabelle 10: Signifikante Korrelationen: Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung von Müttern an der UFK Magdeburg

		Relevanz des Elterngeldes					
			sehr wichtig	wichtig	wenig wichtig	unwichtig	gesamt
Relevanz des Elterngeldes und Berufstätigkeit der Mutter (Chi²-Test, p = 0,036)							
Berufstätigkeit	berufstätig	Anzahl (n)	44	72	123	249	488
Mutter		%	9,0%	14,8%	25,2%	51,0%	100,0%
	nicht beruft.	Anzahl (n)	15	14	24	97	150
		%	10,0%	9,3%	16,0%	64,7%	100,0%
	Ausbildung	Anzahl (n)	5	5	9	35	54
		%	9,3%	9,3%	16,7%	64,8%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	64	91	156	381	692
		%	9,2%	13,2%	22,5%	55,1%	100,0%
Relevanz des Elterngeldes und Alter der Mutter (Chi²-Test, p = 0,025)							
Alter Mutter	≤ 25J.	Anzahl (n)	14	24	31	109	178
		%	7,9%	13,5%	17,4%	61,2%	100,0%
	26-30J.	Anzahl (n)	15	24	52	132	223
		%	6,7%	10,8%	23,3%	59,2%	100,0%
	31-35J.	Anzahl (n)	27	28	50	81	186
		%	14,5%	15,1%	26,9%	43,5%	100,0%
	> 35J.	Anzahl (n)	8	13	22	56	99
		%	8,1%	13,1%	22,2%	56,6%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	64	89	155	378	686
		%	9,3%	13,0%	22,6%	55,1%	100,0%
Relevanz des Elterngeldes und präpartales Nettomonatseinkommen der Mutter (Chi²-Test, p = 0,011)							
Einkommen	≤ 1000 €	Anzahl (n)	21	24	48	163	256
Mutter		%	8,2%	9,4%	18,8%	63,7%	100,0%
	1100-2000 €	Anzahl (n)	24	44	72	127	267
		%	9,0%	16,5%	27,0%	47,6%	100,0%
	> 2000 €	Anzahl (n)	8	8	13	29	58
		%	13,8%	13,8%	22,4%	50,0%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	53	76	133	319	581
		%	9,1%	13,1%	22,9%	54,9%	100,0%

Keine signifikante Abhängigkeit zeigte sich zwischen der Relevanz des Elterngeldes für die Entscheidung zur Schwangerschaft und dem Bildungsstand der Mütter (Chi²-Test, p = 0,111), ihrem Familienstand (Chi²-Test, p = 0,149) sowie ihrer Parität (Chi²-Test, p = 0,479) (s. Anhang Tabelle A19).

4.7 Soziale Unterstützung und Kinderbetreuung

Um Einblick in das soziale Gefüge, in dem die Entbundenen lebten, zu erlangen, fragten wir die Entbundenen nach Personen bzw. Institutionen, von denen sie im ersten Lebensjahr des Neugeborenen Hilfe bei der Betreuung erwarten. Da hier Mehrfachnennungen möglich waren, überstieg die Anzahl der gültigen Angaben (n = 1869) die Anzahl der Befragten (N). Unter den Entbundenen an der UFK Magdeburg (N = 695) vermuteten 93,8% (n = 652) im ersten Lebensjahr des Kindes praktische Unterstützung durch den Kindsvaters zu bekommen, 77,8% (n = 541) erhofften sich Hilfe von ihren eigenen Eltern. Außerhäusliche Betreuung planten 31,9% (n = 222) in Anspruch zu nehmen, davon 29,1% (n = 202) öffentliche Einrichtungen und nur 2,9% (n = 20) private, z.B. Tagesmütter (s. Anhang Tabelle A20).

Anschließend verglichen wir die Absichten der Magdeburger Befragten (N = 695) bezüglich der Inanspruchnahme von außerhäuslicher Kinderbetreuung im ersten Lebensjahr des Kindes mit den diesbezüglichen Angaben der Lyoner Mütter (N = 83). Unter den Lyonerinnen planten 74,7% (n = 62) bereits im ersten Lebensjahr des Kindes externe Betreuung zu nutzen, darunter die Mehrzahl (n = 35; 42,2%) private Kinderbetreuung und (n = 27; 32,5%) öffentliche Einrichtungen (s. Anhang Tabelle A21). Bei der Planung externer Kinderbetreuung war ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den beiden Stichproben in Magdeburg und in Lyon nachweisbar (Chi²-Test, p < 0,001).

Zur Untersuchung der Kinderbetreuungssituation in Lyon ergänzten wir in der französischen Erhebung Fragen zur Betreuungsplatzsuche und der Relevanz eines Betreuungsplatzes für die Mütter bei der Geburtsplanung. Im deutschsprachigen Fragebogen stellten wir diese Fragen nicht, so dass diesbezüglich keine Vergleichsergebnisse aus Magdeburg vorlagen.

Die Mehrzahl der Lyoner Befragten (n = 53; 63,1% von N = 84) gab an, noch keine Zusage für eine Kinderbetreuung zu haben. Lediglich 22 Mütter (26,2%) hatten bereits einen festen Betreuungsplatz in Aussicht, darunter ein Großteil (n = 18; 21,4%) in Form von privater Kinderbetreuung bei Tagesmüttern (*assistantes maternelles*) (s. Anhang Tabelle A22).

Die Betreuungsplatzsuche wurde durch unsere befragten Lyonerinnen (N = 83) überwiegend als kompliziert eingestuft („schwierig“ bzw. „sehr schwierig“, n = 53; 63,8%). Lediglich 5 Mütter (6%) gaben an, dass die Suche „leicht“ oder „sehr leicht“ gewesen sei (s. Anhang Tabelle A22).

Mehr als die Hälfte (n = 40; 52,6%) der Befragten am CH Ste-Foy-lès-Lyon (N = 76) schätzten die erwarteten Kosten für den Betreuungsplatz als „zu hoch“ ein, 47,4% (n = 36) hielten sie für „angemessen“ (s. Anhang Tabelle A22).

Die Mehrheit der Lyoner Mütter (N = 79) gab an, dass die Aussicht auf einen Betreuungsplatz eine untergeordnete Rolle bei der Entscheidung zu ihrer Schwangerschaft gespielt hat („wenig wichtig“ bzw. „unwichtig“, n = 52; 65,8%) (s. Anhang Tabelle A22).

Um zu eruieren, ob die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen einen größeren Einfluss auf die Entscheidung zur Schwangerschaft hat, als finanzielle Maßnahmen, wie das Elterngeld, verglichen wir die Antworten der Lyoner Mütter zur Relevanz eines Betreuungsplatzes mit den Angaben zur Relevanz, die die Magdeburger Befragten dem Elterngeld zusprachen (s. Anhang Tabelle A21). Der Chi²-Test zeigte diesbezüglich keinen statistisch signifikanten Unterschied (p = 0,082).

4.8 Urteile der Mütter zu Elterngeld, staatlichen Leistungen und Fragebogen

Im letzten Teil des Fragebogens (Frage 5.1 – 5.3) befragten wir die Mütter mittels offener Fragen zu eigenen Anmerkungen zum Elterngeld sowie nach staatlichen Leistungen, die sie für wichtig bei der Entscheidung für eine Schwangerschaft hielten. Darüber hinaus fragten wir nach Kritik und Vorschlägen zu unserem Fragebogen.

Kritik und Anmerkungen zum Elterngeld äußerten 178 Magdeburger Befragte (s. Anhang Tabelle A23). Die mit 27,5% (n = 49) am häufigsten genannte Kritik bezog sich auf die Höhe des Elterngeldes, die als zu gering beurteilt wurde. Am zweithäufigsten (n = 36; 20,2%) bemängelten unsere Befragten die Dauer der Elterngeldzahlung. Maximal 14 Monate wurden als zu kurz eingeschätzt. Darüber hinaus machten 29 Frauen (16,3%) auf den großen bürokratischen Aufwand bei der Antragstellung für das Elterngeld und die langen Bearbeitungszeiten aufmerksam. Insgesamt 18 Mütter (10,1%) kritisierten eine zu geringe Flexibilität des Elterngeldes in Bezug auf die Aufteilung der Monate und bei Teilzeitarbeit, sowie dass der Bezugszeitraum sich bei Mehrlingsgeburten nicht verlängert. Lediglich 2,8% (n = 5) der Befragten gaben spontan an, dass sie mit dem Konzept des Elterngeldes zufrieden seien.

Angaben zu staatlichen Leistungen, die sie für wichtig bei der Entscheidung für eine Schwangerschaft hielten, machten 221 Magdeburger Entbundene. Unter den Lyoner Müttern äußerten sich 58 Frauen zu diesem Thema. Da mitunter mehrere Leistungen genannt wurden, überstieg die Anzahl der Antworten (n) die Gesamtzahl der Befragten (N).

Mit insgesamt 62,4% (n = 138) wurden in Magdeburg mit Abstand am häufigsten finanzielle Transferleistungen für Familien wie Elterngeld, Kindergeld und finanzielle Unterstützung bei der Kinderbetreuung sowie andere Sozialleistungen wie ALG II genannt. An zweiter Stelle folgte der Wunsch nach finanzierbaren, wohnortnahen Kinderbetreuungsmöglichkeiten (n = 80; 36,2%). Lediglich 18 Frauen (8,1%) nannten explizit den Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Unter den Magdeburger Müttern gaben 9,5% (n = 21) an, dass Schwangerschaft etwas Privates sei und staatliche Leistungen für sie prinzipiell irrelevant bei der Entscheidung für eine Schwangerschaft seien (s. Anhang Tabelle A23).

Unter den Lyoner Befragten gab die Mehrzahl (n = 33; 56,9%) an dieser Stelle staatliche Maßnahmen an, die auf Kinderbetreuung ausgerichtet sind. Finanzielle Transferleistungen für Familien wurden in der Lyoner Befragung am zweithäufigsten genannt (n = 24; 41,4%) (s. Anhang Tabelle A23).

Zur Gestaltung unseres Fragebogens äußerten sich 55 Frauen in Magdeburg und 15 Befragte in Lyon. In der Magdeburger Stichprobe bezog sich die Mehrzahl der Anmerkungen (n = 33; 60,0%) auf Verbesserungsvorschläge bzw. Kritik an einzelnen Fragen und Formulierungen. Lediglich 2 Mütter (3,6%) kritisierten, dass die Fragen zu persönlich seien, weitere 2 Befragte (3,6%) bemängelten einen zu großen Fragenumfang. Positiv zum Fragebogen bzw. zum Thema der Befragung äußerten sich 21,8% (n = 12) (s. Anhang Tabelle A23).

Seitens der Lyoner Mütter wurde an dieser Stelle Kritik an den staatlichen Familienleistungen in Frankreich (*allocations familiales*) genannt (n = 4; 26,7%), des Weiteren wurde angegeben, dass gesellschaftliche Strukturen sowie persönliche Werte wichtiger für die Entscheidung zu einer Schwangerschaft seien, als finanzielle Transferleistungen (n = 4; 26,7%) (s. Anhang Tabelle A23).

5. Diskussion

Die von der Bundesregierung formulierten Ziele des Elterngeldes sind erstens die finanzielle Absicherung von Eltern nach der Geburt eines Kindes, zweitens ein schnellerer beruflicher Wiedereinstieg von Müttern (20) sowie drittens eine höhere Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung (98). Ein geburtensteigerndes Ziel des Elterngeldes steht in der medialen Diskussion im Vordergrund (72), wird vom Gesetzgeber jedoch nicht explizit formuliert (20,21). Die Datenlage wissenschaftlicher Studien zu den Wirkungen des Elterngeldes ist bislang gering (22,72) und ein erheblicher Teil der bisherigen Forschung wurde durch die „von der Bundesregierung initiierte Evaluation finanziert“ (72).

In der vorliegenden Untersuchung prüften wir mittels einer Befragung von Entbundenen an der Universitätsfrauenklinik Magdeburg, inwieweit angenommen werden kann, dass die oben genannten Ziele des Elterngeldes in der Region Magdeburg erreicht werden. Im Hinblick auf mögliche demographische Auswirkungen des Elterngeldes diskutieren wir die Angaben der Mütter zur Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung. Durch den Vergleich der Magdeburger Daten mit den Ergebnissen einer Befragung von Müttern am Centre Hospitalier de Ste-Foy-lès-Lyon in Frankreich zeigen wir Unterschiede zwischen den beiden befragten Frauenkollektiven auf.

5.1 Erreichung der Ziele des Elterngeldes und Einfluss auf die Geburtsplanung

In unserer Befragung zeigte sich eine große Akzeptanz der Elterngeldregelungen, die sich darin äußerte, dass fast alle Magdeburger Entbundenen (99,4%) das Elterngeld kannten und 96,7% der Mütter planten, es in Anspruch zu nehmen. Kluge et. al. (2008) kamen in ihrem Forschungsprojekt „Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit“ im Auftrag des Bundesfamilienministeriums auf ähnlich hohe Inanspruchnahmewerte. Sie ermittelten eine Elterngeldbezugsquote von nahezu 100%, Mütter bezogen in 95,5% der Fälle Elterngeld (99).

In Frankreich besteht Anspruch auf eine nicht bezahlte Elternzeit (*congé parental d'éducation*) bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes mit Kündigungsschutz und Möglichkeit zum Bezug einer elterngeldähnlichen Leistung, dem *Complément de libre choix d'activité (Clca)* für maximal 6 Monate bei einem Kind und für 36 Monate ab 2 Kindern (85,100). In unserer Befragung zeigte sich, dass die Befragten in Lyon mit 33,3% den *Clca* signifikant seltener beziehen wollten, als die Magdeburger Mütter das Elterngeld. Ursächlich für die geringe Attraktivität des *Clca* in Frankreich ist der mit 390,52€/Monat (Stand 2014) niedrige, nicht einkommensabhängige Satz dieser Familienleistung (85,101).

Das erste im Gesetzentwurf formulierte Ziel des Elterngeldes ist die Eröffnung eines „Schonraums“ für Eltern in der Frühphase der Elternschaft, „damit Familien ohne finanzielle Nöte in ihr Familienleben hineinfließen und sich vorrangig der Betreuung ihrer Kinder widmen können“ (20).

Trotz der großen Inanspruchnahmequote des Elterngeldes erwarteten 65,6% unserer Magdeburger Befragten Einkommenseinbußen nach der Geburt des Kindes. Besonders häufig war nur die Mutter davon betroffen (45,7%). Lediglich in 1,9% der Fälle wurde nur für den Vater eine Reduzierung der Einkünfte erwartet. Dies zeigt, dass Einkommenseinbußen insbesondere für Mütter nach der Geburt eines Kindes weiterhin vorhanden sind und durch das Elterngeld lediglich abgemildert werden.

Unser Vergleich der Daten aus Magdeburg und aus Lyon ergab, dass die französischen Mütter signifikant häufiger von einem Gleichbleiben der Einkünfte nach der Geburt des Kindes ausgingen (35,8%) als die deutschen Befragten (17,7%). In einer Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) zu Familienbildern in Deutschland und Frankreich (2013) wurde ermittelt, dass deutsche Eltern signifikant häufiger als französische Eltern eine erwartete zu große finanzielle Belastung als Grund gegen die Entscheidung für ein weiteres Kind angeben (102).

Die Beurteilung des Elterngeldkonzeptes durch unsere Magdeburger Entbundenen fiel weitestgehend positiv aus. Insgesamt 42,6% der Mütter hielten das Konzept für „gut“ oder „sehr gut“, lediglich 3,7% beurteilten es als „schlecht“. Es zeigte sich eine signifikante Korrelation zwischen der Beurteilung des Elterngeldes und dem Bildungsstand sowie dem eigenen präpartalen Nettomonatseinkommen der Mütter. Akademikerinnen („hoher Bildungsstand“) sowie Frauen mit einem Einkommen von > 2000€/Monat fanden das Elterngeld am häufigsten „gut“ oder „sehr gut“ (56,9% bzw. 50,7%). Dies bestätigt die Erkenntnis vieler Forscher, dass das Elterngeld aufgrund seiner Einkommensabhängigkeit auf höher qualifizierte Frauen mit mittleren und höheren Einkommen zugeschnitten ist (22,47).

Mit insgesamt 58,4% beurteilte die Mehrzahl der Magdeburger Befragten die Höhe des Elterngeldes als angemessen. Jedoch bezog sich die unter Frage 5.1 (Kritik und Anmerkungen zum Elterngeld) am häufigsten genannte Kritik auf eine zu geringe Höhe der Leistung (27,5%). Insbesondere Geringverdiener und Arbeitslose schätzten den Elterngeldsatz als zu niedrig für die Sicherung ihres Lebensstandards ein. Auch wurde auf die soziale Ungerechtigkeit hingewiesen, da Geringverdiener weniger bekämen als Besserverdienende. Cygan-Rehm (2014) zeigte Anhand von Berechnungen mit Anwendung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (BERzGG) und des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG), dass Mütter ab einem eigenen Nettomonatseinkommen von ca. 800€ finanziell von der Elterngeldreform profitieren (22).

In unserer Erhebung zeigte sich, dass das Einkommensniveau von Müttern im Raum Magdeburg insgesamt niedrig ist. Unter unseren Befragten hatten 44,3% präpartal nur ein durchschnittliches eigenes Nettomonatseinkommen $\leq 1000\text{€/Monat}$, 22,3% der Frauen arbeiteten bis zum Mutterschutz nicht und hatten damit nur Anspruch auf den Elterngeld-Mindestsatz von 300€/Monat, 20,75% der Mütter bezogen andere Transferleistungen (ALG II, Sozialhilfe) auf die das Elterngeld seit 2011 angerechnet wird (24). Zu einem ähnlichen Ergebnis kamen Fagnani et al. (2009) in ihrer Analyse der Elterngeldreform. Sie kamen für Gesamtdeutschland anhand von Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2007 zu einem noch deutlicheren Ergebnis, demzufolge 49% der Elterngeldempfängerinnen vor der Geburt des Kindes nicht arbeiteten und nur den Mindestsatz von 300€/Monat bekamen. Lediglich 1,8% der Mütter bezogen den Höchstsatz von 1800€/Monat (47).

Anhand unserer Ergebnisse ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der befragten Magdeburger Frauen lediglich Anspruch auf einen geringen Elterngeldsatz hat und damit die finanzielle Situation nach der Geburt des Kindes nur unzureichend gesichert ist. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass das erste Ziel des Elterngeldes im Raum Magdeburg zum Befragungszeitpunkt nicht für alle Mütter erreicht wurde.

Das zweite Ziel des Elterngeldes ist die mittel- und langfristige Sicherung der Existenz beider Elternteile, insbesondere durch einen schnelleren beruflichen Wiedereinstieg der Mutter (19).

Die deutliche Mehrzahl (70,9%) unserer in Magdeburg befragten Mütter plante einen Elterngeldbezug von 9-12 Monaten. Eine Bezugszeit von 13-14 Monaten, die in voller Höhe nur Alleinerziehenden zusteht, planten 7,7% der Befragten, 9,9% wollten die Verlängerungsmöglichkeit (§ 6 BEEG) (17) nutzen und länger als 14 Monate Elterngeld beziehen.

Die Bezugszeit des Elterngeldes wurde von den befragten Müttern überwiegend als ausreichend beurteilt (63,9%). Dennoch bemängelten die Befragten unter Frage 5.1 am zweithäufigsten die Dauer der Elterngeldzahlung (20,2%). Maximal 14 Monate wurden als zu kurz eingeschätzt. Für wünschenswert hielten die Mütter eine Bezugszeit von mindestens 24 Monaten. Insbesondere wurde kritisiert, dass das Mutterschaftsgeld auf das Elterngeld angerechnet wird und sich die Bezugszeit für Mütter somit um 2 Monate verkürzt. In einer Befragung junger Eltern zum Elterngeld durch das IfD (2007) beklagten 25% der Befragten, dass das Elterngeld für einen kürzeren Zeitraum gezahlt werde, als das vorausgegangene Erziehungsgeld. Die Forscher vom IfD weisen jedoch darauf hin, dass das Erziehungsgeld nur für Geringverdiener (monatliches Haushaltseinkommen < 1375€) über einen Zeitraum von > 6 Monaten gezahlt wurde. Dies war vielen Befragten anscheinend unbekannt (103).

Ein Großteil (53,5%) unserer befragten Mütter plante ihre Berufstätigkeit nach 9-12 Monaten wieder aufzunehmen, die zweitgrößte Gruppe (20,3%) beabsichtigte dies nach 13-24 Monaten zu tun. Wir fragten die Frauen auch, nach welcher Zeit sie potentiell vor Einführung des Elterngeldgesetzes wieder zu arbeiten angefangen hätten. Im Vergleich zeigte sich, dass die Mütter innerhalb des ersten Lebensjahres des Kindes, ohne die Möglichkeit Elterngeld zu beziehen, signifikant häufiger bereits nach weniger als 9 Monaten ihre Berufstätigkeit wieder aufgenommen hätten (37,5%) als mit Elterngeld (16,0%). Auch über das erste Lebensjahr des Kindes hinaus (> 12 Monate) wollten Frauen mit Elterngeldbezug häufiger länger mit der Berufstätigkeit aussetzen (30,5%), als sie es ohne das Elterngeld getan hätten (12,8%). Unsere Ergebnisse decken sich mit den Erkenntnissen von Kluge et al. (2008), dass das Elterngeld zu einer Reduzierung der Erwerbstätigkeit von Müttern innerhalb des ersten Lebensjahres des Kindes führt (99). Hingegen widersprechen unsere Ergebnisse der Annahme vieler Forscher, dass das Elterngeld zu einem schnelleren Wiedereinstieg in den Beruf im zweiten Lebensjahr des Kindes führt (99,104–106).

Der Vergleich unserer Magdeburger und Lyoner Daten zeigte, dass die französischen Befragten ihre Berufstätigkeit nach der Geburt des Kindes signifikant schneller wieder aufnehmen wollten, als die deutschen Mütter. Die Lyoner Frauen planten größtenteils (76,8%) bereits nach 2-8 Monaten wieder

arbeiten zu gehen. Nur eine Minderheit der Französischen (23,2%) beabsichtigte eine Berufsunterbrechung von mehr als 8 Monaten. Unter den deutschen Befragten lag dieser Anteil bei insgesamt 84%. Kurze Berufsunterbrechungszeiten nach Geburt eines Kindes sind in Frankreich weit verbreitet. Laut einer Erhebung des französischen nationalen Instituts für Statistik (INSEE) aus dem Jahr 2010 setzen in Frankreich lediglich insgesamt 37% der Mütter nach dem gesetzlichen Mutterschutz (*congé maternité*, insgesamt 16 Wochen (7)) weitere Zeit mit der Berufstätigkeit aus. Unter den Erstgebärenden sind es sogar nur 28% (100).

Die größte Gruppe (45,2%) unserer Magdeburger Befragten plante eine Wiederaufnahme ihrer Berufstätigkeit in Teilzeit. Dies deckt sich mit der Beobachtung von Kluge et al. (2009), dass die Mehrzahl der Mütter eine Teilzeitbeschäftigung bei der Wiederaufnahme der Berufstätigkeit wählt (107) und unterstreicht die Kritik von Fagnani et al. (2009), dass das Elterngeld Mütter in Erwerbsektoren mit schlecht bezahlten Teilzeitjobs drängt. Dies behindert eine Gleichberechtigung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt und führt nicht zu einer realen finanziellen Absicherung von Müttern (47).

Das zweite Ziel des Elterngeldes, die langfristige finanzielle Absicherung beider Elternteile, kann anhand unserer Daten in Bezug auf die Situation von Müttern als noch nicht erreicht gewertet werden.

Das dritte Ziel des Elterngeldes ist eine stärkere Gleichberechtigung der Geschlechter durch eine stärkere Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung (98).

In unserer Befragung erwartete ca. ein Drittel der Magdeburger Mütter (29,2%), dass der Vater des Kindes das Elterngeld in Anspruch nehmen wird. Dieses Ergebnis deckt sich mit der Aussage der ehemaligen Bundesfamilienministerin Dr. K. Schröder (2013), dass deutlich mehr als ein Viertel der Väter Elterngeld bezieht (26). Bei der Analyse unserer Magdeburger Daten zeigte sich jedoch, dass lediglich 1,8% der Magdeburger Mütter davon ausgingen, dass nur der Vater Elterngeld beziehen wird. Dies ist etwas weniger als Kluge et al. (2008) für Gesamtdeutschland ermittelten (4,5%) (99). In unserer Untersuchung zeigte sich, dass die Mehrheit der Mütter, deren Partner das Elterngeld beziehen wollte, annahm, dass er dieses nur für den Mindestzeitraum von 2 Monaten plante (70,5%). Kluge et al. (2008) kamen zu einem ähnlichen Ergebnis demzufolge ca. zwei Drittel der Väter einen kurzen Elterngeldbezugszeitraum (1-2 Monate) wählten (99). Wir fanden heraus, dass die Elterngeldbezugsquote von Vätern signifikant stieg, je höher ihr Alter, ihr Bildungsstand und ihr Einkommen waren. Kluge et al. (2008) kamen ebenfalls zu dem Schluss, dass ein höherer Bildungsstand und ein höheres Alter des Vaters förderlich für die Beantragung von Partnermonaten sind (99). Unter unseren Befragten, die annahmen, dass der Kindsvater Elterngeld beziehen wird, gingen 68,7% davon aus, dass er ohne das Elterngeld seine Berufstätigkeit nicht zugunsten der Kinderbetreuung unterbrochen hätte. Dieses Ergebnis deckt sich mit dem Resultat von Kluge et al. (2009), dass zwei Drittel der Mütter angeben, dass der Vater ohne das Elterngeld weniger Zeit mit dem Kind verbracht hätte (107).

Unsere befragten Mütter in Lyon gaben signifikant seltener an, dass der Kindsvater seine Berufstätigkeit unterbrechen wird, als die Befragten in Magdeburg. Rechtlich gesehen haben Väter in Frankreich nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf eine 14-tägige Väterzeit (*congé de paternité*) mit Lohnersatzleistung durch die Krankenkasse sowie den Arbeitgeber. Darüber hinaus haben französische Väter die Möglichkeit in Elternzeit (*congé parental*) zu gehen und währenddessen eine elterngeldähnliche Leistung (*Clca*) zu beziehen (47). Wir konnten jedoch zeigen, dass die Elternzeit von Vätern in Lyon mit 3,6% nur sehr selten genutzt wird. Dies belegen auch die offiziellen Daten des INSEE (2013), wonach lediglich 5% der Väter in Frankreich für mindestens einen Monat mit ihrer Erwerbstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung pausieren und sich lediglich 2% der Väter für eine längere Berufsunterbrechung in Form des *congé parental* entscheiden.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das dritte Ziel des Elterngeldes in Bezug auf eine Steigerung der Beteiligung von Vätern an der Elternzeit im Raum Magdeburg erreicht wurde. Zu Zeiten des dem Elterngeld vorausgegangenen Erziehungsgeldes nahmen nur knapp 5% der Väter in den ersten zwei Lebensjahren des Kindes Elternzeit in Anspruch (108,109). Der mehrheitlich sehr kurze Zeitraum von 2 Monaten, für den Väter Elterngeld beziehen, weist jedoch darauf hin, dass weiterhin eine Rollenteilung der Geschlechter besteht. Eine paritätische Aufteilung der Elternmonate in jeweils 7 Monate wird selten gewählt (107). In unserer Arbeit gaben lediglich 12 Befragte (1,8%) an, dass der Vater 5-8 Monate Elterngeld beziehen wird. Daraus lässt sich schließen, dass eine Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Kinderbetreuung in der Region Magdeburg weiterhin nicht besteht.

Eine Voraussetzung dafür, ob das Elterngeld bei der Geburtsplanung eine Rolle gespielt haben kann, ist, dass die Frau geplant schwanger wurde. In unserer Befragung an der UFK Magdeburg gaben 43,4% der Mütter an, die Schwangerschaft nicht geplant zu haben. Zu vergleichbaren Ergebnissen kamen Helfferich & Kandt (1996) anhand von Daten der DESIS-Studie (Deutsche Studie zur Infertilität und Subfertilität, 1994). Hiernach waren lediglich 55% aller ersten Schwangerschaften geplant (110).

In unserer Arbeit ergab der Vergleich mit dem Kollektiv aus Lyon, dass die französischen Entbundenen mit insgesamt 81,9% ihre Schwangerschaft signifikant häufiger geplant hatten als die Magdeburger Befragten. Einen ähnlich hohen Anteil an geplanten Schwangerschaften in Frankreich bestätigen auch die Daten einer Befragung des INSEE aus dem Jahr 1998, wonach 72,6% der Erstgebärenden angaben, die aktuelle Schwangerschaft geplant zu haben (111).

Bei der Analyse der Daten aus Magdeburg zeigte sich, dass Frauen mit einem niedrigen Bildungsstand (72,9%) und jüngere Frauen (≤ 25 Jahre; 61,0%) signifikant häufiger ungeplant schwanger wurden als Hochausgebildete (30,4%) und ältere Frauen (31-35 Jahre; 35,3%). Feldhaus & Boehnke (2008) beschreiben in ihrer Analyse ungeplanter Schwangerschaften die gleiche Korrelation zwischen Planung der Schwangerschaft und Bildungsstand sowie Alter der Frau (112).

Aus diesem Ergebnis lässt sich schließen, dass das Elterngeld als Einflussfaktor bei der Entscheidung zur Schwangerschaft eher höher ausgebildete, ältere Frauen erreichen kann. Der insgesamt hohe Anteil ungeplanter Schwangerschaften weist jedoch auf eine prinzipiell eingeschränkte Einflussmöglichkeit des Elterngeldes hin. Dem Übergang in die Elternschaft liegt häufig kein rationaler Entscheidungsprozess zugrunde, der durch familienpolitische Maßnahmen beeinflussbar wäre (73).

Diese Annahme wird dadurch bestätigt, dass unter unseren Magdeburger Befragten mit 77,6% eine deutliche Mehrheit angab, dass das Elterngeld irrelevant bei der Geburtsplanung war („wenig wichtig“ bzw. „unwichtig“). Ca. ein Viertel (22,4%) gab an, dass es „wichtig“ oder sogar „sehr wichtig“ gewesen sei. Jedoch hätten sich lediglich 5,9% der Mütter, die die Schwangerschaft geplant hatten, ohne das Elterngeld nicht für das Kind entschieden. Da die Ansicht des Partners einen nicht unerheblichen Einfluss hat, wurden die Mütter gefragt, ob sie sich mit ihrem Partner in Bezug auf die Relevanz des Elterngeldes einig waren. Dies bejahten 97,6% der Frauen.

In der Befragung am CH Ste-Foy-lès-Lyon fielen die Ergebnisse ähnlich aus. Die Lyoner Befragten gaben in 73,5% an, dass die französischen Familienleistungen (*Allocations familiales*) irrelevant bei der Geburtsplanung waren („wenig wichtig“ oder „unwichtig“). Auch zeigte sich im Vergleich der Daten aus Magdeburg und aus Lyon kein signifikanter Unterschied hinsichtlich der Relevanz von Familienleistungen (Elterngeld bzw. *Allocations familiales*) bei der Entscheidung zur Schwangerschaft.

Wir konnten zeigen, dass in der Magdeburger Erhebung Mütter, die vor der Schwangerschaft berufstätig waren mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit angaben, dass das Elterngeld bei der Geburtsplanung „wichtig“ oder „sehr wichtig“ war (23,8%), als zuvor nicht berufstätige Frauen (19,3%). Darüber hinaus zeigte sich, dass Frauen mit einem eigenen Verdienst von > 2000€/Monat mit 27,6% signifikant häufiger dem Elterngeld eine Relevanz („wichtig“ oder „sehr wichtig“) zusprachen als Frauen mit einem Einkommen ≤ 1000€/Monat (17,6%). Diese Ergebnisse sind gut in Einklang zu bringen mit den SOEP-Analysen von Reimer (2013) die ergaben, dass Eltern von Geburten nach Einführung des Elterngeldes (2007/2008) ein durchschnittlich höheres Einkommen besaßen, als Eltern von Geburten in den Jahren vorher (2005/2006). Dieses Phänomen war in Ostdeutschland besonders ausgeprägt (73).

Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Thyrian et. al. (2010) anhand von Daten des SNiP in Nordostdeutschland. Hier zeigte sich, dass im Jahr 2007 der Anteil an Müttern, die vor der Schwangerschaft in Vollzeit beschäftigt waren, die ein höheres Einkommen hatten und die einen höheren sozialen Status hatten, signifikant höher war als 2006. Besonders ausgeprägt waren diese Effekte bei Frauen, die bereits mindestens ein Kind hatten (74). Bei der Auswertung unserer Magdeburger Daten konnte jedoch kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Parität der Mütter und ihren Angaben zur Wichtigkeit des Elterngeldes nachgewiesen werden. Auch wurde der „Geschwisterbonus“, eine zusätzliche Prämie die, bei zwei Kindern unter drei Jahren ausgezahlt wird (§ 2a BEEG) (17), von der Mehrzahl (73,0%) unserer Magdeburger Befragten nicht als attraktiver Anreiz für die Entscheidung zu einem weiteren Kind angesehen.

Ein weiterer signifikanter Zusammenhang zeigte sich in unserer Magdeburger Erhebung zwischen dem Einfluss des Elterngeldes auf die Geburtsplanung und dem Alter der Mütter. Frauen aus der Altersgruppe 31-35 gaben in knapp ein Drittel der Fälle (29,6%) an, dass das Elterngeld „wichtig“ oder „sehr wichtig“ gewesen sei. Unter jüngeren (≤ 25 J.) bzw. älteren Entbundenen (> 35 J.) waren es jeweils nur gut ein Fünftel (21,4% bzw. 21,2%). Am seltensten sprach die Gruppe der 26-30-jährigen dem Elterngeld eine Wichtigkeit zu (17,5%). Raute (2013) konnte positive Effekte des Elterngeldes auf die Fertilität von hochqualifizierten Frauen nachweisen, die nach Einführung des Elterngeldes mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit im Alter von 30-34 Jahren ihr erstes Kind bekamen (22,75). Bujard und Passet (2013) kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Sie ermittelten, dass die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt nach der Elterngeldreform bei 36-45jährigen Akademikerinnen signifikant erhöht war (76). Beide Studien weisen darauf hin, dass bei Akademikerinnen seit der Einführung des Elterngeldes verstärkt ein Recuperationeffekt, d.h. das Nachholen von Geburten in einem höheren Alter, zu beobachten ist (21,75). Es konnte jedoch nicht geklärt werden, ob die Beobachtungen tatsächlich auf das Elterngeld zurückzuführen sind oder ob sich lediglich ein allgemeiner Trend zu einem höheren Gebäralter und einem Anstieg des Bildungsniveaus fortgesetzt hat (22).

In unserer Magdeburger Befragung lag die größte Altersgruppe (32,4%) bei 26-30 Jahren. Dieses Ergebnis wich nicht signifikant von der vom Amt für Statistik angegebenen Altersverteilung von Müttern in Magdeburg im Zeitraum 2009-2010 ab (113) und ist gut vereinbar mit dem vom Statistischen Bundesamt für Sachsen-Anhalt angegebenen mütterlichen Durchschnittsalter von 29 Jahren (114). Es zeigte sich, dass die befragten Frauen am CH Ste-Foy-lès-Lyon signifikant häufiger im höheren Alter (> 35 Jahre) Kinder bekamen (21,4%), als unsere Befragten in Magdeburg (14,4%). Dies belegen auch die offiziellen Daten. Nach Angaben des Max-Planck-Instituts für demographische Forschung in Rostock (MPIDR) lag die altersspezifische Fruchtbarkeitsrate (ASFR) der 35-jährigen (Geburtsjahr 1975) in Deutschland im Jahr 2010 bei 0,7 Kindern/Frau und in Frankreich bei 0,9 (115,116).

Betrachtet man das Alter der Primiparae, zeigte sich in Magdeburg, dass die größte Gruppe 26-30 Jahre alt war (36,4%). Dieses Ergebnis ist gut in Einklang zu bringen mit dem vom Statistischen Bundesamt angegebenen Durchschnittsalter der Erstgebärenden von 27,2 Jahren in Sachsen-Anhalt (114). Hinsichtlich des Erstgebärendenalters zeigte sich in unserer Erhebung kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den Müttern in Magdeburg und in Lyon. Steidle & Henkel (2010) konstatierten, dass das Erstgeburtsalter in Frankreich mit durchschnittlich 28,5 Jahren ähnlich hoch ist wie in Gesamtdeutschland mit 29,1 Jahren (Stand 2005) (7). Bertram et. al. (2011) beschrieben, dass sich Frauen in Frankreich hingegen häufiger als in Deutschland im höheren Alter für zweite, dritte und weitere Kinder entscheiden (55). Im Vergleich unserer Daten aus Magdeburg und Lyon konnten wir diese Beobachtung bestätigen, da in der Stichprobe am CH Ste-Foy-lès-Lyon der Anteil an Multiparae (22,6%) signifikant höher lag, als in der Magdeburger Stichprobe (12,5%). Als eine Ursache hierfür

kann die seit langem auf Mehrkindfamilien ausgerichtete französische Familienpolitik angegeben werden, die bereits im Jahr 1939 mit dem „*Code de la famille*“ eingeführt wurde (45).

Interessant ist darüber hinaus die Betrachtung der Parität der Frauen in Abhängigkeit zu ihrem Bildungsstand. Während unter unseren Magdeburger Befragten Akademikerinnen mit 9,5% signifikant seltener drei oder mehr Kinder hatten, als Niedrigausgebildete (21,3%), konnte für die französischen Befragten dieser Zusammenhang nicht nachgewiesen werden. Dies ist gut vereinbar mit der Beobachtung, dass in Frankreich der Kinderwunsch mit zunehmender Bildung der Frauen steigt (91,95). Wie dieser Zusammenhang für deutsche Frauen ausfällt, wird kontrovers diskutiert. Für Gesamtdeutschland zeigten Mikrozensusdaten (2008), dass die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau mit steigendem Bildungsstand abnahm (32). Bujard (2012) ermittelte hingegen für Ostdeutschland, dass die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen bezüglich der endgültigen Kinderzahlen von Frauen gering sind. So betrug die anhand eines Schätzmodells berechnete endgültige Kinderzahl *CFR 34+* für das Jahr 2010 in Ostdeutschland 1,52 Kindern pro Frau sowohl bei Akademikerinnen, als auch bei Nichtakademikerinnen (21). Letztere Annahme wird durch unsere Daten bestätigt, da der Bildungsstand der Mütter in unserer Magdeburger Befragung keine signifikante Auswirkung auf die Einschätzung der Relevanz des Elterngeldes bei der Schwangerschaftsplanung hatte.

Im internationalen Vergleich zeigte sich, dass in Europa ein tendenzieller Zusammenhang zwischen dem Anteil unverheirateter Eltern und der totalen Fertilitätsrate besteht. Je höher der Anteil nicht verheirateter Mütter ist, desto höher ist die Geburtenhäufigkeit (32). In unserer Magdeburger Befragung waren 52,9% der Mütter ledig und 42,3% verheiratet. Im Vergleich der Magdeburger mit den Lyoner Daten zeigte sich kein signifikanter Unterschied in Bezug auf den Familienstand der Mütter. Unter den Lyoner Entbundenen waren 48,2% verheiratet und 43,4% ledig. Auch konnte kein signifikanter Zusammenhang bezüglich der Wichtigkeit des Elterngeldes bei der Geburtsplanung und dem Familienstand der Mütter nachgewiesen werden. Cygan-Rehm (2014) stellte heraus, dass in den bislang vorliegenden Studien signifikante Effekte des Elterngeldes vornehmlich in Bezug zu wirtschaftlichen Parametern von Müttern wie Berufstätigkeit und Einkommen herausgearbeitet wurden. Dies sei aufgrund der Ausgestaltung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung „wenig überraschend“ (22).

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das Elterngeld in unserer Befragung insbesondere für berufstätige Frauen, Frauen im Alter von 31-35 Jahren und Frauen, die präpartal ein eigenes Einkommen > 2000€/Monat erzielten, von Bedeutung war. Ein Grund dafür kann die Verminderung von Einkommensverlusten für die Mutter durch das Elterngeld und damit eine Senkung von Opportunitätskosten nach der Geburt eines Kindes sein (42). In die Entscheidung für ein Kind spielen jedoch neben finanziellen Anreizen noch eine Vielzahl anderer Faktoren hinein, wie z.B. gesellschaftliche Normen sowie die Partnerschaftssituation (117). Seit Einführung des Elterngeldes hat sich die Gesamtfruchtbarkeitsrate (*TFR*) in Deutschland um den Wert von 1,4 stabilisiert (2,60). Ob ein kausaler Zusammenhang zwischen der Entwicklung der *TFR* und dem Elterngeld besteht, wird in der Literatur kontrovers diskutiert und muss weiter beobachtet und näher erforscht werden (22).

5.2 Berufstätigkeit von Müttern und Kinderbetreuung

In unserer Magdeburger Befragung lag der Anteil der Frauen, die bis zum Mutterschutz berufstätig waren, bei knapp 70%. In Gesamtdeutschland befand sich dieser Anteil im Jahr 2004 bei 59,9% (42). Dies spiegelt die vergleichsweise hohe Frauenerwerbsquote in Ostdeutschland wider (118). Der Anteil der bis zum Mutterschutz berufstätigen Frauen in Lyon war mit 73,8% zwar nur unwesentlich höher als in Magdeburg (69,9%), es zeigte sich jedoch ein signifikanter Unterschied bezüglich des Beschäftigungsumfangs. Unter den französischen Müttern bestand mit 63,1% eine höhere Quote an Vollzeitbeschäftigten als in Magdeburg (48,4%). Hingegen lag in Magdeburg die Teilzeitbeschäftigtenquote mit 17,9% höher als in Lyon (7,1%). Schaible et. al. (2006) beschreiben, dass die Gesamtarbeitsquote von Frauen in Frankreich ähnlich hoch wie in Deutschland ist, dieses sich aber relativiert, da die Vollzeitarbeitsquote von französischen Frauen deutlich höher ist (42).

Interessant ist die Betrachtung des Beschäftigungsumfangs der Mütter in Abhängigkeit von ihrer Parität. In unserer Magdeburger Erhebung arbeiteten 57,7% der Primiparae bis zum Mutterschutz in Vollzeit, Biparae zu 44,3%. Dies entspricht annähernd der von Goldstein & Kreyenfeld (2011) angegebenen Quote von 50% vollzeitbeschäftigter Mütter im Jahr 2008 in Ostdeutschland (52). Darüber hinaus zeigte sich, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten und der Hausfrauen mit der Anzahl der Kinder signifikant zunimmt. Erstgebärende arbeiteten zu 11,3% in Teilzeit, lediglich 4,6% waren nicht berufstätig. Biparae arbeiteten zu 25,7% in Teilzeit. Multiparae waren lediglich 24,4% in Vollzeit beschäftigt, 23,3% arbeiteten in Teilzeit und ein Großteil (41,9%) war nicht berufstätig. Dies bestätigt die in der Literatur für Deutschland beschriebene Verdrängung von Müttern in Teilzeitjobs bzw. den Rückzug aus dem Arbeitsmarkt (42,119). In Frankreich ist dieses Phänomen deutlich weniger ausgeprägt (42). Dies bestätigen unsere Daten, da in Lyon die Quote der Vollzeitbeschäftigten unter den Multiparae mit 57,9% ähnlich hoch war, wie unter den Primiparae (65,7%).

Unter unseren Magdeburger Befragten gaben 32,0% an, im ersten Lebensjahr des Kindes außerhäusliche Kinderbetreuung nutzen zu wollen, darunter 29,1% in einer öffentlichen Kindertagesstätte und 2,9% in privater Form (z.B. Tagesmutter). Dieser Betreuungsbedarf liegt deutlich über dem Wert des Statistischen Bundesamts, wonach in Ostdeutschland im Jahr 2010 lediglich 5% der unter 1-jährigen außerhäuslich betreut wurden (117). In Sachsen-Anhalt hatte jedes Kind bereits seit dem Jahr 2003 von der Geburt bis zur Versetzung in den 7. Schuljahrgang einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung (120). Laut Artikel 10 des „Kinderförderungsgesetzes (KiföG)“ gilt auch bundesweit seit dem 01.08.2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, im Falle dass die Eltern berufstätig, in Ausbildung oder Arbeit suchend sind (121).

Die Befragten in Lyon planten mit insgesamt 74,7% signifikant häufiger im ersten Lebensjahr des Kindes außerhäusliche Kinderbetreuung zu nutzen als die Magdeburger Mütter. Unter den französischen Entbundenen strebten 32,5% eine Betreuung in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Krippen) an und 42,2% in privaten (z.B. Tagesmütter). In Frankreich ist außerhäusliche

Kinderbetreuung durch den häufig raschen beruflichen Wiedereinstieg der Frauen nach der Geburt eines Kindes weit verbreitet und gesellschaftlich gut akzeptiert (91). In einer Repräsentativbefragung des IfD (2013) gaben 35% der Franzosen an, dass Kinder unter 1 Jahr gut in einer Kinderkrippe betreut werden könnten, in Ostdeutschland glaubten dies lediglich 9% der Befragten (102).

Unter den Lyoner Befragten beurteilten jedoch 63,8% die Suche eines Betreuungsplatzes als „schwierig“ oder „sehr schwierig“ und 63,1% der Mütter hatten noch keinen festen Betreuungsplatz für das Neugeborene in Aussicht. Des Weiteren zeigte sich, dass mehr als die Hälfte (52,6%) der Lyoner Frauen die zu erwartenden Betreuungskosten als „zu hoch“ einschätzte. Salles (2009) beschrieb in ihrer kritischen Analyse der französischen Familienpolitik, dass in Frankreich zu wenige öffentliche Betreuungsplätze zur Verfügung stehen und Mütter in einkommensschwächeren Familien, die sich keine private Kinderbetreuung leisten können, zur Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit gezwungen sind, um die Betreuung des Kindes zu gewährleisten (101).

Wir fragten die Lyoner Mütter in Frage 5.1 zu staatlichen Familienleistungen, die sie für wichtig hielten. An dieser Stelle nannten 56,9% der französischen Entbundenen Maßnahmen, die auf Kinderbetreuung ausgerichtet sind. Unter den Magdeburger Entbundenen nannten dies lediglich 36,2%. Prinzipiell sehen die Franzosen eine Kernaufgabe der Familienpolitik in der Ermöglichung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (43,122). 34,2% der Lyoner Befragten hielten das Vorhandensein eines festen Betreuungsplatzes für relevant für die Entscheidung zur Schwangerschaft („wichtig“ oder „sehr wichtig“). Jedoch konnten wir keinen signifikanten Unterschied zwischen der Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung in Magdeburg und der Relevanz eines Betreuungsplatzes für die Entscheidung zur Schwangerschaft in Lyon nachweisen. Dieses Ergebnis bekräftigt die Äußerung einiger Lyoner Frauen unter Frage 5.2, dass das persönliche Glück durch die Geburt eines Kindes sowie gesellschaftliche Strukturen wichtiger für die Entscheidung zu einer Schwangerschaft seien, als staatliche Leistungen. Seitens der Magdeburger Befragten wurden im offenen Antwortteil ähnliche Argumente genannt.

Prinzipiell lässt sich konstatieren, dass das Geburtenverhalten einer Bevölkerung weniger durch einzelne politische Maßnahmen beeinflusst wird, als durch die gesellschaftliche Einstellung zu Kindern und Familie (7). Das IfD (2013) ermittelte deutliche Unterschiede im Selbstbild der Deutschen und der Franzosen in Bezug auf Kinderfreundlichkeit. Lediglich 33% der Deutschen im Alter von 16-49 Jahren hielten die Menschen in ihrem Land für kinderfreundlich, unter den Franzosen glaubten dies 82% (102). Bujard et. al. (2012) konstatierten, dass in Frankreich Kinder häufiger als Quelle von Zufriedenheit und Lebensfreude angesehen werden, als in Deutschland. Laut Ergebnissen des Generations and Gender Survey 2005 glaubten lediglich 45% der Kinderlosen in Deutschland, dass sich durch die Geburt eines Kindes ihre Lebensfreude vergrößern würde, in Frankreich nahmen dies 75% an (32). Im Special Eurobarometers 2006 zeigte sich, dass Französinnen durchschnittlich 2,59 Kinder als persönliches Ideal angaben und damit nach den skandinavischen Ländern auf dem höchsten Niveau in Europa lagen. In Deutschland wünschten sich die Frauen lediglich 2,24 Kinder (7,123). Die *TFR* betrug 2006 in Deutschland 1,33 (9) und in Frankreich 1,98 (78). Die Diskrepanz

zwischen Wunsch und Wirklichkeit lag demnach mit 0,91 in Deutschland deutlich höher als in Frankreich (0,61). Dies zeigt, dass die Verwirklichung von Kinderwünschen in Frankreich leichter war, als in Deutschland. Um die Lücke bei der Realisierung von Kinderwünschen zu schließen und damit die Geburtenzahlen zu erhöhen, besteht Handlungsspielraum in der Etablierung eines gesamtgesellschaftlichen Umfeldes, das zur Elternschaft ermutigt (7).

5.3 Limitierungen der Analysen

Ein Vorteil von Befragungen mittels Fragebogen ist, dass Einstellungen zu einem Thema innerhalb der Bevölkerung erfasst werden, die aus statistischen Kennziffern (z.B. der *TFR*) nicht ablesbar sind (124). Ein Nachteil ist jedoch, dass lediglich Daten einer begrenzten Kohorte zu einem bestimmten Zeitpunkt erfasst werden. Bei der Betrachtung unserer Ergebnisse ist zu beachten, dass unsere Daten auf Antwortergebnissen von Entbundenen in zwei begrenzten Untersuchungsregionen (UFK Magdeburg bzw. CH Ste-Foy-lès-Lyon) im Zeitraum 03/2009-07/2010 bzw. 02-03/2011 basieren.

Ein Defizit von Fragen im Multiple-Choice-Format ist die Vorstrukturierung der Antworten, die bei der Beantwortung zu Abweichungen vom tatsächlichen Zustand führen kann. Hinzu kommt, dass bei unserer Datenanalyse Leerantworten und mit „keine Angabe“ beantwortete Fragen nicht berücksichtigt wurden. Hierbei ist kritisch zu konstatieren, dass es bei einem hohen Anteil von Leerantworten zu einer Verzerrung der Prozentwerte kommt.

Bei der Betrachtung unserer Ergebnisse muss beachtet werden, dass die Angaben zu den Kindsvätern auf Aussagen der befragten Frauen basieren und vom tatsächlichen Vorhaben der Männer abweichen können. Die Angaben zur postpartalen Veränderung der finanziellen Situation und zur Unterstützung im ersten Lebensjahr des Kindes beruhen auf Erwartungen der Entbunden. Ob sich die Erwartungen erfüllten, wurde nicht überprüft.

Eine weitere Limitierung unserer Untersuchung ist, dass für die Magdeburger Kohorte keine direkte Kontrollgruppe, d.h. eine Gruppe von Magdeburger Frauen die keine Möglichkeit zum Elterngeldbezug hatten, existiert. Cygan-Rehm (2014) konstatierte, dass ein Hauptproblem bei der Analyse kausaler Effekte des Elterngeldes eine fehlende Kontrollgruppe ist, da die „kontrafaktische Situation“, d.h. „die Geburtenentwicklung in Abwesenheit der Regelungen nicht beobachtbar ist“ (22).

Bei der Bewertung des Vergleichs der Stichproben in Magdeburg und in Lyon muss beachtet werden, dass die Vergleichsergebnisse lediglich Unterschiede zwischen den befragten Kollektiven darstellen. Sie lassen keinen Rückschluss auf Unterschiede zwischen Gesamtdeutschland und Gesamtfrankreich zu. Auch muss berücksichtigt werden, dass der Stichprobenumfang der Magdeburger Erhebung deutlich größer war ($N = 700$) als der in Lyon ($N = 84$).

Darüber hinaus muss die Vergleichbarkeit der beiden Entbindungskliniken, in denen die Befragungen durchgeführt wurden, kritisch hinterfragt werden. Die UFK Magdeburg ist ein öffentliches Klinikum. Das CH Ste-Foy-lès-Lyon ist eine Privatklinik, deren Entbindungsstation von niedergelassenen Gynäkologen und Geburtshelfern in Form von Belegbetten betreut wird (97). Da französische

Frauenärzte häufig gleichzeitig in einer Privatpraxis und belegärztlich tätig sind, finden in Frankreich ca. 50% aller Entbindungen in Privatkliniken statt (125). Die Größe der beiden geburtshilflichen Abteilungen ist vergleichbar (UFK Magdeburg: Geburtshilfliche Station mit 25 Betten (126), Kreißsaal mit 3 Entbindungsräumen (127), 1.218 Entbindungen im Jahr 2011; CH Ste-Foy-lès-Lyon: Station mit 33 überwiegend geburtshilflichen Betten, Kreißsaal mit 4 Entbindungsräumen, 1.246 Entbindungen im Jahr 2011 (97)). Beim Vergleich der soziodemographischen Daten der Befragten in Magdeburg und in Lyon fielen jedoch statistisch signifikante Unterschiede bezüglich des Bildungsstands und des Einkommen auf. Es zeigte sich, dass die französischen Befragten signifikant häufiger einen hohen Bildungsstand hatten (58,0%) als die Befragten in Magdeburg (30,5%). Des Weiteren zeigte sich, dass unsere Magdeburger Befragten mit 14,1% signifikant häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen waren, als die Mütter in der Lyoner Klinik (4,8%). Auch bezüglich ihres präpartalen Nettomonatseinkommens waren die Magdeburger Frauen schlechter gestellt. Mit 44,3% hatte die größte Gruppe der Magdeburger Mütter ein Einkommen von < 1000€/Monat. Unter den Lyoner Befragten lag das Einkommensniveau signifikant höher. Hier hatten lediglich 24,3% ein Einkommen von < 1000€/Monat.

Bezüglich des Befragungsgebietes kann davon ausgegangen werden, dass uns überwiegend Ergebnisse von Müttern aus der Region Magdeburg bzw. der Region Lyon vorlagen. In der Befragung an der UFK Magdeburg gaben 99,0% Entbunden an, in Sachsen-Anhalt zu wohnen, darunter 69,9% in Magdeburg und 29,0% in einem anderen Ort im Bundesland. Am CH Ste-Foy-lès-Lyon stammte ebenfalls eine große Mehrheit der Befragten (97,7%) aus der Umgebung der Klinik (56,0% Lyon, 41,7% *Département Rhône-Alpes*).

Folgende Überlegungen können bei der Beurteilung der Differenzen in der Sozialstruktur der befragten Mütterkollektive in Erwägung gezogen werden:

Hinsichtlich des Bildungsstands muss beachtet werden, dass unser Fragebogen einen verhältnismäßig großen Umfang (53 geschlossene und 3 offene Fragen) hatte. Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen sind daher in beiden Stichproben vermutlich überrepräsentiert, wohingegen Frauen mit Hauptschulabschluss und Migrantinnen in geringerem Umfang vorhanden sind. Letzteres wird dadurch bestätigt, dass unter den Magdeburger Befragten lediglich 4,8% angaben, nicht deutscher Nationalität zu sein. Dieser Migrantinnenanteil war signifikant geringerer, als der vom Amt für Statistik Magdeburg für den Befragungszeitraum (2009/2010) angegebene Wert ausländischer Mütter in Magdeburg von 9,4% (128). Diese als „Mittelstandsbias“ bezeichnete Verzerrung der Stichprobenstruktur hin zur Mittelschicht wurde auch von anderen Autoren, die Daten mithilfe von Bevölkerungsbefragungen erhoben haben, beschrieben (z.B. Vaskovics & Mühlhng (2003)) (124).

Beim Vergleich der Bildungsstände der Befragten in Magdeburg und in Lyon muss berücksichtigt werden, das (Berufs-)Bildungssystem in Frankreich anderes strukturiert ist, als in Deutschland. Unter anderem erfolgen in Frankreich viele Ausbildungsgänge (z.B. zum Techniker) in Form eines Fachhochschulstudiums, welches mit dem *BTS (Brevet de technicien supérieur)* beendet wird (129). In Deutschland erfolgt eine Berufsausbildung in der Regel ohne Studium. Da wir nach dem höchsten

Schulabschluss fragten, zählten in unserer Erhebung die Lyoner Befragten mit einer Berufsausbildung ggf. unter die Kategorie „hoher Bildungsstand“, während Magdeburger Befragte mit einer ähnlichen Ausbildung unter „mittlerer Bildungsstand“ fielen. Dadurch erfolgte vermutlich eine Verzerrung innerhalb der Lyoner Daten hin zu höheren Bildungsabschlüssen.

Um die Einkommensstruktur verschiedener Bevölkerungsgruppen zu vergleichen eignet sich das Nettoäquivalenzeinkommen, welches anhand einer „EU-weit gültigen Definition nach der modifizierten OECD-Skala berechnet“ wird. Es besteht aus dem „Haushaltseinkommen dividiert durch die ‚Äquivalenzgröße‘ die sich aus der Anzahl der Personen im Haushalt und deren Alter ergibt“ (130). In unserer Erhebung ermittelten wir das eigene Nettomonatseinkommen der Mütter und der Väter getrennt von einander. Für die Berechnung eines Nettoäquivalenzeinkommens der Befragten war unsere Datenlage nicht ausreichend, da Angaben zum Alter der Personen im Haushalt fehlten. Die größte Gruppe unserer Magdeburger Mütter hatte ein eigenes präpartales Nettomonatseinkommen von 500-1000€ (32,2%). Unter den Magdeburger Vätern verdiente die größte Gruppe 1100-1500€ (30,2%). Diese Zahlen fügen sich gut in die offiziellen Angaben der Landesregierung Sachsen-Anhalt im Sozialbericht 2010-2013 ein, wonach die größte Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen-Anhalt über ein monatliches Nettoeinkommen von 900 bis \leq 1500€ verfügte (Stand 2012) (131). Das mediane monatliche Nettoäquivalenzeinkommen in Sachsen-Anhalt betrug 1256€ (Stand 2012) (131). Einkommensreichtum wird als mindestens das Doppelte des medianen Äquivalenzeinkommens definiert. In Sachsen-Anhalt gelten Personen mit einem monatlichen Einkommen \geq 2577€ als einkommensreich (Stand 2012). In unserer Befragung haben wir „> 2000€/Monat“ als höchste Einkommenskategorie gesetzt. Diese gaben 9,7% der befragten Mütter als ihr eigenes präpartales Nettomonatseinkommen an. In Betracht der Einkommensstatistik ist von einem geringen Anteil an Befragten mit einem eigenen Einkommen weit über > 2000€/Monat auszugehen, da im Befragungszeitraum 2009/2010 nur 2,9% bzw. 3% der Landesbevölkerung Sachsen-Anhalts zu den Einkommensreichen zählten (131). Das jährliche Einkommen je Einwohner in Magdeburg lag nach Angaben des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt im Jahr 2011 bei 16.044€. Damit lag die Landeshauptstadt Magdeburg in der Einkommensstatistik innerhalb Sachsen-Anhalts vor Halle (Saale) an zweitletzter Stelle (Stand 2011) (132). Auch im bundesweiten Vergleich ist dies eines der niedrigsten Einkommensniveaus. Sachsen-Anhalt lag hier mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 16.370€ pro Person an vorletzter Stelle vor Mecklenburg-Vorpommern (16.133€, Stand 2011) (133). In Lyon lag dieser Wert mit 21.660€ (INSEE, Stand 2012) deutlich höher (134). Beim Vergleich der Einkommensstruktur von Magdeburg und Lyon ist zu berücksichtigen, dass der Großraum Lyon ein wichtiger, wachsender Wirtschaftsstandort der biotechnologischen und pharmazeutischen Industrie in Frankreich ist (135). Zudem ist Lyon als drittgrößte Stadt Frankreichs deutlich einwohnerstärker (491.268 Einwohner, Stand 2011) (136), als Magdeburg (231.100 Einwohner, Stand 2011) (137).

Beim Vergleich der mütterlichen Einkommen in unseren beiden Stichproben muss darüber hinaus beachtet werden, dass der Anteil an vollzeitbeschäftigten Frauen unter den Lyoner Befragten mit

63,1% signifikant höher lag, als in Magdeburg (48,4%). Hinzu kommt, dass Frankreich im intereuropäischen Vergleich eines der höchsten Lohnniveaus von Frauen hat (42). Obwohl der geschlechterspezifische Lohnunterschied (*Gender Wage Gap*) in Frankreich sich in den letzten Jahren vergrößert hat, liegt er mit 14,3% (Stand 2010) unter dem EU-Durchschnitt von 16,4% (Stand 2010) (138,139). In Deutschland hingegen beträgt der *Gender Wage Gap* seit vielen Jahren unverändert 23% (Stand 2011) (140). Auch in unserer Magdeburger Erhebung lag das Einkommen der Väter signifikant höher, als das Einkommen der Mütter. Die größte Gruppe unter den Männern (55,5%) verdiente 1100-2000€/Monat, unter den Frauen lag die größte Einkommensgruppe bei < 1000€/Monat (44,3%).

Ein weiterer Faktor, der Einkommensunterschiede in den beiden Stichproben in Magdeburg und in Lyon erklärt, ist, dass in Frankreich bei Angestellten die Lohnsteuer nicht wie in Deutschland automatisch vom monatlichen Bruttolohn abgezogen wird. Hingegen erhalten französische Arbeitnehmer den Bruttolohn abzüglich der Sozialabgaben ausbezahlt und müssen erst nach einer Steuererklärung vierteljährlich eine Einkommensteuer (*impôt sur le revenu*) entrichten (141). Wir fragten bei unserer Datenerhebung in Lyon nach dem monatlichen Einkommen („*revenu mensuel*“). Da bei der Angabe des Einkommens ggf. der „*impôt sur le revenu*“ durch unsere französischen Befragten nicht abgezogen wurde, sind die angegebenen Nettomonatsgehälter in der Lyoner Befragung möglicherweise nach oben verfälscht. Diese Annahme konnte jedoch nicht überprüft werden.

Auch unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte entsteht durch die höheren Bildungsstände und Einkommen im Lyoner Mütterkollektiv der Eindruck, dass am CH Ste-Foy-lès-Lyon eine Selektion des Patientenkontingents hin zu besser verdienenden, höher ausgebildeten Frauen besteht. Diese Annahme wird zum einen durch den Privatklinikstatus des CH Ste-Foy-lès-Lyon bestätigt und zum anderen durch die Lage der Klinik in einem Vorort von Lyon, der eine wohlhabende Einwohnerstruktur aufweist. Dies zeigt sich anhand des jährlichen Nettoäquivalenzeinkommens, welches laut INSEE im Jahr 2012 in Ste-Foy-lès-Lyon bei 25.372€ und damit höher als in Lyon lag (134,142). Auch die Arbeitslosenquote der 15-65-jährigen lag in Ste-Foy-lès-Lyon mit 8,8% (INSEE, Stand 2012) deutlich unter dem für Lyon angegebenen Wert von 13,2% (INSEE, Stand 2012) (134,142). Die Arbeitslosigkeit unter unseren befragten französischen Müttern lag mit 4,8% noch niedriger. Unter den Magdeburger Befragten waren 14,1% arbeitslos. Dieser Wert liegt etwas höher, als die von der Bundesagentur für Arbeit für die Landeshauptstadt Magdeburg in den Jahren 2009/2010 angegebenen Arbeitslosenquoten von 13,5 bzw. 12,5% (143).

Die beschriebenen Differenzen in der Sozialstruktur der Befragten in Magdeburg und in Lyon, sind bei der Betrachtung unserer Vergleichsanalysen zu berücksichtigen. Ansatzpunkt für weitere Forschung bietet der Vergleich zweier Mütterkollektive in Deutschland und Frankreich, die eine ähnliche Sozialstruktur aufweisen. Ein weiterer Ausblick ist eine Follow-up Befragung von Müttern nach Einführung des „Elterngeld Plus“ (für Geburten ab dem 01.07.2015 (31)), um Auswirkungen der Flexibilisierung des Elterngeldes zu erforschen. Des Weiteren kann eine Vergleichsbefragung von kinderlosen Frauen im gebärfähigen Alter Aufschluss über Gründe von Kinderlosigkeit und den Aufschub von Geburten geben.

6. Zusammenfassung

Zielstellung der vorliegenden Arbeit war die wissenschaftliche Untersuchung eines Einflusses des Elterngeldes auf die Geburtsplanung von Frauen an der Universitätsfrauenklinik Magdeburg sowie ein internationaler Vergleich mit einem geburtenstärkeren EU-Land am Beispiel von Daten aus dem Centre Hospitalier de Sainte-Foy-lès-Lyon in Frankreich. Die Daten wurden in beiden Kliniken mittels Fragebögen erhoben, die sich an Entbundene richteten. Die Datenanalyse erfolgte mit der Statistiksoftware „SPSS 19.0 für Windows“ unter Verwendung des Chi²-Tests.

Die Entwicklung der totalen Fertilitätsrate (*TFR*) einer Bevölkerung ist ein komplexes Phänomen, dessen Ursachen vielfältig sind. Der Zeitpunkt nach Einführung des Elterngeldes ist derzeit noch zu früh, um Aussagen über seinen Einfluss auf die Geburtenrate zu machen. Wir konnten jedoch signifikante Korrelationen zwischen der Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung und soziodemographischen Parametern der befragten Mütter herausarbeiten. Darüber hinaus prüften wir, ob die von der Bundesregierung formulierten Ziele des Elterngeldes in der Region Magdeburg erreicht werden.

Das erste Ziel des Elterngeldes, die finanzielle Absicherung nach der Geburt eines Kindes, wurde bei unseren Befragten lediglich teilweise erreicht, da trotz einer hohen mütterlichen Elterngeld-Bezugsquote (96,7%) ein Großteil der Magdeburger Frauen postpartale Einkommenseinbußen für sich selbst (45,7%) bzw. beide Elternteile (18,0%) erwartete. Die im zweiten Ziel angestrebte Verkürzung der Berufsunterbrechungszeit von Frauen durch das Elterngeld konnte anhand unserer Daten nicht bestätigt werden, da die Magdeburger Befragten mit Bezug des Elterngeldes auch über das erste Lebensjahr des Kindes hinaus ihre Berufstätigkeit signifikant länger zu unterbrechen planten, als sie dies (potentiell) vor Einführung des Elterngeldes getan hätten (Chi²-Test, $p < 0,001$). Das dritte Ziel, eine stärkere Beteiligung der Väter an der Elternzeit, wurde in unserer Magdeburger Stichprobe erreicht, da 29,2% der Entbundenen eine geplante Berufsunterbrechung des Vaters angaben. Von einer Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Kinderbetreuung ist jedoch in der Region Magdeburg nicht auszugehen, da die Befragten für die Elterngeldbezugszeit des Vaters mehrheitlich (70,5%) nur den Mindestzeitraum von 2 Monaten erwarteten.

Knapp ein Viertel der befragten Mütter in Magdeburg (22,4%) sprach dem Elterngeld eine Relevanz bei der Geburtsplanung zu. Unsere Analysen ergaben, dass Frauen, die zuvor berufstätig waren (Chi²-Test, $p = 0,036$), Frauen in einem Alter von 31-35 Jahren (Chi²-Test, $p = 0,025$) sowie Frauen, die präpartal ein eigenes Nettomonatseinkommen $> 2000\text{€}$ erzielt hatten (Chi²-Test, $p = 0,011$), mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit angaben, dass das Elterngeld relevant bei der Entscheidung zu ihrer Schwangerschaft war. Diese Ergebnisse deuten auf einen möglichen fertilitätssteigernden Einfluss des Elterngeldes auf berufstätige Frauen im Alter über 30 Jahren mit einem höheren eigenen Einkommen hin. In die Entscheidung für ein Kind spielen jedoch neben finanziellen Anreizen noch eine Vielzahl anderer Faktoren hinein. Eine Determinierung der Einflussmöglichkeit des Elterngeldes zeigte sich in unserer Erhebung durch eine hohe Quote an ungeplanten Schwangerschaften (43,4%) in

der Magdeburger Stichprobe. Ob sich das Elterngeld letztendlich auf eine höhere Gesamtfruchtbarkeitsrate (*TFR*) von Frauen in Deutschland auswirken wird, ist unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes noch nicht mit Sicherheit zu sagen und muss weiter beobachtet werden.

Unser Vergleich der Magdeburger Ergebnisse mit Daten aus dem CH Ste-Foy-lès-Lyon zeigte in der französischen Stichprobe eine signifikant höhere präpartale Vollzeitbeschäftigtenrate von Frauen (Chi²-Test, $p = 0,002$), signifikant kürzere geplante Berufsunterbrechungen von Müttern nach der Geburt des Kindes (Chi²-Test, $p < 0,001$) und signifikant seltener eine erwartete postpartale Verschlechterung ihrer finanziellen Gesamtsituation (Chi²-Test, $p = 0,001$). Des Weiteren erwarteten die Lyoner Entbundenen signifikant seltener eine Beteiligung der Kindsväter an der Elternzeit (Chi²-Test, $p < 0,001$) und beabsichtigten im ersten Lebensjahr des Kindes signifikant häufiger außerhäusliche Kinderbetreuung zu nutzen als die Befragten in Magdeburg (Chi²-Test, $p < 0,001$). Diese Resultate deuten darauf hin, dass die postpartalen Rahmenbedingungen es Müttern in Lyon leichter ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren, als dies für Mütter in Magdeburg der Fall ist. Eine Limitierung unserer Vergleichsanalysen ergab sich aus dem Größenunterschied der beiden Stichprobenumfänge ($N = 700$ in Magdeburg und $N = 84$ in Lyon) sowie aus signifikanten Unterschieden in soziodemographischen Daten der befragten Mütterkollektive. Die Lyoner Entbundenen waren signifikant älter (Chi²-Test, $p = 0,026$) und hatten signifikant häufiger einen hohen Bildungsstand als die Magdeburger Frauen (Chi²-Test, $p < 0,001$). Auch das mütterliche präpartale eigene Einkommen war in Lyon signifikant höher (Chi²-Test, $p = 0,004$). Hinsichtlich der Relevanz familienpolitischer Maßnahmen für die Entscheidung zur Schwangerschaft zeigte sich kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den beiden Stichproben (Chi²-Test, $p = 0,260$). Dieses Ergebnis impliziert, dass es weniger staatliche Fördermaßnahmen sind, die Einfluss auf die Fertilität einer Bevölkerung haben, als vielmehr gesellschaftliche Strukturen und Wertvorstellungen.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Entwicklung der Gesamtfruchtbarkeitsrate (*TFR*) in Deutschland

Abb. 2: Entwicklung der Geburtenzahlen in Deutschland 2000-2013

Abb. 3: Gesamtfruchtbarkeitsrate (*TFR*) der EU-Staaten im Jahr 2010

Abb. 4: Altersverteilung der Mütter an der UFK Magdeburg

Abb. 5: Altersverteilung der Mütter an der UFK Magdeburg (N = 689) und am CH Ste-Foy-lès-Lyon (N = 84) im Vergleich (Chi²-Test, p = 0,026)

Abb. 6: Einkommen der Mütter und der Väter an der UFK Magdeburg im Vergleich (Chi²-Test, p < 0,001)

Abb. 7: Geplante Berufsunterbrechungsdauer der Mütter an der UFK Magdeburg (N = 688) und am CH Ste-Foy-lès-Lyon (N = 82) im Vergleich (Chi²-Test, p < 0,001)

Abb. 8: Erwartete postpartale Veränderung der finanziellen Gesamtsituation der Mütter an der UFK Magdeburg (N = 672) und am CH Ste-Foy-lès-Lyon (N = 81) im Vergleich (Chi²-Test, p = 0,001)

Abb. 9: Geplante Elterngeldbezugszeit der Mütter an der UFK Magdeburg

Abb. 10: Beurteilung des Elterngeldkonzeptes durch die Mütter an der UFK Magdeburg

Abb. 11: Beurteilung des Elterngeldkonzeptes und präpartales Nettomonatseinkommen der Mütter an der UFK Magdeburg (p = 0,006)

Abb. 12: Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung von Müttern an der UFK Magdeburg

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Zusammengefassten Geburtenziffer (*TFR*) und der Geburtenzahlen 2000-2013

Tabelle 2: Stichprobenumfang in Magdeburg und in Lyon

Tabelle 3: Altersverteilung der Erstgebärenden an der UFK Magdeburg

Tabelle 4: Bildungsstand der Mütter an der UFK Magdeburg

Tabelle 5: Bildungsstand der Mütter am CH Ste-Foy-lès-Lyon

Tabelle 6: Planung der Schwangerschaft – Vergleich der beiden Stichproben in Magdeburg und in Lyon (Chi²-Test, $p = 0,002$)

Tabelle 7: Angaben der Mütter an der UFK Magdeburg zur Länge ihrer Berufsunterbrechung – Vergleich der (potentiellen) Dauer vor und nach Einführung des Elterngeldes (Chi²-Test, $p < 0,001$)

Tabelle 8: Geplante Familienleistungsbezüge der Lyoner Befragten

Tabelle 9: Signifikante Korrelationen: Angaben der Mütter an der UFK Magdeburg zum geplanten Elterngeldbezug der Kindsväter

Tabelle 10: Signifikante Korrelationen: Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung von Müttern an der UFK Magdeburg

Literaturverzeichnis

1. Lebendgeborene: Deutschland, Jahre, Geschlecht [Internet]. Statistisches Bundesamt. 2014 [cited 2014 Dec 15]. Available from: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
2. Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren [Internet]. Statistisches Bundesamt. 2012 [cited 2013 Feb 18]. Available from: <https://www.destatis.de/DE/Zahlen/Fakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html>
3. Haub C. 2006 World Population Data Sheet. Washington, D.C.: Population Reference Bureau; 2006.
4. Dinkel RH. Demographie Band 1 Bevölkerungsdynamik. München: Verlag Vahlen; 1989.
5. Padel S. Einführung in die Demographie. Helgum und Berlin: Perspektiv och tid - Reihe Demographie; 2010.
6. Birg H. Do “Babies make a comeback?”: Deutschlands Geburtenrate ist angeblich dabei, auf ein bestandserhaltendes Niveau zu steigen. *Bevölkerungsforsch Aktuell*. 2010;31(2):12–7.
7. Steidle H, Henkel M. Wohlfahrtsstaatliche Einflussfaktoren auf die Geburtenrate in europäischen Ländern. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2010.
8. Recent demographic developments in Europe 2002. Strasbourg: Council of Europe Publishing; 2002.
9. Germany, Period total fertility rates and period total fertility rates by age 40 [Internet]. Human Fertility Database. Max Planck Institute for Demographic Reserch (Germany) and Vienna Institute of Demography (Austria). 2011 [cited 2012 Sep 10]. Available from: www.humanfertility.org
10. United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division. World Population Prospects: The 2006 Revision, Highlights. Working Paper No. ESA/P/WP.202. New York; 2007.
11. Dorbritz J. Germany: Family diversity with low actual and desired fertility. *Demographic Research*. 2008;557–98.
12. Rürup B, Gruescu S. Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2003.
13. Bertram H, Rösler W, Ehlert N. Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2005.
14. Siebter Familienbericht - Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2006.
15. Neyer G. Family policies and fertility in Europe: Fertility policies at the intersection of gender policies, employment policies and care policies. MPIDR Working Paper WP 2006-010. Rostock; 2006.

16. Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Rheinbach: Union Betriebs-GmbH; 2005.
17. Gesetz zur Einführung des Elterngeldes Vom 5. Dezember 2006. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2006 Teil I Nr 56. Bonn; 2006. p. 2748–58.
18. Ehlert N. Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2008.
19. Wrohlich K, Berger E, Geyer J, Haan P. Elterngeld-Monitor Kurzfassung. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2012.
20. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes. Drucksache 16/2454. Berlin: Deutscher Bundestag; 2006.
21. Bujard M. Talsohle bei Akademikerinnen durchschritten? Kinderzahl und Kinderlosigkeit in Deutschland nach Bildungs- und Berufsgruppen, BiB Working Paper 4/2012. Wiesbaden; 2012.
22. Cygan-Rehm K. Wirkungen des Elterngeldes auf die Fertilität – Zum Stand der Kenntnis. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin. 2014;83(1):145–62.
23. Erstes Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes Vom 17. Januar 2009. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2009 Teil I Nr 4. Bonn; 2009. p. 61–2.
24. Haushaltsbegleitgesetz 2011 (HBeglG 2011) Vom 9. Dezember 2010. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil I Nr 63. Bonn; 2010. p. 1885–99.
25. Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs Vom 10. September 2012. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2012 Teil I Nr 42. Bonn; 2012. p. 1878–83.
26. Elterngeld und Elternzeit - Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2013.
27. Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz) Vom 15. Februar 2013. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr 8. Bonn; 2013. p. 254–8.
28. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig zum Betreuungsgeld [Internet]. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2015 [cited 2015 Jul 26]. Available from: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=218230.html>
29. Bundesverfassungsgericht - Urteil vom 21. Juli 2015 (1 BvF 2/13) [Internet]. Bundesverfassungsgericht. 2015 [cited 2015 Jul 26]. Available from: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/07/fs20150721_1bvf000213.html
30. Keine Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Betreuungsgeld - Pressemitteilung Nr. 57/2015 vom 21. Juli 2015 [Internet]. Bundesverfassungsgericht. 2015 [cited 2015 Jul 26]. Available from: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/bvg15-057.html>
31. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Drucksache 18/2583. Berlin: Deutscher Bundestag; 2014.

32. Bujard M, Dorbritz J, Grünheid E, Kühntopf S, Lück D, Naderi R, et al. (Keine) Lust auf Kinder? Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; 2012.
33. Van de Kaa DJ. Europe's Second Demographic Transition. Population Bulletin, Vol 42, No 1. Washington, D.C.: Population Reference Bureau; 1987.
34. Surkyn J, Lesthaeghe R. Wertorientierungen und "second demographic transition" in Nord-, West- und Südeuropa: Eine aktuelle Bestandsaufnahme. Z Bevölkerungswiss. 2004;29(1):63–98.
35. Goldstein JR, Sobotka T, Jasilioniene A. The End of "Lowest-Low" Fertility? MPIDR Working Paper WP 2009-029. Rostock; 2009.
36. Ondrich J, Spiess CK, Yang Q. Barefoot and in a German kitchen: federal parental leave and benefit policy and the return to work after childbirth in Germany. J Popul Econ. 1996;9(3):247–66.
37. Pinl C. Uralt, aber immer noch rüstig: der deutsche Ernährer. Das Parlament - Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2003. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb); 2003. p. 6–11.
38. Eberstadt N. Demographic shocks after communism: Eastern Germany, 1989-93. Popul Dev Rev. 1994;20(1):137–52.
39. Pötzsch O. Geburten in Deutschland. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt; 2012.
40. Destatis. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Natürliche Bevölkerungsbewegung 2010. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt; 2012.
41. Engstler H, Menning S. Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2003.
42. Schaible S, Schweiger M, Kaul A. Unternehmen Familie. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung GmbH; 2006.
43. Veil M. Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland. Das Parlament - Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2003. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb); 2003. p. 12–22.
44. Salles A. La politique familiale allemande: Les limites de l'action de l'État. Crit Int. 2006;31(2):95–117.
45. Onnen-Isemann C. Familienpolitik und Fertilitätsunterschiede in Europa. Das Parlament - Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2003. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb); 2003. p. 31–8.
46. Dorbritz J, Lengerer A, Ruckdeschel K. Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken - Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; 2005.
47. Fagnani J, Math A, Meilland C. Comparaison européenne des aides aux familles - Dossier d'études N° 112. IRES; 2009.
48. Salles A, Rossier C, Brachet S. Understanding the long term effects of family policies on fertility: The diffusion of different family models in France and Germany. Demographic Research. 2010;1057–96.

49. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG). Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2004.
50. Bittman M, Wajcman J. The rush hour: The character of leisure time and gender equity. *Social forces*. 2000;165–89.
51. Kohler H, Billari F, Ortega J. The emergence of lowest-low fertility in Europe during the 1990s. *Popul Dev Rev*. 2002;28(4):641–80.
52. Goldstein JR, Kreyenfeld M. Has East Germany overtaken West Germany? Recent trends in order-specific fertility. *Popul Dev Rev*. 2011;37(3):453–72.
53. Myrskylä M, Kohler H-P, Billari FC. Advances in development reverse fertility declines. *Nature*. 2009;460(8):741–3.
54. Tuljapurkar S. Babies make a comeback. *Nature*. 2009;460(8):693–4.
55. Bertram H, Bujard M, Rösler W. Rush-hour des Lebens: Geburtenaufschub, Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven. *J für Reproduktionsmedizin und Endokrinol*. 2011;8(2):91–9.
56. Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen zum jeweiligen Vorjahr [Internet]. Statistisches Bundesamt. 2014 [cited 2014 Nov 19]. Available from: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/LebendgeboreneDifferenz.html>
57. Bujard M. Familienpolitik und Geburtenrate, Ein internationaler Vergleich. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2011.
58. Neyer G, Andersson G. Consequences of family policies on childbearing behavior: effects or artifacts? *Popul Dev Rev*. 2008;34(4):699–724.
59. Hoem JM. Why does Sweden have such high fertility? *Demographic Research*. 2005;559–72.
60. Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren [Internet]. Statistisches Bundesamt. 2014 [cited 2014 Nov 17]. Available from: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html>
61. Zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate - TFR) [Internet]. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB). 2015 [cited 2015 Jul 26]. Available from: http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/Zusammengefasste_geburtenziffer.html
62. Geborene in Sachsen-Anhalt seit 1966, 2.0/ Daten & Fakten [Internet]. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. 2014 [cited 2014 Nov 19]. Available from: https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/12/126/12612/Geborene_seit_1966.html
63. Geburten der Hauptwohnsitzbevölkerung in der Stadt Magdeburg ab 1990. Landeshauptstadt Magdeburg Amt für Statistik. 2011.
64. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung der Gemeinden - Natürliche Bevölkerungsbewegungen, Wanderungen. Stand 31.12.2012. Halle (Saale): Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; 2013.

65. Gesamtgeburtenzahl je Monat an der Universitätsfrauenklinik 2009/2010. Universitätsfrauenklinik Magdeburg. 2014.
66. Geburtenzahlen an der Universitätsfrauenklinik 2000-2013. Universitätsfrauenklinik Magdeburg. 2014.
67. Fucke B. Geburtenzahlen Sachsen-Anhalts könnten sich bis 2025 erneut halbieren. Zahlen Daten Fakten - Monatsheft des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt 03/2011. Halle (Saale): Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; 2011. p. 5–11.
68. Magdeburger Statistik, Demografiebericht 2011. Magdeburg: Landeshauptstadt Magdeburg Amt für Statistik; 2011.
69. Toulemon L, Pailhé A, Rossier C. France: High and stable fertility. Demographic Research. 2008;503–56.
70. Gauthier AH. The impact of family policies on fertility in industrialized countries: a review of the literature. Population Research and Policy Review. 2007;323–46.
71. Better policies for better lives The OECD at 50 and beyond. Paris: OECD; 2011.
72. Bujard M. Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. Zeitschrift für Fam. 2013;25(2):132–53.
73. Reimer T. Elterngeld - Analyse der Wirkungen. Wiesbaden: Springer VS Results; 2013.
74. Thyrian JR, Fendrich K, Lange A, Haas J-P, Zygmunt M, Hoffmann W. Changing maternity leave policy: Short-term effects on fertility rates and demographic variables in Germany. Social Science & Medicine. 2010.
75. Raute A. Do nancial incentives affect fertility - Evidence from a reform in maternity leave benefits [Internet]. Mimeo. University College London. 2014 [cited 2015 Jun 18]. Available from: <http://annaraute.wordpress.com/research/>
76. Bujard M, Passet J. Wirkungen des Elterngelds auf Einkommen und Fertilität. Zeitschrift für Fam. 2013;25(2):212–37.
77. Gabizon C. France: La fécondité à un niveau record. Le Figaro. 2011 Jan 19;1–2.
78. France, Period total fertility rates and period total fertility rates by age 40 [Internet]. Human Fertility Database. Max Planck Institute for Demographic Reserch (Germany) and Vienna Institute of Demography (Austria). 2011 [cited 2012 Sep 10]. Available from: www.humanfertility.org
79. Eurostat Data Explorer - Fruchbarkeitsziffern nach Alter [Internet]. Eurostat. 2012 [cited 2012 Sep 14]. Available from: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demofrate&lang=de>
80. Dorbritz J, Fux B, Höhn C. Einstellungen zur Familienpolitik in Europa: Ergebnisse eines vergleichenden Surveys in den Ländern des “European Comparative Survey on Population Policy Acceptance (PPA).”München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag; 1997.
81. Aides et services Petite enfance [Internet]. Caf. 2014 [cited 2014 Nov 21]. Available from: <http://www.caf.fr/aides-et-services/s-informer-sur-les-aides/petite-enfance>

82. Aides et services La prime à la naissance et à l'adoption [Internet]. Caf. 2014 [cited 2014 Nov 21]. Available from: <http://www.caf.fr/aides-et-services/s-informer-sur-les-aides/petite-enfance/la-prime-a-la-naissance-et-a-l-adoption>
83. Aides et services L'allocation de base [Internet]. Caf. 2014 [cited 2014 Nov 21]. Available from: <http://www.caf.fr/aides-et-services/s-informer-sur-les-aides/petite-enfance/l-allocation-de-base>
84. Aides et services Le complément de libre choix du mode de garde [Internet]. Caf. 2014 [cited 2014 Nov 21]. Available from: <http://www.caf.fr/aides-et-services/s-informer-sur-les-aides/petite-enfance/le-complement-de-libre-choix-du-mode-de-garde>
85. Aides et services Le complément de libre choix d'activité [Internet]. Caf. 2014 [cited 2014 Nov 21]. Available from: <http://www.caf.fr/aides-et-services/s-informer-sur-les-aides/petite-enfance/le-complement-de-libre-choix-d-activite>
86. Aides et services Les allocations familiales (Af) [Internet]. Caf. 2014 [cited 2014 Nov 21]. Available from: <http://www.caf.fr/aides-et-services/s-informer-sur-les-aides/petite-enfance/les-allocations-familiales>
87. Aides et services Le complément familial [Internet]. Caf. 2014 [cited 2014 Nov 21]. Available from: <http://www.caf.fr/aides-et-services/s-informer-sur-les-aides/enfance-et-jeunesse/le-complement-familial>
88. Aides et services La carte familles nombreuses [Internet]. Caf. 2014 [cited 2014 Nov 21]. Available from: <http://www.caf.fr/aides-et-services/s-informer-sur-les-aides/petite-enfance/la-carte-familles-nombreuses>
89. Luci A. Finanzielle Unterstützung von Familien in Deutschland und Frankreich. Hat Frankreich für erwerbstätige Mütter die Nase vorn? *Z Sozialreform*. 2010;56(1):3–28.
90. Ruckdeschel K. Rabenmutter contra Mère Poule: Kinderwunsch und Mutterbild im deutsch-französischen Vergleich. *Z Bevölkerungswiss*. 2011;34(1-2):105–34.
91. Bauer-Hailer U, Wezel HU. Frankreich: Ein Staat, der Lust auf Kinder macht. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 05/2007. Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; 2007. p. 15–7.
92. Badinter E. *Der Konflikt. Die Frau und die Mutter*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag; 2012.
93. Moulin M. Frankreich: Liebe auf Distanz [Internet]. *Zeit online*. 2013 [cited 2013 Dec 15]. Available from: <http://www.zeit.de/2013/37/frankreich-kinder-staatliche-fruehfoerderung/komplettansicht>
94. Fagnani J. La politique d'accueil de la petite enfance en France: Ombres et lumières. *La Découverte / Trav genre sociétés*. 2001;6(2):105–19.
95. Wiegel M. Familienpolitischer Eklat in Paris. *Frankfurter Allgemeine: Zeitung für Deutschland* Nr 251. 2014 Oct 29;2.
96. Schubert C. Frankreich spart an den Kindern. *Frankfurter Allgemeine: Zeitung für Deutschland* Nr 228. 2014 Oct 1;15.

97. Présentation du pôle gynéco-obstétrical du Centre Hospitalier de Sainte-Foy-lès-Lyon [Internet]. Centre Hospitalier de Sainte Foy-lès-Lyon. 2014 [cited 2014 Nov 18]. Available from: <http://hopital-ste-foy.fr/pole-naissance/index.html#3,0>
98. Wrohlich K, Berger E, Geyer J, Haan P. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 61 Elterngeld-Monitor. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; 2012.
99. Kluve J, Schmidt CM, Tamm M, Winter B. Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit - Endbericht 2008. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2008.
100. Govillot S. Après une naissance, un homme sur neuf réduit ou cesse temporairement son activité contre une femme sur deux. INSEE Première N° 1454. Paris: Institut national de la statistique et des études économiques (Insee); 2013. p. 1–4.
101. Salles A. DGAPanalyse Frankreich - Die französische Familienpolitik: ein Erfolgsmodell unter Reformdruck Oktober 2009 N° 6. Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP); 2009.
102. Familienbilder in Deutschland und Frankreich - Vergleich der Ergebnisse von Repräsentativbefragungen der Bevölkerung im Alter von 16 bis 49 Jahren in beiden Ländern. Allensbach am Bodensee: Institut für Demoskopie Allensbach (IfD); 2013.
103. Das Elterngeld im Urteil der jungen Eltern - Bericht. Institut für Demoskopie Allensbach. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2007.
104. Spiess K, Wrohlich K. The Parental Leave Benefit Reform in Germany: Costs and Labour Market Outcomes of Moving towards the Nordic Model. *Popul Res Policy Rev.* 2008;27(5):575–91.
105. Spiess K, Wrohlich K. Elterngeld: kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet. *DIW Wochenbericht.* 2006;73(48):689–93.
106. Kluve J, Tamm M. Now Daddy's Changing Diapers and Mommy's Making Her Career, *Ruhr Economic Papers* 145. Bochum; 2009.
107. Kluve J, Tamm M. Evaluationsbericht Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz 2009. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2009.
108. Ristau-Winkler M, Meister-Scheufelen G. Familie ja, Kinder nein. Was ist los in Deutschland? *Monitor Familiendemographie* Ausgabe 1-3. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2005.
109. Bericht über die Auswirkungen der §§ 15 und 16 Bundeserziehungsgeldgesetz. Drucksache 15/3400. Berlin: Deutscher Bundestag; 2004.
110. Helfferich C, Kandt I. Wie kommen Frauen zu Kindern - Die Rolle von Planung, Wünschen und Zufall im Lebenslauf. in: *Kontrazeption, Konzeption, Kinder oder keine - Dokumentation einer Expertentagung.* Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA); 1996. p. 51–78.
111. Mazuy M. Avoir un enfant: être prêts emsemble? *Rev des Sci Soc.* 2009;(41):30–41.
112. Feldhaus M, Boehnke M. Ungeplante Schwangerschaften – Wider das Ideal der Naturbeherrschung? in: *Rehberg, KS Die Natur der Gesellschaft - Verhandlungen des 33*

- Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt am Main: Campus Verlag; 2008. p. 1680–93.
113. Geburtenzahlen nach Alter der Mutter Landeshauptstadt Magdeburg. Landeshauptstadt Magdeburg Amt für Statistik. 2011.
 114. Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des Kindes 2011 (biologische Geburtenfolge) nach Bundesländern [Internet]. Statistisches Bundesamt. 2012 [cited 2013 Feb 19]. Available from: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenMutterAlterBundeslaender.html>
 115. Germany, Period fertility rates by calendar year, age and birth cohort [Internet]. Human Fertility Database. Max Planck Institute for Demographic Reserch (Germany) and Vienna Institute of Demography (Austria). 2013 [cited 2013 Dec 15]. Available from: www.humanfertility.org
 116. France, Period fertility rates by calendar year, age and birth cohort [Internet]. Human Fertility Database. Max Planck Institute for Demographic Reserch (Germany) and Vienna Institute of Demography (Austria). 2012 [cited 2013 Dec 15]. Available from: www.humanfertility.org
 117. Familienreport 2011 - Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2012.
 118. Familienreport 2012 - Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2013.
 119. Klenner C, Pfahl S. Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht - Wege aus dem Arbeitszeitdilemma, WSI-Diskussionspapier Nr. 158. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung; 2008.
 120. Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz - KiFöG) Vom 5. März 2003. Landesrecht Sachsen-Anhalt. Magdeburg; 2003.
 121. Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz - KiföG) Vom 10. Dezember 2008. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2008 Teil I Nr 57. Bonn; 2008. p. 2403–9.
 122. Letablier M-T, Pennec S, Büttner O. Opinions, attitudes et aspirations des familles vis-à-vis de la politique familiale en France - Rapport de Recherche. Noisy-le-Grand; 2003.
 123. Testa MR. Special Eurobarometer - Childbearing Preferences and Family Issues in Europe. Wien: Vienna Istitute of Demographie, Austrian Academy of Sciences; 2006.
 124. Vaskovics LA, Mühling T. Wertschätzung der Aufgaben und Leistungen von Familien und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen. ifb-Materialien 4-2003. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb); 2003.
 125. Lansac J. Gynäkologie und Geburtshilfe in Frankreich. Gynakologe. 2002;35(8):751–2.
 126. Universitätsfrauenklinik Magdeburg Geburtshilfliche Station [Internet]. Universitätsfrauenklinik Magdeburg. 2015 [cited 2015 Jul 1]. Available from: <http://www.med.uni-magdeburg.de/unimagdeburg/Kliniken/Frauenklinik/Die+Klinik/Bereich+Geburtshilfe/Geburts+hilfliche+Station.html>

127. Universitätsfrauenklinik Magdeburg Kreißsaal [Internet]. Universitätsfrauenklinik Magdeburg. 2015 [cited 2015 Jul 1]. Available from: <http://www.med.uni-magdeburg.de/unimagdeburg/Kliniken/Frauenklinik/Die+Klinik/Bereich+Geburtshilfe/Kreisaal.html>
128. Geburtenzahlen nach Nationalität der Mutter Landeshauptstadt Magdeburg. Landeshauptstadt Magdeburg Amt für Statistik. 2011.
129. Berufsbildung in Frankreich [Internet]. Centre pour le développement de l'information sur la forme permanente (Centre INFFO). 2007 [cited 2014 Dec 13]. Available from: http://www.centre-inffo.fr/IMG/pdf/FPC_de.pdf
130. Nettoäquivalenzeinkommen [Internet]. Statistisches Bundesamt. 2015 [cited 2015 Jul 2]. Available from: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Glossar/Nettoäquivalenzeinkommen.html>
131. Sozialbericht Sachsen-Anhalt mit integriertem Armuts- und Reichtumsbericht 2010 bis 2013. Magdeburg: Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium für Arbeit und Soziales; 2015.
132. Verfügbares Einkommen je Einwohner ist 2011 gestiegen [Internet]. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. 2015 [cited 2015 Jul 2]. Available from: <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Veroeffentlichungen/Pressemitteilungen/2013/11/93.html>
133. Strukturkompass - Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Indikator K019 - Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner [Internet]. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. 2015 [cited 2015 Jul 2]. Available from: <https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/119>
134. Insee - Commune de Lyon (69123) Résumé statistique [Internet]. INSEE. 2015 [cited 2015 Jul 2]. Available from: <http://www.insee.fr/fr/themes/comparateur.asp?codgeo=com-69123>
135. Schubert C. Wenn blo ganz Frankreich wie Lyon wäre. Frankfurter Allgemeine: Zeitung für Deutschland Nr 144. 2014 Jun 25;20.
136. Insee - Commune de Lyon (69123) - Dossier complet - Chiffres clés évolution et structure de la population [Internet]. INSEE. 2014 [cited 2014 Nov 24]. Available from: http://www.insee.fr/fr/themes/dossier_complet.asp?codgeo=COM-69123
137. 5. Regionalisierte Bevlkerungsprognose 2008 bis 2025 - Kreisfreie Stadt Magdeburg Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung [Internet]. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. 2014 [cited 2014 Nov 25]. Available from: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/bevoelkerung/prognose/index.html>
138. Equal Pay Day: Europäische Frauen verdienen im Schnitt noch immer 16,4% weniger als Männer [Internet]. Europäische Kommission - Pressemitteilung. 2015 [cited 2015 Aug 18]. Available from: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-211_de.html
139. Nikolka T. The Gender Wage Gap in OECD countries. CESifo DICE Rep. 2012;(3):69–71.
140. Verdienstunterschiede von Frauen und Männern bleiben bestehen, Pressemitteilung Nr. 101 vom 21.03.2012 [Internet]. Statistisches Bundesamt. 2014 [cited 2014 Nov 26]. Available from: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12_101_621.html

141. Arbeiten in Frankreich - Steuern [Internet]. Forum Franco-Allemand (FFA). [cited 2015 Jul 26]. Available from: <http://www.dff-ffa.org/de/infobereich/arbeiten-in-frankreich/steuern/>
142. Insee - Commune de Sainte-Foy-lès-Lyon (69202) Résumé statistique [Internet]. INSEE. 2015 [cited 2015 Jul 2]. Available from: <http://www.insee.fr/fr/themes/comparateur.asp?codgeo=com-69202>
143. Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, 2.0/ Daten&Fakten, Interaktive Datenbank [Internet]. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. 2014 [cited 2014 Nov 25]. Available from: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/apps/onlinerecherche/pages/recherche/recherche.php>

Anlage 1: Datentabellen

Tabelle A1: Soziodemographische Daten der Mütter an der UFK Magdeburg

		Anzahl (n)	gültige Procente (%)
Alter			
gültig	< 18 J.	6	0,9
	18-25 J.	172	25,0
	26-30 J.	223	32,4
	31-35 J.	189	27,4
	36-40 J.	82	11,9
	> 40 J.	17	2,5
	gesamt	689	100,0
fehlend	keine Angabe	11	
Höchster Schulabschluss			
gültig	Hochschulabschluss	104	15,1
	Fachhochschulabschluss	100	14,5
	Abitur	86	12,5
	Fachabitur	19	2,8
	Realschulabschluss	269	39,0
	Hauptschulabschluss	74	10,7
	noch in Schulausbildung	6	0,9
	keinen Schulabschluss	10	1,5
	anderes	21	3,0
	gesamt	689	100,0
fehlend	keine Angabe	11	
Parität			
gültig	Para I	371	54,0
	Para II	230	33,5
	Para III	68	9,9
	Para IV-V	15	2,2
	Para VI-VII	2	0,3
	Para > VII	1	0,1
	gesamt	687	100,0
fehlend	keine Angabe	13	
Nationalität			
gültig	deutsch	658	95,2
	andere	33	4,8
	gesamt	691	100,0
fehlend	keine Angabe	9	
Wohnort			
gültig	Magdeburg	484	69,9
	Sachsen-Anhalt	201	29,0
	anderes Bundesland	7	1,0
	gesamt	692	100,0
fehlend	keine Angabe	8	
Familienstand			
gültig	verheiratet	293	42,3
	geschieden	32	4,6
	ledig	366	52,9
	verwitwet	1	0,1
	gesamt	692	100,0
fehlend	keine Angabe	8	
Präpartales Nettomonatseinkommen			
gültig	< 500 €	66	11,0
	500-1000 €	193	32,2
	1100-1500 €	177	29,5
	1600-2000 €	90	15,0
	> 2000 €	58	9,7
	weiß nicht	15	2,5
	gesamt	599	100,0
fehlend	keine Angabe	101	

Tabelle A2: Angaben der Mütter an der UFK Magdeburg zu soziodemographischen Daten der Kindsväter

		Anzahl (n)	gültige Prozente (%)
Alter Vater			
gültig	< 18 J.	1	0,1
	18-25 J.	72	10,4
	26-30 J.	174	25,1
	31-35 J.	211	30,5
	36-40 J.	150	21,7
	> 40 J.	81	11,7
	weiß nicht	3	0,4
	gesamt	692	100,0
fehlend	keine Angabe	8	
Höchster Schulabschluss Vater			
gültig	Hochschulabschluss	113	16,5
	Fachhochschulabschluss	68	9,9
	Abitur	61	8,9
	Fachabitur	21	3,1
	Realschulabschluss	274	39,9
	Hauptschulabschluss	79	11,5
	noch in Schulausbildung	5	0,7
	keinen Schulabschluss	15	2,2
	weiß nicht	40	5,8
	anderes	10	1,5
	gesamt	686	100,0
fehlend	keine Angabe	14	
Nationalität Vater			
gültig	deutsch	650	93,9
	weiß nicht	5	0,7
	andere	37	5,3
	gesamt	692	100,0
fehlend	keine Angabe	8	
Nettomonatseinkommen Vater			
gültig	< 500 €	27	4,8
	500-1000 €	84	15,0
	1100-1500 €	169	30,2
	1600-2000 €	117	20,9
	> 2000 €	118	21,1
	weiß nicht	44	7,9
	gesamt	559	100,0
fehlend	keine Angabe	141	

Tabelle A3: Soziodemographische Daten der Mütter – Vergleich der Stichproben in Magdeburg und in Lyon

		Klinik			
		UFK Magdeburg	CH Ste-Foy-lès-	gesamt	
Vergleich: Altersverteilung der Mütter (Chi²-Test, p = 0,026)					
Alter Mutter	≤ 25 J.	Anzahl (n)	178	10	188
		%	25,8%	11,9%	24,3%
	26-30 J.	Anzahl (n)	223	32	255
		%	32,4%	38,1%	33,0%
	31-35 J.	Anzahl (n)	189	24	213
		%	27,4%	28,6%	27,6%
	> 35 J.	Anzahl (n)	99	18	117
		%	14,4%	21,4%	15,1%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	689	84	773
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Altersverteilung der Erstgebärenden (Chi²-Test, p = 0,620)					
Alter Erstgebärende	≤ 25 J.	Anzahl (n)	122	8	130
		%	33,2%	22,9%	32,3%
	26-30 J.	Anzahl (n)	134	16	150
		%	36,4%	45,7%	37,2%
	31-35 J.	Anzahl (n)	81	8	89
		%	22,0%	22,9%	22,1%
	> 35 J.	Anzahl (n)	31	3	34
		%	8,4%	8,6%	8,4%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	368	35	403
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Bildungsstand der Mütter (Chi²-Test, p < 0,001)					
Bildungsstand Mutter	Niedrig	Anzahl (n)	90	7	97
		%	13,5%	8,6%	13,0%
	Mittel	Anzahl (n)	374	27	401
		%	56,0%	33,3%	53,5%
	Hoch	Anzahl (n)	204	47	251
		%	30,5%	58,0%	33,5%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	668	81	749
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Parität der Mütter (Chi²-Test, p = 0,020)					
Parität	Primipara	Anzahl (n)	371	35	406
		%	54,0%	41,7%	52,7%
	Bipara	Anzahl (n)	230	30	260
		%	33,5%	35,7%	33,7%
	Multipara	Anzahl (n)	86	19	105
		%	12,5%	22,6%	13,6%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	687	84	771
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Familienstand der Mütter (Chi²-Test, p = 0,149)					
Familienstand	verheiratet	Anzahl	293	40	333
		%	42,3%	48,2%	43,0%
	ledig	Anzahl	366	36	402
		%	52,9%	43,4%	51,9%
	sonstige	Anzahl	33	7	40
		%	4,8%	8,4%	5,2%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	692	83	775
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Präpartales Nettomonatseinkommen der Mütter (Chi²-Test, p = 0,004)					
Einkommen Mutter	< 1000 €	Anzahl (n)	259	18	277
		%	44,3%	24,3%	42,1%
	1100-2000 €	Anzahl (n)	267	44	311
		%	45,7%	59,5%	47,3%
	> 2000 €	Anzahl (n)	58	12	70
		%	9,9%	16,2%	10,6%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	584	74	658
		%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle A4: Alter und Nationalität der Mütter – Vergleich der Stichprobe aus der Universitätsfrauenklinik (UFK) mit den Daten der Landeshauptstadt Magdeburg (MD) 2009-2010

			UFK	MD
Vergleich: Altersverteilung der Mütter (Chi²-Test, p = 0,115)				
Alter Mutter	< 18 J.	Anzahl (n)	6	42
		%	0,9%	1,1%
	18-25 J.	Anzahl (n)	172	1157
		%	25,0%	29,1%
	26-30 J.	Anzahl (n)	223	1328
		%	32,4%	33,4%
	31-35 J.	Anzahl (n)	189	969
		%	27,4%	24,4%
	36-40 J.	Anzahl (n)	82	406
		%	11,9%	10,2%
	> 40 J.	Anzahl (n)	17	74
		%	2,5%	1,9%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	689	3976
		%	100,0%	100,0%
Vergleich: Nationalität der Mütter (Chi²-Test, p < 0,001)				
Nationalität	deutsch	Anzahl (n)	658	3603
		%	95,2%	90,6%
	andere	Anzahl (n)	33	373
		%	4,8%	9,4%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	691	3976
		%	100,0%	100,0%

Datenquellen: Geburtenzahlen nach Alter der Mutter 2009-2010, Amt für Statistik Magdeburg, 2011 (113), Geburtenzahlen nach Nationalität der Mutter 2009-2010, Amt für Statistik Magdeburg, 2011 (128), Eigene Zusammenfassung und tabellarische Darstellung

Tabelle A5: Korrelation: Parität und Bildungsstand der Mütter (UFK Magdeburg sowie CH Ste-Foy-lès-Lyon)

		Bildungsstand Mutter				
			Niedrig	Mittel	Hoch	gesamt
UFK Magdeburg (Chi²-Test, p = 0,022)						
Parität	Primipara	Anzahl (n)	49	198	113	360
		%	55,1%	53,2%	56,2%	54,4%
	Bipara	Anzahl (n)	21	133	69	223
		%	23,6%	35,8%	34,3%	33,7%
	Multipara	Anzahl (n)	19	41	19	79
		%	21,3%	11,0%	9,5%	11,9%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	89	372	201	662
		%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
CH Ste-Foy-lès-Lyon (Chi²-Test, p = 0,297)						
	Primipara	Anzahl (n)	3	14	17	34
		%	42,9%	51,8%	36,2%	42,0%
	Bipara	Anzahl (n)	1	8	21	30
		%	14,2%	29,6%	44,7%	37,0%
	Multipara	Anzahl (n)	3	5	9	17
		%	42,9%	18,6%	19,1%	21,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	7	27	47	81
		%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle A6: Hauptwohnsitz der Mütter am CH Ste-Foy-lès-Lyon

gültig		Anzahl (n)	gültige Prozente (%)
	Lyon	47	56,0
	<i>Rhône-Alpes</i>	35	41,7
	<i>anderes Département</i>	2	2,4
	gesamt	84	100,0

Tabelle A7: Einkommen der Mütter und der Väter an der UFK Magdeburg im Vergleich (Chi²-Test, p < 0,001)

			Elternteil		gesamt
			Mutter	Vater	
Nettomonatseinkommen	≤ 1000 €	Anzahl (n)	259	111	370
		%	44,3%	21,6%	33,7%
	1000-2000 €	Anzahl (n)	267	286	553
		%	45,7%	55,5%	50,3%
	> 2000 €	Anzahl (n)	58	118	176
		%	9,9%	22,9%	16,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	584	515	1099
		%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle A8: Signifikante Korrelationen: Planung der Schwangerschaft der Mütter an der UFK Magdeburg

		Planung der Schwangerschaft					gesamt
		mehrere Monate	mehrere Jahre	nicht direkt	gar nicht		
Planung der Schwangerschaft und Bildungsstand der Mütter (Chi²-Test, p < 0,001)							
Bildungsstand	Niedrig	Anzahl (n)	19	4	41	21	85
		%	22,4%	4,7%	48,2%	24,7%	100,0%
	Mittel	Anzahl (n)	168	42	104	52	366
		%	45,9%	11,5%	28,4%	14,2%	100,0%
	Hoch	Anzahl (n)	117	23	52	9	201
		%	58,2%	11,4%	25,9%	4,5%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	304	69	197	82	652
		%	46,6%	10,6%	30,2%	12,6%	100,0%
Planung der Schwangerschaft und Alter der Mütter (Chi²-Test, p < 0,001)							
Alter	< 18 J.	Anzahl (n)	1	0	1	4	6
		%	16,7%	0,0%	16,7%	66,7%	100,0%
	18-25 J.	Anzahl (n)	59	7	61	39	166
		%	35,5%	4,2%	36,7%	23,5%	100,0%
	26-30 J.	Anzahl (n)	123	18	64	16	221
		%	55,7%	8,1%	29,0%	7,2%	100,0%
	31-35 J.	Anzahl (n)	92	25	48	16	181
		%	50,8%	13,8%	26,5%	8,8%	100,0%
	36-40 J.	Anzahl (n)	29	15	28	10	82
		%	35,4%	18,3%	34,1%	12,2%	100,0%
	> 40 J.	Anzahl (n)	5	6	4	2	17
		%	29,4%	35,3%	23,5%	11,8%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	309	71	206	87	673
		%	45,9%	10,5%	30,6%	12,9%	100,0%

Tabelle A9: Berufstätigkeit der Eltern an der UFK Magdeburg

		Anzahl (n)	gültige Procente (%)
Berufstätigkeit Mutter			
gültig	Ja	489	69,9
	Nein, arbeitslos	99	14,1
	Hausfrau	44	6,3
	Ausbildung	55	7,9
	Nein, gar nicht	13	1,9
	gesamt	700	100,0
Beschäftigungsumfang Mutter			
gültig	Vollzeit	339	48,4
	Teilzeit	125	17,9
	aushilfsweise	10	1,4
	Ausbildung	55	7,9
	arbeitslos	99	14,1
	Hausfrau	44	6,3
	gar nicht	12	1,7
	anderes	16	2,3
	gesamt	700	100,0
Berufstätigkeit Vater			
gültig	Ja	572	82,4
	Nein, arbeitslos	73	10,5
	Hausmann	4	0,6
	Ausbildung	29	4,2
	Nein, gar nicht	6	0,9
	weiß nicht	10	1,4
	gesamt	694	100,0
fehlend	keine Angabe	6	
Beschäftigungsumfang Vater			
gültig	Vollzeit	547	78,5
	Teilzeit	21	3,0
	aushilfsweise	4	0,6
	Hausmann	4	0,6
	Ausbildung	29	4,2
	arbeitslos	72	10,3
	gar nicht	6	0,9
	weiß nicht	13	1,9
	anderes	1	0,1
	gesamt	697	100,0
fehlend	keine Angabe	3	

Tabelle A10: Berufstätigkeit sowie postpartale Einkünfte – Vergleich der Stichproben in Magdeburg und Lyon

		Klinik			
			UFK Magdeburg	CH Ste-Foy-lès-Lyon	gesamt
Vergleich: Berufstätigkeit der Mütter (Chi²-Test, p = 0,018)					
Berufstätigkeit Mutter	Ja	Anzahl (n)	489	62	551
		%	69,9%	73,8%	70,3%
	Nein, arbeitslos	Anzahl (n)	99	4	103
		%	14,1%	4,8%	13,1%
	Hausfrau	Anzahl (n)	44	11	55
		%	6,3%	13,1%	7,0%
	Ausbildung	Anzahl (n)	55	5	60
		%	7,9%	6,0%	7,7%
	Nein, gar nicht	Anzahl (n)	13	2	15
		%	1,9%	2,4%	1,9%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	700	84	784
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Beschäftigungsumfang der Mütter (Chi²-Test, p = 0,002)					
Beschäftigungsumfang	Vollzeit	Anzahl (n)	339	53	392
		%	48,4%	63,1%	50,0%
	Teilzeit	Anzahl (n)	125	6	131
		%	17,9%	7,1%	16,7%
	aus hilfsweise	Anzahl (n)	10	0	10
		%	1,4%	0,0%	1,3%
	Ausbildung	Anzahl (n)	55	5	60
		%	7,9%	6,0%	7,7%
	arbeitslos	Anzahl (n)	99	4	103
		%	14,1%	4,8%	13,1%
	Hausfrau	Anzahl (n)	44	11	55
		%	6,3%	13,1%	7,0%
	gar nicht	Anzahl (n)	12	0	12
		%	1,7%	,0%	1,5%
	anderes	Anzahl (n)	16	5	21
		%	2,3%	6,0%	2,7%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	700	84	784
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Geplante Berufsunterbrechungsdauer der Mütter (Chi²-Test, p < 0,001)					
Geplante Berufsunterbrechungsdauer	2-8 Mo.	Anzahl (n)	110	63	173
		%	16,0%	76,8%	22,5%
	9-12 Mo.	Anzahl (n)	368	3	371
		%	53,5%	3,7%	48,2%
	13-24 Mo.	Anzahl (n)	140	4	144
		%	20,3%	4,9%	18,7%
	> 24 Mo.	Anzahl (n)	70	12	82
		%	10,2%	14,6%	10,6%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	688	82	770
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Geplante Berufsunterbrechung der Väter (Chi²-Test, p < 0,001)					
Geplante Berufsunterbrechung Vater	Ja	Anzahl (n)	198	3	201
		%	29,2%	3,6%	26,4%
	Nein	Anzahl (n)	479	80	559
		%	70,8%	96,4%	73,6%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	677	83	760
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Erwartete postpartale Veränderung der finanziellen Gesamtsituation (Chi²-Test, p = 0,001)					
Finanzielle Veränderung	Ja, mehr Geld	Anzahl (n)	98	7	105
		%	14,6%	8,6%	13,9%
	Ja, weniger Geld	Anzahl (n)	455	45	500
		%	67,7%	55,6%	66,4%
	Nein, gleich viel	Anzahl (n)	119	29	148
		%	17,7%	35,8%	19,7%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	672	81	753
		%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle A11: Korrelation: Parität und Beschäftigungsumfang der Mütter (UFK Magdeburg sowie CH Ste-Foy-lès-Lyon)

		Beschäftigungsumfang Mutter									
		Vollzeit	Teilzeit	Aushilfe	Ausbildung	arbeitslos	Hausfrau	gar nicht	andere	gesamt	
UFK Magdeburg (Chi²-Test, p < 0,001)											
Parität	Primipara	Anzahl (n)	214	42	5	35	49	8	9	9	371
		%	57,7%	11,3%	1,3%	9,4%	13,2%	2,2%	2,4%	2,4%	100,0%
	Bipara	Anzahl (n)	102	59	1	16	30	15	2	5	230
		%	44,3%	25,7%	0,4%	7,0%	13,0%	6,5%	0,9%	2,2%	100,0%
	Multipara	Anzahl (n)	21	20	3	4	17	18	1	2	86
		%	24,4%	23,3%	3,5%	4,7%	19,8%	20,9%	1,2%	2,3%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	337	121	9	55	96	41	12	16	687
		%	49,1%	17,6%	1,3%	8,0%	14,0%	6,0%	1,7%	2,3%	100,0%
CH Ste-Foy-lès-Lyon (Chi²-Test, p = 0,437)											
Parität	Primipara	Anzahl (n)	23	0	0	3	1	4	0	4	35
		%	65,7%	0,0%	0,0%	8,6%	2,9%	11,4%	0,0%	11,4%	100,0%
	Bipara	Anzahl (n)	19	4	0	1	2	3	0	1	30
		%	63,3%	13,3%	0,0%	3,3%	6,7%	10,0%	0,0%	3,3%	100,0%
	Multipara	Anzahl (n)	11	2	0	1	1	4	0	0	19
		%	57,9%	10,5%	0,0%	5,3%	5,3%	21,1%	0,0%	0,0%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	53	6	0	5	4	11	0	5	84
		%	63,1%	7,1%	0,0%	6,0%	4,8%	13,1%	0,0%	6,0%	100,0%

Tabelle A12: Geplante Berufsunterbrechung sowie postpartale Einkünfte der Mütter an der UFK Magdeburg

		Anzahl (n)		gültige Prozte (%)	
Geplante Berufsunterbrechungsdauer					
gültig	2 Mo.	25	3,6		
	3-4 Mo.	27	3,9		
	5-8 Mo.	58	8,4		
	9-12 Mo.	368	53,5		
	13-24 Mo.	140	20,3		
	> 24 Mo.	47	6,8		
	gar nicht	23	3,3		
	gesamt	688	100,0		
fehlend	keine Angabe	12			
Geplanter Beschäftigungsumfang bei Wiederaufnahme der Berufstätigkeit					
gültig	Vollzeit	287	42,5		
	Teilzeit	305	45,2		
	stundenweise	52	7,7		
	gar nicht	26	3,9		
	anderes	5	0,7		
	gesamt	675	100,0		
fehlend	keine Angabe	25			
Erwartete Einkommenseinbußen					
gültig	Ja, Mutter	315	45,7		
	Ja, Vater	13	1,9		
	Ja, beide Elternteile	124	18,0		
	Nein, beide Elternteile nicht	98	14,2		
	weiß nicht	139	20,2		
	gesamt	689	100,0		
fehlend	keine Angabe	11			
Erwartete Veränderung der finanziellen Gesamtsituation					
gültig	Ja, mehr Geld	98	14,6		
	Ja, weniger Geld	455	67,7		
	Nein, gleichviel Geld	119	17,7		
	gesamt	672	100,0		
fehlend	keine Angabe	28			

Tabelle A13: Angaben zum Elterngeldbezug der Mütter an der UFK Magdeburg

		Anzahl (n)	Gültige Prozente (%)
Bekanntheit des Elterngeldes			
gültig	Ja, vor der Schwangerschaft	307	44,1
	Ja, während der Schwangerschaft	330	47,4
	Ja, flüchtig	55	7,9
	Nein	4	0,6
	gesamt	696	100,0
fehlend	keine Angabe	4	
Geplanter Elterngeldbezug Mutter			
gültig	Ja, in Vollzeit	542	78,9
	Ja, in Teilzeit	122	17,8
	Nein	23	3,3
	gesamt	687	100,0
fehlend	keine Angabe	13	
Geplante Elterngeldbezugszeit Mutter			
gültig	2 Mo.	6	0,9
	3-4 Mo.	7	1,0
	5-8 Mo.	43	6,3
	9-12 Mo.	488	70,9
	13-14 Mo.	53	7,7
	> 14 Mo.	68	9,9
	gar nicht	23	3,3
	gesamt	688	100,0
fehlend	keine Angabe	12	
Potentielle Berufsunterbrechungsdauer ohne Existenz des Elterngeldes			
gültig	2 Mo.	53	7,8
	3-4 Mo.	56	8,2
	5-8 Mo.	82	12,0
	9-12 Mo.	253	37,0
	13-24 Mo.	52	7,6
	> 24 Mo.	13	1,9
	weiß nicht	174	25,5
	gesamt	683	100,0
fehlend	keine Angabe	17	

Tabelle A14: Geplanter Bezug von Familienleistungen sowie deren Relevanz bei der Geburtsplanung – Vergleich der Stichproben in Magdeburg und in Lyon

			Klinik		gesamt
			UFK Magdeburg	CH Ste-Foy-lès-Lyon	
Vergleich: Bezug Elterngeld bzw. Complément de libre choix d'activité (Clca) (Chi²-Test, p < 0,001)					
Bezug Elterngeld bzw. Clca	Ja	Anzahl (n)	664	27	691
		%	96,7%	33,3%	90,0%
	Nein	Anzahl (n)	23	54	77
		%	3,3%	66,7%	10,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	687	81	768
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Vergleich: Relevanz der Familienleistungen für die Entscheidung zur Schwangerschaft (p = 0,260)					
Relevanz Familienleistungen	sehr wichtig	Anzahl (n)	64	5	69
		%	9,2%	6,0%	8,9%
	wichtig	Anzahl (n)	91	17	108
		%	13,2%	20,5%	13,9%
	wenig wichtig	Anzahl (n)	156	19	175
		%	22,5%	22,9%	22,6%
	unwichtig	Anzahl (n)	381	42	423
		%	55,1%	50,6%	54,6%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	692	83	775
		%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle A15: Angaben der Mütter an der UFK Magdeburg zum geplanten Elterngeldbezug der Kindsväter und deren geplanter Berufsunterbrechung

		Anzahl (n)	gültige Prozenze (%)
Geplanter Elterngeldbezug Vater			
gültig	Ja, Vollzeit	153	22,6
	Ja, Teilzeit	45	6,6
	Nein	479	70,8
	gesamt	677	100,0
fehlend	keine Angabe	23	
Geplante Elterngeldbezugszeit Vater			
gültig	1-2 Mo.	139	20,6
	3-4 Mo.	23	3,4
	5-8 Mo.	12	1,8
	9-12 Mo.	17	2,5
	> 12 Mo.	6	0,9
	gar nicht	479	70,9
	gesamt	676	100,0
fehlend	keine Angabe	24	
Potentielle Berufsunterbrechung des Vaters ohne Elterngeld			
gültig	Ja	39	18,6
	Nein	136	64,8
	weiß nicht	35	16,7
	Gesamt	210	100,0
fehlend	kein Elterngeldbezug	479	
	keine Angabe	11	

Tabelle A16: Elterngeldbezug der Eltern an der UFK Magdeburg

Elterngeldbezug Vater		Anzahl (n)	Elterngeldbezug Mutter			gesamt
			Ja, Vollzeit	Ja, Teilzeit	Nein	
Ja, Vollzeit	Anzahl (n)	115	25	12	152	
	%	21,8%	21,0%	52,2%	22,7%	
Ja, Teilzeit	Anzahl (n)	34	11	0	45	
	%	6,5%	9,2%	0,0%	6,7%	
Nein	Anzahl (n)	378	83	11	472	
	%	71,7%	69,7%	47,8%	70,6%	
gesamt	Gesamtzahl (N)	527	119	23	669	
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	

Tabelle A17: Beurteilung des Elterngeldes sowie Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung von Müttern an der UFK Magdeburg

		Anzahl (n)	Gültige Prozenze (%)
Beurteilung Bezugszeit			
gültig	ausreichend	433	63,9
	zu kurz	240	35,4
	zu lang	5	0,7
	gesamt	678	100,0
fehlend	keine Angabe	22	
Beurteilung Elterngeldhöhe			
gültig	angemessen	393	58,4
	zu niedrig	279	41,5
	zu hoch	1	0,1
	gesamt	673	100,0
fehlend	keine Angabe	27	
Beurteilung Konzept			
gültig	sehr gut	31	4,6
	gut	258	38,0
	mittelmäßig	277	40,8
	akzeptabel	88	13,0
	schlecht	25	3,7
	gesamt	679	100,0
fehlend	keine Angabe	21	
Relevanz des Elterngeldes für die Entscheidung zur Schwangerschaft			
gültig	sehr wichtig	64	9,2
	wichtig	91	13,2
	wenig wichtig	156	22,5
	unwichtig	381	55,1
	gesamt	692	100,0
fehlend	keine Angabe	8	
Entscheidung für die Schwangerschaft ohne Elterngeld			
gültig	Ja	531	94,1
	Nein	33	5,9
	gesamt	564	100,0
fehlend	Schwangerschaft nicht geplant	122	
	keine Angabe	14	
Einigkeit mit dem Partner			
gültig	Ja	598	97,6
	Nein	15	2,4
	gesamt	613	100,0
fehlend	keine Angabe	87	
Geschwisterbonus relevant für weitere Schwangerschaft			
gültig	Ja	184	27,0
	Nein	497	73,0
	gesamt	681	100,0
fehlend	keine Angabe	19	

Tabelle A18: Signifikante Korrelationen: Beurteilung des Elterngeldkonzeptes von Müttern an der UFK Magdeburg

		Beurteilung Konzept						
			sehr gut	gut	mittelmäßig	akzeptabel	schlecht	gesamt
Beurteilung Konzept und präpartales Nettomonatseinkommen Mutter (Chi²-Test, p = 0,006)								
Einkommen	≤ 1000 €	Anzahl (n)	10	78	111	36	15	250
		%	4,0%	31,2%	44,4%	14,4%	6,0%	100,0%
	1100-2000 €	Anzahl (n)	5	116	103	30	8	262
		%	1,9%	44,3%	39,3%	11,5%	3,1%	100,0%
	> 2000 €	Anzahl (n)	5	28	21	3	1	58
		%	8,6%	48,3%	36,2%	5,2%	1,7%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	20	222	235	69	24	570
		%	3,5%	38,9%	41,2%	12,1%	4,2%	100,0%
Beurteilung Konzept und Bildungsstand Mutter (Chi²-Test, p < 0,001)								
Bildungsstand	Niedrig	Anzahl (n)	12	31	22	15	5	85
		%	14,1%	36,5%	25,9%	17,6%	5,9%	100,0%
	Mittel	Anzahl (n)	6	130	173	48	12	369
		%	1,6%	35,2%	46,9%	13,0%	3,3%	100,0%
	Hoch	Anzahl (n)	12	89	69	22	7	199
		%	6,0%	44,7%	34,7%	11,1%	3,5%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	30	250	264	85	24	653
		%	4,6%	38,3%	40,4%	13,0%	3,7%	100,0%

Tabelle A19: Nichtsignifikante Korrelationen: Relevanz des Elterngeldes bei der Geburtsplanung von Müttern an der UFK Magdeburg

		Relevanz des Elterngeldes					
			sehr wichtig	wichtig	wenig wichtig	unwichtig	gesamt
Relevanz des Elterngeldes und Bildungsstand der Mutter (Chi²-Test, p = 0,111)							
Bildungsstand	Niedrig	Anzahl (n)	13	13	18	44	88
		%	14,8%	14,8%	20,5%	50,0%	100,0%
	Mittel	Anzahl (n)	33	41	79	219	372
		%	8,9%	11,0%	21,2%	58,9%	100,0%
	Hoch	Anzahl (n)	17	31	56	100	204
		%	8,3%	15,2%	27,5%	49,0%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	63	85	153	363	664
		%	9,5%	12,8%	23,0%	54,7%	100,0%
Relevanz des Elterngeldes und Familienstand der Mutter (Chi²-Test, p = 0,149)							
Familienstand	verheiratet	Anzahl (n)	31	36	70	155	292
		%	10,6%	12,3%	24,0%	53,1%	100,0%
	geschieden	Anzahl (n)	1	3	8	19	31
		%	3,2%	9,7%	25,8%	61,3%	100,0%
	ledig	Anzahl (n)	31	51	76	206	364
		%	8,5%	14,0%	20,9%	56,6%	100,0%
	verwitwet	Anzahl (n)	1	0	0	0	1
		%	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	64	90	154	380	688
		%	9,3%	13,1%	22,4%	55,2%	100,0%
Relevanz des Elterngeldes und Parität der Mutter (Chi²-Test, p = 0,479)							
Parität	Primipara	Anzahl (n)	31	55	84	200	370
		%	8,4%	14,9%	22,7%	54,1%	100,0%
	Bipara	Anzahl (n)	22	25	57	125	229
		%	9,6%	10,9%	24,9%	54,6%	100,0%
	Multipara	Anzahl (n)	9	10	13	52	84
		%	10,7%	11,9%	15,5%	61,9%	100,0%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	62	90	154	377	683
		%	9,1%	13,2%	22,5%	55,2%	100,0%

Tabelle A20: Erwartete soziale Unterstützung bei der Kinderbetreuung für Mütter an der UFK Magdeburg

		Anzahl (n)	% von N = 695
gültig	Kindsvater	652	93,8
	Lebenspartner	11	1,6
	eigene Eltern	541	77,8
	eigene Geschwister	139	20,0
	eigene ältere Kinder	91	13,1
	Freunde / Nachbarn / Verwandte	199	28,6
	öffentliche Kita	202	29,1
	private Kita	20	2,9
	keine	5	0,7
	andere	9	1,2
	gesamt	1869	268,8
	Gesamtzahl (N)	695	100,0
fehlend	keine Angabe	5	

Tabelle A21: Geplante Inanspruchnahme außerhäuslicher Kinderbetreuung sowie Relevanz des Elterngeldes (Magdeburg) versus Relevanz eines Betreuungsplatzes (Lyon) – Vergleich der beiden Stichproben

		Klinik			
			UFK Magdeburg	CH Ste-Foy-lès-Lyon	gesamt
Geplante Inanspruchnahme außerhäuslicher Kinderbetreuung (Chi²-Test, p < 0,001)					
außerhäusliche Kinderbetreuung geplant	Ja	Anzahl (n)	222	62	287
		%	31,9%	74,7%	36,9%
	Nein	Anzahl (n)	473	21	491
		%	68,1%	25,3%	63,1%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	695	83	778
		%	100,0%	100,0%	100,0%
Relevanz Elterngeld (Magdeburg) bzw. Betreuungsplatz (Lyon) bei der Geburtsplanung (Chi²-Test, p = 0,082)					
Relevanz Elterngeld (MD)	sehr wichtig	Anzahl (n)	64	11	75
Relevanz Betreuungsplatz (Lyon)		%	9,2%	13,9%	9,7%
	wichtig	Anzahl (n)	91	16	107
		%	13,2%	20,3%	13,9%
	wenig wichtig	Anzahl (n)	156	11	167
		%	22,5%	13,9%	21,7%
	unwichtig	Anzahl (n)	381	41	422
		%	55,1%	51,9%	54,7%
	gesamt	Gesamtzahl (N)	692	79	771
		%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle A22: Angaben der Mütter am CH Ste-Foy-lès-Lyon zur Kinderbetreuung

		Anzahl (n)	Gültige Prozente (%)
Fester Betreuungsplatz			
gültig	Ja, öffentliche Kita	2	2,4
	Ja, private Kita	0	0,0
	Ja, betriebseigene Kita	0	0,0
	Ja, Tagesmutter in deren Haus	18	21,4
	Ja, Tagesmutter im eigenen Haus	0	0,0
	Ja, maison d'assistantes	2	2,4
	Nein, noch nicht	53	63,1
	kein Betreuungswunsch	9	10,7
	gesamt	84	100,0
Beurteilung Betreuungsplatzsuche			
gültig	sehr leicht	1	1,2
	leicht	4	4,8
	mittelmäßig	19	22,9
	schwierig	25	30,1
	sehr schwierig	28	33,7
	weiß nicht	6	7,2
	gesamt	83	100,0
fehlend	keine Angabe	1	
Beurteilung Betreuungskosten			
gültig	angemessen	36	47,4
	zu niedrig	0	0,0
	zu hoch	40	52,6
	gesamt	76	100,0
fehlend	keine Angabe	8	
Relevanz fester Betreuungsplatz für die Entscheidung zur Schwangerschaft			
gültig	sehr wichtig	11	13,9
	wichtig	16	20,3
	wenig wichtig	11	13,9
	unwichtig	41	51,9
	gesamt	79	100,0
fehlend	keine Angabe	5	

Tabelle A23: Handschriftliche Anmerkungen der Befragten zu Familienleistungen und zur Befragung

Anmerkungen / Kritik der Magdeburger Befragten zum Elterngeld			
		Anzahl (n)	% von N = 178
gültig	Höhe Elterngeldsatz zu gering	49	27,5
	Dauer Elterngeldzahlung zu kurz	36	20,2
	Antragstellung zu kompliziert / bürokratisch	29	16,3
	Berechnung des Elterngeldsatzes kompliziert / ungerecht	28	15,7
	Elterngeld zu wenig flexibel	18	10,1
	Zufriedenheit mit den Elterngeldregelungen	5	2,8
	anderes	13	7,4
	Gesamtzahl (N)	178	100,0
fehlend	keine Angabe	522	
Staatliche Leistungen, die Magdeburger Befragte für wichtig erachten			
		Anzahl (n)	% von N = 221
gültig	finanzielle Transferleistungen für Familien	138	62,4
	Kinderbetreuungsmöglichkeiten	80	36,2
	Vereinbarkeit von Beruf und Familie	18	8,1
	staatliche Leistungen prinzipiell irrelevant	21	9,5
	anderes	7	3,2
	gesamt	264	119,5
	Gesamtzahl (N)	221	100,0
fehlend	keine Angabe	479	
Staatliche Leistungen, die Lyoner Befragte für wichtig erachten			
		Anzahl (n)	% von N = 58
gültig	Kinderbetreuungsmöglichkeiten	33	56,9
	finanzielle Transferleistungen für Familien	24	41,4
	anderes	1	1,7
	Gesamtzahl (N)	58	100,0
fehlend	keine Angabe	25	
Anmerkungen / Kritik der Magdeburger Befragten zum Fragebogen			
		Anzahl (n)	% von N = 53
	Verbesserungsvorschlag / Kritik an Formulierungen	33	60,0
	Fragen zu persönlich	2	3,6
	Umfang des Fragebogens zu groß	2	3,6
	positive Anmerkung zum Fragebogen / Thema	12	21,8
	anderes	6	11,0
	Gesamtzahl (N)	55	100,0
fehlend	keine Angabe	645	
Anmerkungen / Kritik der Lyoner Befragten zum Fragebogen			
		Anzahl (n)	% von N = 15
gültig	Verbesserungsvorschlag / Kritik an Formulierungen	4	26,7
	Gesellschaftliche Strukturen wichtiger als staatliche Leistungen	4	26,7
	Kritik an frz. Familienleistungen (<i>Allocations familiales</i>)	4	26,7
	positive Anmerkung zum Fragebogen / Thema	2	13,3
	anderes	1	6,6
	Gesamtzahl (N)	15	100,0
fehlend	keine Angabe	69	

Anlage 2: Fragebogen Magdeburg



UNIVERSITÄTSKLINIKUM MAGDEBURG A.ö.R.
Universitätsfrauenklinik
Direktor: Prof. Dr. med. Dr. h.c. S.-D. Costa



„Geburtenentwicklung nach Einführung des Elterngeldes“

Liebe Mutter,

Sie befinden sich gerade in einer sehr besonderen Lebenssituation, denn Sie haben kürzlich ein Kind geboren oder werden in naher Zukunft entbinden. Ihr Leben wird sich durch dieses Ereignis in vielerlei Hinsicht verändern. Auch im finanziellen Bereich wird eine Umstellung auf Sie zukommen. Um Sie in diesem Punkt ein wenig zu entlasten, gibt es, wie Ihnen sicherlich bekannt ist, seit dem 1. Januar 2007 das so genannte „Elterngeld“ des Bundesfamilienministeriums.

Es ist nun sehr interessant zu erfahren, wie das „**Elterngeld**“ von Eltern wie Ihnen tatsächlich angenommen und bewertet wird.

Um **Ihre Meinung** zum „Elterngeld“ zu erfahren und daraufhin gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge anregen zu können, bitte wir Sie, den folgenden Fragebogen zu beantworten.

Selbstverständlich werden Ihre Daten streng vertraulich behandelt und der Fragebogen wird ohne jegliche Zuordnung zu Ihrer Person oder Ihrem Namen gesammelt und ausgewertet.

Vielen Dank für Ihre Mühe und alles Gute für Sie und Ihre Familie.

Christine Kempa (Medizinstudentin 4. Studienjahr)

Prof. Dr. med. Dr. h.c. S.-D. Costa

Dr. med.l. Berek



UNIVERSITÄTSKLINIKUM MAGDEBURG A.ö.R.
Universitätsfrauenklinik
Direktor: Prof. Dr. med. Dr. h.c. S.-D. Costa



„Geburtenentwicklung nach Einführung des Elterngeldes“

Einwilligungserklärung/ Datenschutzerklärung

Mit der Teilnahme an dieser Umfrage erklären Sie sich einverstanden, dass die Universität Magdeburg studienbezogene Daten im Rahmen und zum Zwecke des o. g. Forschungsvorhabens sammelt und verarbeitet. Weiterhin stimmen Sie zu, dass die erhobenen Daten anonymisiert, d. h. ohne Zuordnung Ihres Namens zu den Daten, gespeichert und wissenschaftlich ausgewertet werden dürfen.

Unabhängig davon, ob Sie an dieser Umfrage teilnehmen oder nicht, werden Sie mit der größtmöglichen Sorgfalt behandelt und versorgt werden. Sie können Ihr Einverständnis jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen, ohne dass Ihnen daraus Nachteile erwachsen.

Name d. Patientin

Unterschrift d. Patientin

Dr. med. I. Berek



„Geburtenentwicklung nach Einführung des Elterngeldes“

Hinweis:

Liebe Mutter, legen Sie sich bitte auf **eine** Antwort fest, falls es nicht anders vermerkt ist.

Vielen Dank

1. Fragen zum „Elterngeld“ und zur Berufstätigkeit

1.1 Kennen Sie das „Elterngeld“ des Bundesfamilienministeriums?

- Ja, ich habe mich bereits **vor** der Schwangerschaft darüber informiert
- Ja, ich habe mich **während** der Schwangerschaft darüber informiert
- Ja, aber ich habe bisher nur **flüchtig** davon gehört
- Nein, ich habe noch **nie** davon gehört

1.2 Wie haben Sie vom „Elterngeld“ erfahren?

- ich habe schon einmal Elterngeld bezogen
- Internet
- Fernsehen/ Radio
- Zeitung
- Broschüren
- mündlich durch Verwandte/ Bekannte
- anderes _____

1.3 Waren Sie bis zum Mutterschutz **berufstätig**?

- Ja
- Nein, da arbeitslos
- ich bin Hausfrau
- ich bin in der Ausbildung (Studentin, Lehrling, Schülerin)
- Nein, gar nicht

1.4 In welchem **Ausmaß** waren Sie berufstätig?

- in Vollzeit
- in Teilzeit
- aushilfsweise
- Ausbildung
- arbeitslos
- Hausfrau
- anderes _____

1.5 In welchem **Arbeitsverhältnis** haben Sie gearbeitet?

- angestellt in Voll- oder Teilzeit
- verbeamtet
- selbstständig
- freischaffender Mitarbeiter
- Honorarbasis
- Zeitarbeit
- Aushilfstätigkeit
- Studentenjob
- Ausbildung
- nicht berufstätig
- anderes _____



1.6 Nach welcher Zeit (nach der Entbindung) werden Sie voraussichtlich eine Berufstätigkeit wieder aufnehmen?

- nach 2 Monaten nach 3-4 Mo. nach 5-8 Mo. nach 9-12 Mo.
 nach 13-24 Mo. nach über 24 Mo. gar nicht

1.7 In welcher Form werden Sie die Berufstätigkeit voraussichtlich wieder aufnehmen?

- in Vollzeit in Teilzeit stundenweise gar nicht
 anderes _____

1.8 Werden **Sie selbst** das „Elterngeld“ in Anspruch nehmen?

- Ja, in Vollzeit Ja, in Teilzeit Nein

1.9 Wie lange werden Sie selbst voraussichtlich „Elterngeld“ beziehen?

- 2 Monate 3-4 Mo. 5-8 Mo. 9-12 Mo.
 13-14 Mo. über 14 Mo. gar nicht

1.10 Setzen Sie selbst, aufgrund des „Elterngeldes“, längere Zeit mit der Berufstätigkeit aus, als es Ihnen sonst möglich gewesen wäre?

- Ja Nein weiß nicht

1.11 Wie lange (nach der Entbindung) hätten Sie ohne das „Elterngeld“ mit Ihrer Berufstätigkeit **ausgesetzt**?

- 2 Monate 3-4 Mo. 5-8 Mo. 9-12 Mo.
 13-24 Mo. über 24 Mo. weiß nicht

1.12 Ist der **Kindsvater** berufstätig?

- Ja Nein, da arbeitslos er ist Hausmann
 er ist in der Ausbildung (Student, Lehrling, Schüler) Nein, gar nicht
 weiß nicht



1.13 In welchem **Ausmaß** ist der **Kindsvater** berufstätig?

- in Vollzeit in Teilzeit aushilfsweise Hausmann
 Ausbildung arbeitslos gar nicht weiß nicht
 anderes _____

1.14 In welchem **Arbeitsverhältnis** arbeitet der Kindsvater?

- angestellt in Voll- oder Teilzeit verbeamtet selbstständig
 feischaffender Mitarbeiter Honorarbasis Zeitarbeit
 Aushilfstätigkeit Studentenjob Ausbildung
 nicht berufstätig weiß nicht anderes _____

1.15 Wird der **Kindsvater** mit der Berufstätigkeit aussetzen und „**Elterngeld**“ beziehen?

- Ja, in Vollzeit Ja, in Teilzeit Nein

1.16 Wie lange wird der **Kindsvater** „Elterngeld“ beziehen?

- 1-2 Monate 3-4 Mo. 5-8 Mo. 9-12 Mo.
 über 12 Mo. gar nicht

1.17 Denken Sie, dass der **Kindsvater** auch ohne das „**Elterngeld**“ die Berufstätigkeit zu Gunsten des Kindes ausgesetzt hätte?

- Ja Nein weiß nicht

1.18 Werden Sie aufgrund der Geburt Ihres Kindes **Einkommenseinbußen** haben?

- Ja, nur ich selbst Ja, nur mein Partner Ja, beide Partner
 Nein, beide Partner nicht weiß nicht

1.19 Wird sich insgesamt Ihre **finanzielle Situation** nach der Geburt des Kindes verändern?

- Ja, ich werde **mehr Geld** zur Verfügung haben
 Ja, ich werde **weniger Geld** zur Verfügung haben
 Nein, ich werde **gleichviel Geld** zur Verfügung haben



1.20 Finden Sie den **Zeitraum** (bis zu 14 Monate bei ungeteiltem „Elterngeld“- Satz), in dem das „**Elterngeld**“ gezahlt wird, ausreichend?

- Ja Nein, zu kurz Nein, zu lang

1.21 Finden Sie die Höhe des „**Elterngeldes**“, das Sie bekommen werden (ungeteilter Satz: mindestens 300€, maximal 1800€ pro Monat), **angemessen**?

- Ja Nein, zu niedrig Nein, zu hoch

1.22 Wie wichtig war das „**Elterngeld**“ bei der **Entscheidung** für Ihre Schwangerschaft?

- sehr wichtig wichtig wenig wichtig unwichtig

1.23 Falls Sie die Schwangerschaft geplant haben, hätten Sie sich auch **ohne** das „**Elterngeld**“ für die Schwangerschaft entschieden?

- Ja Nein Schwangerschaft war nicht geplant

1.24 Waren Sie sich in Bezug auf die letzten beiden Punkte (Frage 1.22 und 1.23) mit Ihrem **Partner** einig?

- Ja Nein keine Angabe

1.25 Halten Sie den „**Geschwisterbonus**“ (Aufschlag auf das „Elterngeld“ bei weiteren Kindern) für einen **attraktiven Anreiz** sich für eine **weitere Schwangerschaft** zu entscheiden?

- Ja Nein

1.26 Für wie gut **ausgereift** halten Sie das **Konzept** des „**Elterngeldes**“?

- sehr gut gut mittelmäßig akzeptabel schlecht

2. Fragen zur Schwangerschaft

2.1 Von **wie vielen Kindern** wurden/ werden Sie nach **dieser** Schwangerschaft **entbunden**?

- von einem Kind von Zwillingen von Drillingen



2.2 War die Schwangerschaft **geplant**?

- Ja, über mehrere Monate Ja, über mehrere Jahre
 nicht direkt geplant, aber nicht unerwünscht Nein, gar nicht
 anderes _____ keine Angabe

2.3 Wie sind Sie schwanger **geworden**?

- auf natürlichem Wege mit medizinischer Unterstützung

2.4 Wie oft waren Sie bisher insgesamt **schwanger** (jetzige Schwangerschaft, Schwangerschaftsabbrüche und Fehlgeburten einbezogen)?

- 1 Mal 2-3 Mal 4-6 Mal öfter als 6 Mal

3. Fragen zu den Lebensverhältnissen

3.1 Von welchen Personen werden Sie während des ersten Lebensjahres Ihres Kindes **praktische Unterstützung** bei der Betreuung bekommen (Mehrfachantworten möglich)?

- Kindsvater Lebenspartner, der nicht der Kindsvater ist
 eigene Eltern/ Schwiegereltern eigene Geschwister
 eigene ältere Kinder Freunde/ Nachbarn/ entfernte Verwandte
 öffentliche Kinderbetreuung (z.B. Kinderkrippe)
 private Kinderbetreuung (z.B. Tagesmutter)
 keine andere _____

3.2 Von wem werden Sie während des ersten Lebensjahres Ihres Kindes - zusätzlich zum staatlichen Kindergeld - **finanzielle Unterstützung** bekommen (Mehrfachantworten möglich)?

- Kindsvater Lebenspartner, der nicht der Kindsvater ist
 eigene Eltern eigene Geschwister Staat: Elterngeld
 Sozialhilfe/ Arbeitslosengeld II andere _____



3.3 Leben Sie in **fester** Partnerschaft?

- Ja, mit dem Kindsvater Ja, mit einem Partner, der nicht der Kindsvater ist
 Nein keine Angabe

3.4 In welchen **Wohnverhältnissen** leben Sie?

- eigenes Haus Eigentumswohnung gemietetes Haus
 Mietwohnung ich lebe bei meinen Eltern anderes _____

3.5 Wie viele **Räume** hat Ihr/e **Wohnung/Haus** (ohne Küche und Bad)?

- 1-2 Räume 3-4 Räume 5-6 Räume mehr als 6 Räume

3.6 Wie viele **Personen** (Sie selbst eingeschlossen, **ohne** das/ die Neugeborene/n) lebten bis jetzt insgesamt in **Ihrem Haushalt**?

- 1 Person 2 Personen 3-4 Personen 5-6 Personen
 mehr als 6 Personen

3.7 Wie viele **Kinder** (bis einschließlich 20 Jahre, **ohne** das/ die Neugeborene/n) lebten bis jetzt in Ihrem **Haushalt**?

- 1 Kind 2 Kinder 3-4 Kinder 5-6 Kinder
 mehr als 6 Kinder bis jetzt kein Kind

4. Persönliche Angaben

4.1 Wie **alt** sind Sie?

- unter 18 Jahren 18-25 Jahre 26-30 Jahre
 31-35 Jahre 36-40 Jahre über 40 Jahre

4.2 Welche **Nationalität** haben Sie?

- deutsch andere, und zwar: _____

4.3 Wo ist Ihr **Hauptwohnsitz**?

- Magdeburg anderer Ort in Sachsen-Anhalt
 Ort in anderem Bundesland Ausland



4.4 Wie ist Ihr formaler Familienstand?

- verheiratet geschieden ledig verwitwet

4.5 Wie viele weitere leibliche Kinder (ohne das/ die Neugeborene/n) haben Sie?

- 1 Kind 2 Kinder 3-4 Kinder
 5-6 Kinder mehr als 6 Kinder kein weiteres Kind

4.6 Wie viele Geschwister haben Sie selbst?

- 1-2 Geschwister 3-4 Geschwister 5-6 Geschwister
 mehr als 6 Geschwister keine Geschwister

4.7 Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie?

- Hochschulabschluss Fachhochschulabschluss Abitur
 Fachabitur Realschulabschluss Hauptschulabschluss
 noch in der Schulausbildung keinen Schulabschluss anderes _____

4.8 Befinden Sie sich noch in der Ausbildung?

- Ja, als Studentin Ja, als Lehrling/ Auszubildende Ja, als Schülerin
 Nein anderes _____

4.9 Haben Sie eine oder mehrere abgeschlossene Berufsausbildungen (einschließlich abgeschlossenem Hochschulstudium)?

- Ja Nein

4.10 Wie hoch war Ihr eigenes durchschnittliches Netto-Monatseinkommen?

- unter 500 € 500 - 1.000 € 1.100 - 1.500 € 1.600 - 2.000 €
 über 2.000 € weiß nicht keine Angabe

4.11 Wie alt ist der Kindsvater?

- unter 18 Jahren 18-25 Jahre 26-30 Jahre 31-35 Jahre
 36-40 Jahre über 40 Jahre weiß nicht

4.12 Welche Nationalität hat der Kindsvater?

- deutsch weiß nicht andere, und zwar _____



4.13 Welchen höchsten Schulabschluss hat der Kindsvater?

- Hochschulabschluss Fachhochschulabschluss Abitur
 Fachabitur Realschulabschluss Hauptschulabschluss
 noch in der Schulausbildung keinen Schulabschluss
 weiß nicht anderes _____

4.14 Befindet sich der Kindsvater noch in der Ausbildung?

- Ja, als Student Ja, als Lehrling/ Auszubildender Ja, als Schüler
 Nein weiß nicht anderes _____

4.15 Hat der Kindsvater eine oder mehrere abgeschlossene Berufsausbildungen?

- Ja Nein weiß nicht

4.16 Wie hoch ist das durchschnittliche Netto-Monatseinkommen des Kindsvaters?

- unter 500 € 500 - 1.000 € 1.100 - 1.500 € 1.600 - 2.000 €
 über 2.000 € weiß nicht keine Angabe

5. Kritik und Anregungen

5.1 Welche Kritik, Anmerkungen oder Vorschläge haben Sie zum „Elterngeld“?

5.2 Welche staatlichen Leistungen halten Sie für wichtig bei der Entscheidung für eine Schwangerschaft?

5.3. Welche Kritik, Anmerkungen oder Vorschläge haben Sie zum Fragebogen?

Vielen Dank!



UNIVERSITÄTSKLINIKUM MAGDEBURG A.Ö.R.
Universitätsfrauenklinik
Direktor: Prof. Dr. med. Dr. h.c. S.-D. Costa
„Geburtenentwicklung nach Einführung des Elterngeldes“



Liebe Mutter,
falls Sie das „**Elterngeld**“ noch **nicht kennen** sollten, aber Interesse daran haben,
gibt es folgende **Informationsmöglichkeiten**:

Sachsen-Anhalt

Für Magdeburg und Umgebung:

Landesverwaltungsamt, Dienstgebäude Magdeburg
Halberstädter Straße 39a
39112 Magdeburg

Tel.: **0391/6273000**

E-Mail: posths@lvwa.sachsen-anhalt.de

Für Halle und Umgebung:

Landesverwaltungsamt, Dienstgebäude Halle
Maxim-Gorki-Straße 7
06114 Halle

E-Mail: postgs@lvwa.sachsen-anhalt.de

Tel.: **0345/52760**

Bundesweit

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
11018 Berlin

Homepage: www.bmfsfj.de

Servicetelefon: 01 80/1 90 70 50 oder Zentrale des BMFSFJ: 03018-555-0

Anlage 3: Fragebogen Lyon



UNIVERSITÄTSKLINIKUM MAGDEBURG A.Ö.R.
Universitätsfrauenklinik

Direktor: Prof. Dr. med. Dr. h.c. S.-D. Costa

CENTRE HOSPITALIER SAINTE FOY-LÈS-LYON
Pôle de Naissance et Pathologies de la Femme

Chef de service: Dr G. Le Maout



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

Madame,

Comme vous en avez sûrement entendu parler, le taux de natalité en France est de 2,01 enfants par femme en 2010 : un des plus hauts en Europe. Par contre le taux de natalité en Allemagne est de 1,36 enfants par femme : un des plus faibles au monde. Une des raisons qui explique le faible taux de natalité en Allemagne est la difficulté pour une mère de combiner travail et vie de famille dû au manque de places en crèches. Pour résoudre ce problème, le gouvernement allemand offre aux parents depuis le 1^{er} Janvier 2007 une allocation qui équivaut à 67% de leur salaire s'ils arrêtent de travailler pour s'occuper de leur enfant. Cette allocation est versée pendant 14 mois, au maximum. En outre, le gouvernement allemand a adopté une loi qui garantit une place en crèche à chaque enfant à partir du 1^{er} Janvier 2013.

Je suis étudiante en 6^{ème} année de médecine à l'université Otto-von-Guericke de Magdeburg en Allemagne et actuellement en stage Erasmus à la maternité de Ste Foy-Lès-Lyon. Dans le cadre de ma thèse, je me suis intéressée au financement public en Allemagne versé aux parents après la naissance de leur enfant. En 2009 et 2010 j'ai fait une étude à la maternité du CHU de Magdeburg sur l'influence de l'allocation du gouvernement allemand sur le taux de natalité. L'objectif de cette étude est de mettre en lumière les critères principaux ayant une incidence ou une influence possible sur la décision d'avoir un enfant.

Comme le taux de natalité est notamment plus élevé en France qu'en Allemagne, j'aimerais bien faire une comparaison entre les deux pays, sur le rôle des aides publiques sur la natalité. Par conséquent, je vais vous poser quelques questions à propos de votre activité professionnelle, votre programme familial et de votre grossesse actuelle.

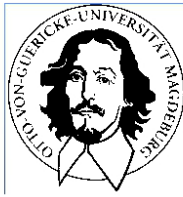
Il va sans dire que vos réponses seront traitées en toute confidentialité et le questionnaire sera exploité de façon anonyme sans mention de votre identité.

Je vous serais très reconnaissante, si vous vouliez bien prendre quelques minutes pour répondre aux questions ci-dessous.

Je vous remercie beaucoup pour votre aide et je vous souhaite plein de bonnes choses pour vous et votre famille.

C. Kempa (Étudiante en médecine)

Docteur G. Le Maout (Chef de service)



UNIVERSITÄTSKLINIKUM MAGDEBURG A.Ö.R.
Universitätsfrauenklinik

Direktor: Prof. Dr. med. Dr. h.c. S.-D. Costa

CENTRE HOSPITALIER SAINTE FOY-LÈS-LYON
Pôle Naissance et Pathologies de la Femme

Chef de service: Dr G. Le Maout



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

Formulaire de consentement/ déclaration de protection de données

Je, soussignée Madame _____, accepte que l'université de Magdeburg traite et analyse les données, qui étaient recueillies dans le cadre de cette étude. En outre, j'accepte que ces données aillent être sauvegardées et analysées scientifiquement de façon anonyme, soit son mention de votre identité.

Indépendamment du fait que vous participer à cette étude ou pas, vous serez traitée et soignée de la diligence la plus grande. Vous pouvez révoquer votre consentement à tout moment et sans indication de motifs.

Signature de la patiente

Docteur G. Le Maout (Chef de service)



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

Madame, Merci de vous limiter à une seule réponse, sauf indication contraire.

1. Questions sur votre activité professionnelle et les allocations familiales

1.1 Avez-vous exercé une activité professionnelle jusqu'au congé maternité ?

- Oui Non, puisque au chômage je suis mère au foyer
 je suis en formation (étudiante, apprentie, stagiaire, élève) Non, pas du tout

1.2 Sur quelle base avez vous exercé votre activité professionnelle ?

- à plein-temps à mi-temps par intérim
 en formation au chômage mère au foyer
 autres _____

1.3 Quelle était votre situation professionnelle ?

- employée fonctionnaire auto-entrepreneuse
 collaboratrice indépendante vacataire intérimaire
 job d'étudiant formation pas d'activité professionnelle
 autres _____

1.4 Combien de temps après la naissance pensez-vous reprendre votre activité professionnelle ?

- après 2 mois après 3-4 mois après 5-8 mois
 après 9-12 mois après 13-24 mois après > 24 mois
 pas du tout

1.5 Sur quelle base horaire reprendrez-vous votre activité professionnelle ?

- à plein-temps à mi-temps quelques heures
 pas du tout autres _____



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

1.6 Le père de l'enfant exerce-t-il une activité professionnelle ?

- Oui Non, puisque au chômage il est père au foyer
 il est en formation (étudiant, apprenti, stagiaire, élève) Non, pas du tout
 je ne sais pas

1.7 Sur quelle base le père de l'enfant exerce t-il son activité professionnelle ?

- à plein-temps à mi-temps par intérim
 en formation au chômage père au foyer
 je ne sais pas autres _____

1.8 Quelle est la situation professionnelle du père de l'enfant ?

- employé fonctionnaire auto-entrepreneur
 collaborateur indépendant vacataire intérimaire
 job d'étudiant formation pas d'activité professionnelle
 je ne sais pas autres _____

1.9 Le père arrêtera t-il son activité professionnelle pour s'occuper de l'enfant?

- Oui, à plein temps Oui, à mi-temps Non

1.10 Au cas où le père arrêtera son activité professionnelle, combien de mois s'arrêtera t-il?

- 1-2 mois 3-4 mois 5-8 mois 9-12 mois
 > 12 mois il ne s'arrêtera pas

1.11 Subirez-vous des pertes de vos revenus suite à la naissance de votre enfant ?

- Oui, mais seulement moi-même Oui, mais seulement mon conjoint
 Oui, mon conjoint et moi Non, pas du tout je ne sais pas

1.12 Votre situation financière changera t-elle après la naissance de votre enfant ?

- Oui, j'aurai **plus** d'argent à ma disposition
 Oui, j'aurai **moins** d'argent à ma disposition
 Non, j'aurai **autant** d'argent à ma disposition



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

1.13 Connaissez-vous les allocations familiales de la CAF ?

- Oui, je m'en suis renseignée déjà **avant** la grossesse
- Oui, je m'en suis renseignée **pendant** la grossesse
- Oui, mais j'en ai seulement **entendu parler**
- Non, je ne les connais **pas du tout**

1.14 Toucherez-vous probablement les allocations familiales de la CAF ?

- Oui Non

1.15 Au cas où vous toucherez les allocations familiales, lesquelles toucherez-vous probablement (réponses multiples possibles) ?

- Prestation d'accueil du jeune enfant (Paje) : Prime à la naissance
- Allocation de base Complément de libre choix du mode de garde
- Complément de libre choix d'activité

- Allocations familiales Complément familial
- Allocation de soutien familial Recouvrement des pensions alimentaires
- autres _____

- je ne toucherai pas les allocations familiales

1.16 Au cas où vous toucherez les allocations familiales, arrêtez-vous votre activité professionnelle **plus longtemps** du fait de les toucher ?

- Oui Non je ne toucherai pas les allocations familiales

1.17 Comment **évaluez-vous** les allocations familiales de la CAF ?

- très bien bien moyen acceptable mauvais

1.18 Dans **quelle mesure** le versement d'une allocation familiale était-il **décisif** pour votre décision à la grossesse ?

- très important important peu important
- pas important du tout



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

2. Questions sur la grossesse

2.1 **Combien d'enfants** attendiez-vous/ attendez-vous pour cette grossesse ?

- un enfant des jumeaux des triplés

2.2 **La grossesse était-elle prévue ?**

- Oui, depuis plusieurs mois Oui, depuis plusieurs années
 Non-prévu, mais pas indésirable Non, pas du tout
 autres _____ pas d'indication

2.3 **Comment êtes-vous devenue enceinte ?**

- de façon naturelle par fécondation in vitro

2.4 **Combien de fois** au total avez-vous été **enceinte** jusqu'à présent (IVG et fausses couches incluses) ?

- 1 fois 2-3 fois 4-6 fois > 6 fois

3. Questions sur le plan social et la garde de l'enfant

3.1 **Vivez-vous en couple ?**

- Oui, avec le père de l'enfant
 Oui, avec un conjoint qui n'est pas le père de l'enfant
 Non pas d'indication

3.2 **Combien de personnes** (sans le/la nouveau-né(e)) vivaient dans **votre foyer** jusqu'à présent ?

- 1 personne 2 personnes 3-4 personnes 5-6 personnes
 > 6 personnes

3.3 **Combien d'enfants** (âgés de moins de 20 ans et **sans** le/la nouveau-né(e)) vivaient dans **votre foyer** jusqu'à présent ?

- 1 enfant 2 enfants 3-4 enfants 5-6 enfants
 > 6 enfants pas d'enfant



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

3.4 De quelles personnes recevrez-vous de l'aide pratique pour la garde de votre enfant pendant la première année (réponses multiples possibles) ?

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> père de l'enfant | <input type="checkbox"/> conjoint, qui n'est pas le père de l'enfant |
| <input type="checkbox"/> propres parents/ beaux-parents | <input type="checkbox"/> propres frères et sœurs |
| <input type="checkbox"/> propres enfants aînés | <input type="checkbox"/> amis/ voisins/ parents éloignés |
| <input type="checkbox"/> garderie publique (p.ex. crèche) | <input type="checkbox"/> garderie privée (p.ex. nourrice) |
| <input type="checkbox"/> assistant social/ sage-femme | <input type="checkbox"/> aucune |
| <input type="checkbox"/> autres _____ | |

3.5 Par qui recevriez-vous de l'aide financière pendant la première année de votre enfant (réponses multiples possibles) ?

- | | | |
|--|--|---|
| <input type="checkbox"/> père de l'enfant | <input type="checkbox"/> conjoint, qui n'est pas le père de l'enfant | |
| <input type="checkbox"/> propres parents | <input type="checkbox"/> propres frères et sœurs | <input type="checkbox"/> allocation familiale |
| <input type="checkbox"/> allocation de chômage/ aide sociale | <input type="checkbox"/> autres _____ | |

3.6 Souhaitez-vous la garde de votre enfant en crèche ou par une assistante maternelle au moment où vous reprendrez votre activité professionnelle ?

- Oui Non

3.7 Au cas où vous souhaitez la garde de votre enfant, combien de temps après la naissance pensez-vous la commencer ?

- | | | | |
|-------------------------------------|------------------------------------|--|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> 2 mois | <input type="checkbox"/> 3-4 mois | <input type="checkbox"/> 5-8 mois | <input type="checkbox"/> 9-12 mois |
| <input type="checkbox"/> 13-24 mois | <input type="checkbox"/> > 24 mois | <input type="checkbox"/> je ne souhaite pas de garde | |

3.8 Au cas où vous souhaitez la garde de votre enfant, quelle mode de garde préférez-vous ?

- | | | |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> crèche collective | <input type="checkbox"/> crèche familiale | <input type="checkbox"/> crèche d'entreprise |
| <input type="checkbox"/> assistante maternelle à son domicile | | <input type="checkbox"/> garde à votre domicile |
| <input type="checkbox"/> maison d'assistantes maternelles | | <input type="checkbox"/> je ne souhaite pas de garde |



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

3.9 Au cas où vous souhaitez la garde de votre enfant, avez-vous déjà une **place de garde confirmée** ?

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Oui, en crèche collective | <input type="checkbox"/> Oui, en crèche familiale |
| <input type="checkbox"/> Oui, en crèche d'entreprise | <input type="checkbox"/> Oui, chez une assistante maternelle |
| <input type="checkbox"/> Oui, une garde à domicile | <input type="checkbox"/> Oui, en maison d'assistantes maternelles |
| <input type="checkbox"/> Non, pas encore | <input type="checkbox"/> je ne souhaite pas de garde |

3.10 Au cas où vous avez déjà une place de garde confirmée, de quelles personnes/ institutions avez vous eu d'**aide à la recherche** (réponses multiples possibles) ?

- | | | |
|--|---|---|
| <input type="checkbox"/> CAF | <input type="checkbox"/> commune/ mairie | <input type="checkbox"/> assistant social |
| <input type="checkbox"/> employeur | <input type="checkbox"/> parents/ amis/ voisins | <input type="checkbox"/> sage-femme |
| <input type="checkbox"/> aucune | <input type="checkbox"/> je n'ai pas encore de place de garde | |
| <input type="checkbox"/> je ne cherche pas de place de garde | <input type="checkbox"/> autres _____ | |

3.11 Comment **évaluez-vous la recherche** d'une place de garde ?

- | | | | | |
|--|---------------------------------|--------------------------------|------------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> très facile | <input type="checkbox"/> facile | <input type="checkbox"/> moyen | <input type="checkbox"/> difficile | <input type="checkbox"/> très difficile |
| <input type="checkbox"/> je ne sais pas, parce que je ne souhaite pas de garde | | | | |

3.12 Dans **quelle mesure** le fait d'avoir une **place de garde** probable était-il **décisif** pour votre décision à la grossesse ?

- | | | |
|--|------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> très important | <input type="checkbox"/> important | <input type="checkbox"/> peu important |
| <input type="checkbox"/> pas important du tout | | |

3.13 Au cas où vous souhaitez une place de garde, combien seriez-vous disposée à **payer par mois** ?

- | | | | |
|----------------------------------|---|------------------------------------|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> < 100 € | <input type="checkbox"/> 100-200 € | <input type="checkbox"/> 200-300 € | <input type="checkbox"/> 300-400 € |
| <input type="checkbox"/> > 400 € | <input type="checkbox"/> je ne souhaite pas de place de garde | | |

3.14 Comment **évaluez-vous** en général **les coûts** pour une place de garde dans votre commune ?

- | | | |
|--------------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> trop basses | <input type="checkbox"/> raisonnables | <input type="checkbox"/> trop élevés |
|--------------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------------|



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

4.9 Quels sont vos revenus mensuels ?

- < 500 € 500 - 1.000 € 1.100 - 1.500 € 1.600 - 2.000 €
 > 2.000 € je ne sais pas pas d'indication

4.10 Le père de l'enfant, quel âge a t-il ?

- < 18 ans 18-25 ans 26-30 ans 31-35 ans
 36-40 ans > 40 ans je ne sais pas

4.11 Le père de l'enfant, de quel nationalité est-il ?

- française je ne sais pas autre _____

4.12 Le père de l'enfant, quel diplôme a t-il ?

- diplôme d'université BTS bac général bac pro
 BEP-CAP BEPC toujours en formation
 non-diplômé je ne sais pas autres _____

4.13 Le père de l'enfant, est-il toujours en formation ?

- Oui, en tant qu'étudiant Oui, en tant qu'apprenti
 Oui, en tant que stagiaire Oui, en tant que élève
 Non je ne sais pas
 autres _____

4.14 Quels sont les revenus mensuels du père de l'enfant ?

- < 500 € 500 - 1.000 € 1.100 - 1.500 € 1.600 - 2.000 €
 > 2.000 € je ne sais pas pas d'indication



UNIVERSITÄTSKLINIKUM MAGDEBURG A.Ö.R.
Universitätsfrauenklinik
CENTRE HOSPITALIER SAINTE FOY-LÈS-LYON
Pôle Naissance et Pathologies de la femme



„Comparaison de l'évolution du taux de natalité entre la France et l'Allemagne“

5. Remarques et suggestions

5.1 Quelles sont les aides et prestations de l'état qui vous semblent les plus importantes pour subvenir aux besoins de l'enfant ?

5.2 Quelles remarques ou suggestions pourriez-vous apporter à ce questionnaire ?

Merci beaucoup!

Ehrenerklärung

Ich erkläre, dass ich die der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität zur Promotion eingereichte Dissertation mit dem Titel:

„Analyse des Einflusses familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenentwicklung am Beispiel des Elterngeldes in Magdeburg und internationaler Vergleich mit Lyon/ Frankreich“

in der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg mit Unterstützung durch Herrn Prof. Dr. med. Dr. h.c. S.D. Costa und Frau Dr. med. I. Berek sowie durch Herrn Prof. Dr. rer. nat. S. Kropf, Institut für Biometrie und medizinische Informatik, ohne sonstige Hilfe durchgeführt und bei der Abfassung der Dissertation keine anderen als die dort aufgeführten Hilfsmittel benutzt habe.

Bei der Abfassung der Dissertation sind Rechte Dritter nicht verletzt worden.

Ich habe diese Dissertation bisher an keiner in- oder ausländischen Hochschule zur Promotion eingereicht. Ich übertrage der Medizinischen Fakultät das Recht, weitere Kopien meiner Dissertation herzustellen und zu vertreiben.

Magdeburg, den 07. September 2015



Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Ich danke Herrn Professor Dr. med. Dr. h.c. S.D. Costa für die freundliche Überlassung dieses interessanten Themas sowie für seine vielen wertvollen Anregungen, wichtigen Ratschläge und seine stetige Unterstützung.

Ich danke Frau Dr. med. I. Berek für die hervorragende, langjährige Betreuung während der Anfertigung dieser Dissertation. Sie hat mich jederzeit engagiert und geduldig durch hilfreiche Hinweise unterstützt und alle Teile dieser Arbeit mit kompetentem Rat begleitet.

Ich danke Herrn Professor Dr. med. Dr. h.c. S.D. Costa und Frau Dr. med. I. Berek für ihre Befürwortung des Promotionsstipendiums sowie dem Referat für Forschung der Universität Magdeburg für die finanzielle Förderung während der Promotionsarbeit.

Ich danke dem Team der Station 4 „Integrative Wochenpflege“ der Universitätsfrauenklinik Magdeburg unter Leitung von Sr. Uta Kuhnert für die im gesamten Befragungszeitraum stets zuverlässige Aushändigung sowie Sammlung der Fragebögen.

Ich danke allen Müttern, die an unserer Befragung teilnahmen und durch ihr Einverständnis zur Weiterverwendung der Daten, die Basis für die vorliegende Arbeit ermöglichten.

Ich danke Herrn Prof. Dr. rer. nat. S. Kropf, Institut für Biometrie und medizinische Informatik, für die Unterstützung bei der statistischen Überprüfung von Zusammenhängen und für hilfreiche Hinweise bei der Interpretation von Testergebnissen.

Ich danke Herrn Prof. Dr. med., M.P.H. B.P. Robra, Direktor des Instituts für Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie der Universität Magdeburg, und Frau Dipl.-Psych. Katja Plaga für hilfreiche Ratschläge zum Fragebogen aus sozialmedizinischer und psychologischer Sicht.

Ich danke den Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt sowie des Amtes für Statistik der Landeshauptstadt Magdeburg für die Bereitstellung demographischer Daten.

Ich danke Herrn Prof. Dr. G. Le Maout, Chefarzt des Pôle Naissance et Pathologies de la Femme am Centre Hospitalier de Sainte-Foy-lès-Lyon, für sein spontanes Interesse am Thema und sein Einverständnis zur Datenerhebung in seiner Abteilung für Geburtshilfe.

Ich danke Frau Aurélie Sineux für ihre Hilfe bei der Übersetzung des Fragebogens.

Ich danke dem Akademischen Auslandsamt der Universität Magdeburg für die Etablierung der Partnerschaft mit der Universität Lyon, welche den dortigen Aufenthalt und die Datenerhebung möglich gemacht hat und dem DAAD für die finanzielle Förderung während des Auslandspraktikums.

Mein besonderer Dank gilt meiner Familie und meinen Freunden, insbesondere meinem Mann Björn Lewerenz und meiner Mutter Gabriele Kempa, für ihre große Unterstützung während des gesamten Promotionszeitraums und meines Studiums der Humanmedizin sowie die verständnisvolle, geduldige und ermutigende Begleitung bei der Fertigstellung dieser Arbeit. Ebenso danke ich meiner Tochter Emelie, durch deren Geburt ich neue Motivation für die Bearbeitung des Themas geschöpft habe.

Curriculum vitae

Persönliche Daten

Name: Christine Kempa

Anschrift: Klosterbachstraße 8
18057 Rostock
Telefon: 0381/25535539 • 0176/21775603
E-Mail: christine.kempa@googlemail.com

Geburtsdatum und -ort: 28.12.1985, Lüdenscheid

Familienstand: verheiratet

Kinder: eine Tochter

Staatsangehörigkeit: deutsch

Schulische Ausbildung

08/1992-08/1996 Grundschule Plettenberg Holthausen

08/1996-06/2005 Städt. Albert-Schweitzer-Gymnasium Plettenberg

06/2005 Abitur

Studium

10/2005-10/2011 Humanmedizin, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

09/2007 1. Staatsexamen (Physikum)

10/2011 2. Staatsexamen

11/2011 Erhalt der Ärztlichen Approbation

Praktika

Pflegepraktika

07-08/2005 Viszeralchirurgie, Clinique St.Côme, Le Mans, Frankreich

08/2006 Geriatrie, Clinique de la Toussaint, Strasbourg, Frankreich

Famulaturen

03/2008 Gastroenterologie, Hepatologie und Infektiologie, Universitätsklinikum Magdeburg

08/2008 Praxis für Allgemeinmedizin, Lüdenscheid

03/2009 Gynäkologie und Geburtshilfe, Universitätsfrauenklinik Magdeburg

08/2009 Zentrale Notaufnahme, Städtisches Klinikum Magdeburg

03/2010 Gynäkologie und Geburtshilfe, Centre Hospitalier Universitaire Poitiers, Frankreich

Praktisches Jahr

08-12/2010

Innere Medizin, Kreiskrankenhaus
St. Marienberg Helmstedt

12/2010-03/2011

Gynäkologie und Geburtshilfe, Centre Hospitalier de
Sainte-Foy-lès-Lyon, Frankreich

03-07/2011

Chirurgie, Medigreif Kreiskrankenhaus Burg

Berufliche Tätigkeit

seit 04/2013

Assistenzärztin, Abteilung für Gynäkologie und
Geburtshilfe, Sana Hanse-Klinikum Wismar

06/2014-09/2015

Elternzeit

Dissertation

10/2008

Aufnahme der Promotionsarbeit zum Thema „Analyse
des Einflusses familienpolitischer Maßnahmen auf die
Geburtenentwicklung am Beispiel des Elterngeldes in
Magdeburg und internationaler Vergleich mit Lyon/
Frankreich“ am Lehrstuhl Prof. Dr. med. Dr. h.c. S.D.
Costa, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe,
Universität Magdeburg

10/2013

Vortrag zum Thema „Geburtenentwicklung nach
Einführung des Elterngeldes“, Dr.-Unruh-Symposium
2013 am Sana Hanse-Klinikum Wismar und Erhalt des
Dr.-Unruh-Preises (3. Platz)**Stipendien und Förderungen**

12/2010-03/2011

DAAD Stipendium im Rahmen des Leonardo da Vinci
Programms für Studierendenpraktika

05-10/2012

Promotionsstipendium im Rahmen der
Leistungsorientierten Mittelvergabe (LOM) an der
Fakultät für Medizin Magdeburg**Nebentätigkeiten und Ehrenamt**

10/2007-07/2010

Studentische Hilfskraft, Makroskopische und
Mikroskopische Anatomie, Lehrstuhl Prof. Dr. med. H.J.
Rothkötter, Institut für Anatomie, Universität Magdeburg

06/2009-08/2012

Betreuung ausländischer Studierender, AG-Austausch,
bvmd Lokalvertretung Magdeburg

Magdeburg, den 07. September 2015

